

Baustoffproduktion  
in der Oberpfalz

# 100 Jahre

Die bewegte Geschichte des Zementwerks Burglengenfeld



HEIDELBERGCEMENT

## **Der Heidelberger Portländer**

Beiträge zur Unternehmensgeschichte und Unternehmenskultur 5

Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

### **100 Jahre – Die bewegte Geschichte des Zementwerks Burglengenfeld**

[hrsg. von: HeidelbergCement AG]

Dietmar Cramer – Heidelberg

Copyright ©2012 HeidelbergCement AG

Berliner Straße 6, 69120 Heidelberg

Titelfoto: Schlosserschicht, ca. 1920

Entwurf und Realisation: ServiceDesign Werbeagentur GmbH, Heidelberg

# Inhalt

## 100 Jahre – Die bewegte Geschichte des Zementwerks Burglengenfeld

3	Vorwort
4	Die bewegte Geschichte des Zementwerks Burglengenfeld
4	Aufbruch ins Eisenbahnzeitalter
8	Verhandlungen mit Spekulanten
13	Kampf um den Kalkstein am Brunenberg
16	Fränkische Portland-Cement- und Kalkwerke AG Hersbruck
18	Elektrifizierung Burglengenfelds
20	Einigung mit der Bayerischen Überlandcentrale AG
22	Planung des Zementwerks
26	„Heimatschutz“ kontra Industriearchitektur
30	Überlebenskampf im Ersten Weltkrieg
33	Lage der Bevölkerung im und nach dem Ersten Weltkrieg
35	Nachkriegszeit
37	Kurze „Goldene“ 20er Jahre
39	Neue Krisen
40	Gleichschaltung und Kapazitätserhöhungen
43	Zweiter Weltkrieg
46	Neubeginn nach 1945
49	Ende der Eigenständigkeit
50	Dekartellisierung und neue Verkaufsorganisation
53	Werksausbau
56	Weniger Zement in die Luft, mehr in den Absatz
60	Werkwohnungsbaue
63	Steinbruchrationalisierung
65	Werkserweiterung in der Hochkonjunktur
69	Von der Hochkonjunktur in die tiefe Depression
71	Rationalisierung und Energieeinsparung
72	Sekundärbrennstoffe
74	Offene Grenzen und neue Konkurrenz
76	Absatz auf hohem Niveau
77	Investitionen in die Zukunft
78	HeidelbergCement wird zum Global Player
80	Quellennachweis

”

Die Technik entwickelt sich  
immer mehr vom Primitiven über  
das Komplizierte zum Einfachen.“

Antoine de Saint-Exupéry (1900 – 1944)

2





Dieses Zitat von Antoine de Saint-Exupéry, dem französischen Flieger und Schriftsteller (1900 – 1944), ist in unserer hochtechnisierten Welt von heute mehr denn je aktuell. Wenn man sich mit der Geschichte des Zementwerks Burglengenfeld beschäftigt, so sieht man auf der einen Seite ein spannendes Auf und Ab durch die wirtschaftliche Entwicklung eines ganzen Jahrhunderts. Auf der anderen Seite geht es auch um die ständige Investition in neue, moderne Anlagen und Verfahren, durch die immer wieder auch technische Innovationen abgeleitet wurden. Und die sind heute nicht unbedingt komplizierter, sondern oftmals wesentlich einfacher und effizienter geworden.

Kaiserreich, Erster und Zweiter Weltkrieg, Rezession und Depression, Wiederaufbau und Boomphasen, ständige Rationalisierungen und Marktanpassungen sind nur einige Stichworte, die die bewegten 100 Jahre des Werks beschreiben.

Dabei war der Start mehr als holprig. 1912 wurde die Portland-Cementwerk Burglengenfeld Aktiengesellschaft ins Handelsregister Regensburg eingetragen und noch im selben Jahr wurde mit dem Bau der Fabrik begonnen. Aus heutiger Sicht grenzt es schon fast an ein Wunder, dass aus dem verworrenen Anfang unterschiedlichster Besitzverhältnisse schließlich doch ein so erfolgreiches und solides Werk hervorgegangen ist.

Eine wichtige Rolle spielte dabei die heutige HeidelbergCement AG, die damals unter dem Namen Portland-Cementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart AG mit Sitz in Heidelberg firmierte. Das Unternehmen war zunächst nur anteilmäßig am Werk Burglengenfeld beteiligt, kaufte aber nach und nach die Anteile auf und übernahm das Werk im Jahr 1948 schließlich ganz. Anders als von den Gründervätern erhofft, entwickelte sich die Zementproduktion in Burglengenfeld bis zum Ersten Weltkrieg nur langsam. So konnte erstmals im Jahr 1934 die Belegschaft das ganze Jahr über beschäftigt werden. Damals wurden jährlich rund 100.000 Tonnen Zement produziert. Erst der erhöhte Zementbedarf nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichte eine Auslastung der Kapazitäten, die dann in den folgenden Jahren auch kontinuierlich erweitert werden mussten. Heute produziert das Werk mit seinen 148 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jährlich über eine Millionen Tonnen Zement.

Eines aber blieb in all den Jahren voller Veränderungen immer gleich: Verlässlichkeit, Fleiß und Innovationskraft seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ohne sie würde das Werk Burglengenfeld heute sicher nicht so erfolgreich dastehen. Die in der Region gelebte Bodenständigkeit passt hervorragend zur Zementindustrie. In den 100 Jahren gemeinsamer Geschichte sind Region und Werk längst zu Partnern geworden.

Mit dieser Broschüre möchten wir allen Interessierten einen kleinen Rückblick auf unsere bewegte Geschichte ermöglichen. Mein besonderer Dank gilt dem Autor Dietmar Cramer, der all die Fakten und Fotos aus unterschiedlichen Archiven zusammengetragen und hier dokumentiert hat.

Ich freue mich, wenn Ihnen die Lektüre gefällt und wünsche abschließend an dieser Stelle dem Werk Burglengenfeld auch weiterhin viel Glück für eine erfolgreiche Zukunft.

Herzlich, Ihr

A handwritten signature in black ink that reads "Wilhelm Lotz". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Wilhelm Lotz

Werksleiter Zementwerk Burglengenfeld

# Aufbruch ins Eisenbahnzeitalter

4

In der Oberpfalz hatte es die erzverarbeitende Industrie – mit ihren Zentren Sulzbach und Amberg – in der Zeit vom 13. bis ins 17. Jahrhundert zu europäischem Rang gebracht. In Kombination mit der Braunkohlenindustrie im 19. Jahrhundert waren an verschiedenen Orten der Oberpfalz Industrieorte entstanden. Rohstoffe wie Ton und Flussspat waren die Basis für Fabrikgründungen. Burglengenfeld war zwar Durchgangsort an einer bedeutenden Verbindungsstraße, Industrie oder nennenswertes Gewerbe gab es jedoch bis Ende des 19. Jahrhunderts kaum. Burglengenfelds bedeutendster Bodenschatz, der Kalk, war noch nicht gehoben.

Paul Dietrich, Eisenbahninspektor und Ehrenbürger in Burglengenfeld, war gewiss nicht der Erste, der sich um die Nutzung der Bodenschätze bemühte. Er erkannte aber den Zusammenhang zwischen der Eisenbahn und den Nutzungsmöglichkeiten des Kalksteins:

*„In der nächsten Umgebung hat die Stadt mächtige Lager von Dolomit, Lehm, Thon, sehr schönen Kalk und Silbersand aufzuweisen; leider konnte die Verwertung dieser Bodenprodukte bislang nicht gehoben bzw. mangels einer Bahnverbindung mit denselben nicht in die Konkurrenz eingetreten werden.“<sup>1</sup>*

Gleichzeitig beschrieb er 1894 die Stadt Burglengenfeld als eine industrieferne, abgeschiedene Behördenstadt mit 3.276 Einwohnern. Neben der Land- und Forstwirtschaft waren es fünf Bierbrauereien und fünf Gasthäuser, des Weiteren Papiermühlen, Eisenhämmer, Glashütten, Gerbereien und Webereien, in denen die Bevölkerung Arbeit fand:<sup>2</sup>

*„Zwischen dem Schloss- und Kreuzberg liegt in einer Mulde, unmittelbar an der Naab, gar friedlich eingebettet, das freundliche Städtchen Burglengenfeld, scheinbar von den vielen Stürmen und Drangsalen ausruhend, von welchen es im*

*Laufe der Jahrhunderte heimgesucht worden ist; es ruht auch gleichsam weiter aus, als wollt' es für immer sein stilles Dasein pflegen – allein sehr gegen seinen Willen – denn seit jener Zeit als der Verkehr von der Landstraße, welcher hier viele Jahrhunderte ein reges Leben und Treiben zum Wohle der Stadt im Gefolge hatte, auf die Eisenbahn übergegangen, ist erstere der Verödung anheimgefallen.“<sup>3</sup>*

Bis dahin war Jahrhunderte lang der Verkehr auf der Straße über Schwandorf nach Böhmen (Prag) und Sachsen (Leipzig), über Amberg nach Nürnberg sowie nach Regensburg, Augsburg, München und Passau donauabwärts von großer Bedeutung für die Stadt:

*„Gewöhnliche Eil- und Extraposten, Stafettenreiter, Reisende aus allen Ständen und aus aller Herren Länder zu Fuß, zu Pferd und mit Kutsche, berittene Handlungsdiener bzw. Kaufleute ... mit Kaufmannsgütern aller Art beladen, waren eine tägliche Erscheinung ..., wie nicht selten hohe und allerhöchste Herrschaften auf ihren Reisen Burglengenfeld passierten ... Dass unter solchen Verhältnissen hier viel Geld sitzen geblieben ist, und dass dasselbe den Weg von den Wirthen, Metzgern, Bräuern und Kaufleuten auch in die übrigen Hände gefunden ... braucht wohl nicht näher erörtert zu werden. Ja, das waren in der That noch goldene Zeiten!“<sup>4</sup>*

Als seitens des Staates 1854/55 die Eisenbahn über Burglengenfeld dem Naabtal entlang über Ponholz nach Schwandorf projektiert wurde, verhielt sich Burglengenfeld abwartend. Wie andere Städte dieser Zeit bewertete auch Burglengenfeld die Wichtigkeit der Eisenbahn nicht richtig und glaubte, den Verkehr über die Landstraße weiter halten zu können. Nach der Konzessionierung der Ostbahngesellschaft am 8. Mai 1856, die auf eine rasche Entscheidung drängte, kam man zu keinem Entschluss und die



Postkarte von BURGLENFELD, ca. 1960

Linie wurde über Ponholz geführt. Die Eisenbahnlinie Hersbruck-Amberg-Schwandorf-Regensburg wurde schließlich am 12. Dezember 1859 eröffnet.<sup>5</sup>

Nun änderte sich der von alters her gewohnte Verkehr wider Erwarten und in kurzer Zeit, wodurch die Hauptstraße verödete. Damit einher ging der Rückgang der verschiedenen Gewerbe, die mit den großen Fabriken,

die sich der Eisenbahn bedienten, nicht konkurrieren konnten.<sup>6</sup>

So kam man allgemein schon in verhältnismäßig kurzer Zeit nach der Bahneröffnung zu dem Ergebnis, dass man die Entwicklung unterschätzt hatte. Jetzt versuchte die Stadt mit zahlreichen Eingaben und Aufwendung beträchtlicher Mittel, Anschluss an das Eisenbahnnetz zu bekommen.<sup>7</sup> Veränderungsdruck kam



Truppentransport am BAHNHOF BURGLENGENFELD  
anlässlich der Mobilmachung, 23. August 1914.  
Quelle: Stadtarchiv Burglengenfeld



auch durch die Einführung der Gewerbefreiheit am 30. Januar 1869 sowie durch das Freizügigkeitsgesetz vom 1. September 1868, das der Stadt einen starken Bevölkerungszuwachs brachte, ohne dass die Wirtschaftskraft insgesamt stieg.<sup>8</sup>

Bis zur Jahrhundertwende war in der Region die seit 1853 bestehende Maximilianshütte der einzige industrielle Großbetrieb, in dem auch ein großer Teil der Burglengenfelder Bevölkerung arbeitete. Insbesondere in Burglengenfeld, dem städtischen Zentrum der Region, entstand ein typisches Arbeiterproletariat mit entsprechender Sozialstruktur und Kultur. Als in den 1890er Jahren aufgrund der schlechten Konjunktur in der Stahlbranche die Direktion nach Rosenberg verlagert wurde, verloren zahlreiche Burglengenfelder ihre Arbeit oder mussten sich mit Kurzarbeit begnügen. Das erhöhte nochmals den Druck eine Eisenbahn von Haidhof nach Burglengenfeld zu bauen, die schließlich noch kurz vor der Jahrtausendwende am 26. August 1899 eingeweiht werden konnte.<sup>9</sup>

Zwar eröffneten sich der Stadt mit dem Nebenbahnanschluss neue industrielle Perspektiven, doch wurden jetzt zunehmend auch die negativen Seiten der Industrialisierung sichtbar. Im Burglengenfelder Bürgertum herrschte daher eine unverhohlenen antimoderne Stimmung. Auch Paul Dietrich hatte in seinem Plädoyer für die Eisenbahn 1894 die sozialen Verhältnisse fast romantisch verklärt gelobt:

*„Zum Glück haben wir es aber mit einer Bevölkerung zu thun, deren Genügsamkeit und häuslicher Sinn – eine Eigenschaft aller Oberpfälzer – nur zu bekannt ist; denn ein erheblicher Theil derselben begnügt sich heute noch mit*

*einer ungeschmalzenen Wassersuppe und Erdäpfeln, sowie Erdäpfeln und Kraut (von einem Glase Bier ist die ganze Woche hindurch keine Rede), und ist schließlich mit einem Taglohn von 80 und 60 Pfennig auch zufrieden, wenn er nur Arbeit hat.“<sup>10</sup>*

Wenige Jahre später erfahren wir aus einem anderen Zeitdokument von 1907 das genaue Gegenteil:

*„Im Gegensatz zu den Sparern aus den kleinen umliegenden Ortschaften Münchshofen, Oberhof oder Fischbach, die auf der Basis von Nüchternheit ein behagliches Dasein fristen“, so die Direktion der Maximilianshütte, wäre man besonders im Burglengenfeld mit dem Teufelskreis von Elend und Alkoholismus konfrontiert:*

*„An dem geringen Sparsinn trägt die zunehmende Trinksucht die größte Schuld und zumal die Weiber mit ihrer Putzliebe [Kleidung] und ihrem Hange zum Verschwenden geben den Anlass, und der Mann – wenn er sieht, dass der Verdienst knapp reicht – ergibt sich dem übermäßigen Trinken.“<sup>11</sup>*

Wenn auch sehr unterschiedlich, vermitteln doch beide Schilderungen ein wenig zuversichtliches Bild von Burglengenfeld. Die Situation verführte dazu, sich an jeden sich bietenden Strohalm zu klammern.

# Verhandlungen mit Spekulanten

8

Beim Stadtmagistrat ging am 2. Dezember 1907 eine Anfrage des Landtagsabgeordneten der Zentrumsparterie Heinrich Held<sup>12</sup> aus Regensburg, dem späteren bayerischen Ministerpräsidenten, ein. Dieser fragte nach der Möglichkeit zur Errichtung eines staatlichen Zementwerks auf Gemeindeland. Die Anfrage stand im Zusammenhang mit den Planungen zur Errichtung eines Elektrizitätswerks im Raum Burglengenfeld. Die Realisierungschancen für ein solches Unternehmen im ländlichen Raum hing von industriellen Großverbrauchern, wie der Maximilianshütte in Haidhof, ab. Die Stadt Burglengenfeld fasste nach einer am 3. Dezember schnell einberufenen Sitzung den folgenden einstimmigen Beschluss: „... [dass die Stadt] gegebenenfalls sofort ca. 8 ha Grund von der gemeindlichen Brunnbergwäldungen zur Kalksteinausbeute unentgeltlich anbieten und dabei überdies noch in Aussicht stellen kann, dass die Gemeinde Burglengenfeld sicherlich jederzeit bereit sein wird, noch mehrere Hektar kostenlos oder wenigstens zu einem gewiss recht annehmbaren Preise abzulassen, wenn das Zementwerk dafür errichtet würde.“<sup>13</sup>

Im Antwortschreiben vom 4. Dezember pries die Stadt das angebotene, für die Landwirtschaft wertlose Gelände am Brunnberg und der Köblitzplatte und erweiterte ihr Angebot. Unentgeltlich oder gegen geringe Vergütung könnten große Teile der 88 ha großen Fläche zur Kalkausbeute überlassen werden. Wörtlich hieß es: „Der Vorrat an Kalksteinen bester Qualität in diesem Gemeindegrunde ist ein unermesslicher.“<sup>14</sup>

Das Angebot brachte aber zunächst außer einem notariellen Vertrag mit einem nicht näher bestimmbareren Direktor Georg Vogl<sup>15</sup> aus München keine greifbaren Ergebnisse, außer dass das Kalksteinvorkommen in Burglengenfeld bekannt wurde. Seit dem ersten Vorstoß von Heinrich Held waren mehr als 20 Monate vergangen, ohne dass sich Pläne zum Zementwerksbau konkretisierten, stattdessen wurde der Vertrag rückgängig gemacht. Der Grund könnte darin gelegen haben, dass inzwischen private Investoren Interesse an der Errichtung eines Zementwerks zeigten. Am 28. September 1908 wurde die Bayerische Überlandcentrale AG (BÜC)<sup>16</sup> in Ibenthann/Haidhof durch Privatpersonen gegründet. Ausdrücklich behielt sich die neue Gesellschaft vor, eigene Unternehmen zur Verwertung der erzeugten elektrischen Energie zu betreiben. Der Bau eines Zementwerks wurde aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht konkret verfolgt.<sup>17</sup>

Die Bayerische Überlandcentrale verfügte über verstreuten Bergwerksbesitz von mehreren Tausend Hektar durch die von ihr übernommene Oberpfälzer Braunkohlengewerkschaft Haidhof. Letztere besaß die Braunkohlenzeche Gustav Meßnerskreuth und zahlreiche weitere Grundstücke.<sup>18</sup>



Firmenzeichen der Bayerischen Überlandcentrale, ca. 1910, Quelle: BWAMü F93/292

Kaum waren die Abbauverträge rückgängig gemacht, beriet der Magistrat am 26. Juni 1909 erneut über die Verwertung des Brunnbergs und der Köblitzplatte. Vorangegangen war ein neues Angebot von Theodor Högen aus München. Nach einer Begehung des Brunnbergs ließ sich Högen Gesteinsproben schicken, um sie der Technischen Hochschule zur Analyse zu übergeben.<sup>19</sup> Högen stellte sich als Direktor des Vereins Ausstellungspark München auf der Theresienhöhe vor. Er war offensichtlich ein Bekannter Vogls und auch über die Absichten der Überlandcentrale informiert, ebenso über den umtriebigen Geller von Kühlwetter,<sup>20</sup> der sich in Wackersdorf das Ziel gesetzt hatte, den Bodenschatz Braunkohle für industrielle Zwecke nutzbar zu machen. So bemühte sich Högen seinerseits, sich zuerst die Abbaurechte zu sichern. Auf eine Zuschrift antwortete ihm der Magistrat:<sup>21</sup>

*„Mit Wackersdorf (Herrn Generaldirektor Gellert [Geller] von Kühlwetter) haben wir bisher in obr. Sache nicht verhandelt, auch nicht mit einer anderen Persönlichkeit, abgesehen von dem notariell wieder rückgängig gemachten Vertrag mit Herrn Direktor Georg Vogl aus München, von welcher Sache Sie ja schon Kenntnis erhalten haben. Sollte aber wirklich von irgend welcher Seite (Wackersdorf oder sonst wo her) in fragl. Angelegenheit mit uns an geknüpft werden wollen, so sichern wir Ihnen für diesen Fall Priorität zu, lassen uns überhaupt auf keinerlei Unterhandlungen mit anderen ein, solange wir nun mit ihnen angeknüpften Verhandlungen schweben, also nicht in der einen oder anderen Weise zum Abschlusse gebracht werden.“<sup>22</sup>*

Am 1. August war ein Vertragsentwurf zur Ausbeutung der städtischen Gemeindewaldungen Brunnberg und Köblitzplatte in der Ausdehnung von 400 Tagwerk [136 ha] ausgehandelt.

Högen sollte sich darin verpflichten, bis Juli 1910 die Erschließung der Gesteine, sei es durch Anlage von Kalk- oder Zementwerken oder durch Brechen des Gesteins zu Bauzwecken, zu beginnen. Außerdem sollten zu diesen Arbeiten nur ortsansässige Arbeiter angestellt werden, soweit keine Facharbeiter nötig seien. Für jeden Eisenbahnwaggon (10 t) Kalk oder Gestein war in vierteljährlichen Raten eine Abgabe von einer Mark zu entrichten. Der Grund sowie das gefällte Holz blieben Eigentum der Stadt, konnten aber per Vorkaufsrecht erworben werden. Der Magistrat erklärte sich damit einverstanden, dass die übertragenen Rechte an eine von Högen zu bildende Gesellschaft übertragen werden könnten. Das Abkommen sollte auf 25 Jahre geschlossen werden.<sup>23</sup>

Zunächst schien es so, als ob Högen den Vertragsentwurf akzeptiert hätte. In einem Antwortschreiben ging er nicht auf den Inhalt ein, nannte aber eine Fußverletzung als Grund für sein Nichtkommen. Es würde aber kein Zeitverlust entstehen, da er inzwischen an der Planung arbeite.<sup>24</sup>

Am 26. August beriet der Magistrat erneut. Högens wiederholtes Nichterscheinen und dessen Versuche, sein finanzielles Risiko zu minimieren, reizten den Magistrat. Dieser entschloss sich daher, eine Mindestfläche von 15 Tagwerk à 300 Mark für die Anlage des Kalkwerks festzulegen.<sup>25</sup>

Zwei Tage später legte Högen einen neuen Kompromissvorschlag vor, indem er zunächst 15 Tagwerk kostenlos bekommen sollte und für weitere den Preis von 300 Mark bezahlen wollte:<sup>26</sup>

*„Ich kann einer von mir zu bildende Gesellschaft nicht zumuten dort von vornherein Grundstücke zu erwerben, solange nicht mit*

Luftbild von Süden auf BURGLENGENFELD, oben links der Steinbruch am Brunnberg, 1950, Quelle: Oberpfälzer Volkskundemuseum Burglengenfeld



*absoluter Sicherheit feststeht, dass der Brunnberg wirklich so viel kalkhaltiges und gleichprozentiges Gestein beherbergt, um eine lohnende Ausbeute zu sichern. Die von mir veranlasste Analyse hat ein Resultat ergeben, welches nur einen lohnenden Abbau wahrscheinlich erscheinen lässt, wenn an den ursprünglichen Voraussetzungen, nämlich eine Abgabe von M. 1,- pro Wagen, festgehalten wird. ... Andererseits aber dürfte doch wohl der Hinweis auf die durch Anlage eines Kalkwerks für die Stadt entstehenden Vorteile den hohen Magistrat veranlassen, diesen neuerlich angenommenen Standpunkt wieder zu verlassen und vom Ankauf abzusehen, denn der Stadt zu fließende Abgabe von M 1,- pro Waggon ferner die Steuern von einem angelegten Kapital von vorläufig 100-150.000 das sich noch steigern kann, endlich die Ansiedlung von steuerkräftigen Beamten [Angestellten] sind doch Faktoren mit denen eine Stadtgemeinde*

*rechnen wird, wenn es sich um „Sein oder Nichtsein“ handelt.“<sup>27</sup>*

Der Burglengenfelder Magistrat unternahm alles, um Högens Forderungen zu erfüllen.<sup>28</sup> Andererseits war er inzwischen aber misstrauisch geworden und ließ Erkundigungen über Högen einziehen. Über den in München lebenden Burglengenfelder Ehrenbürger Bahnoberinspektor a.D. Paul Dietrich, der seinerzeit den Eisenbahnanschluss für Burglengenfeld durchgesetzt hatte, holte der Magistrat Informationen in der Detektei W. Schimmelpfennig in München ein:

*„Högen conditionierte in verschiedenen Geschäften des In- und Auslandes, u.a. in Australien, Südafrika usw.; zuletzt war er einige Zeit Geschäftsführer bei der Hausmüllverwertung München GmbH in Puchheim bei München, welchen Posten er im Herbst 1903 verließ. Nach dieser Tätigkeit fand Högen in dem Asphaltwerk*

WERKSANSICHT mit Blick  
auf den BRUNNBERG,  
ca. 1960



von Kopp & Co. in München Engagements. Nunmehr befasst sich Högen mit dem Verkaufe von Schmetterlingen, Käfern, Muscheln usw. ... Nennenswerten Verdienst dürfte er damit nicht erzielen. Vermögen von Belang besitzt Högen, der verheiratet ist, nicht. Mancherseits wird im Verkehre mit Högen eine gewisse Vorsicht angebracht gehalten.<sup>29</sup>

Eine aktuellere, wenn auch nicht deckungsgleiche Einschätzung lieferte Dietrich selbst:

„Theodor Högen, Direktor der Japanausstellung, stammt aus Norddeutschland, ist angeblich Kaufmann, hat aber auf allen Gebieten schon gearbeitet und war bei Ausstellungen und auch bei Bauunternehmern angestellt. Seine Tätigkeit brachte ihn weit in der Welt herum. Er war mehrere Jahre in Afrika, und speziell mehrere Jahre in Südamerika tätig. Seit etlichen Jahren ist er in München. Er wurde als Vertreter einer Straßenbaufirma mit Reichsrat Kühles bekannt

und dieser brachte ihn 1908 bei der Eröffnung der Ausstellung in Diensten der Direktion. Er war im allgemeinen verlässlich und wurde auch zur Dienstleistung für die Ausstellung 1908 engagiert, er ist aber bei weitem nicht Direktor, sondern anscheinend Platzinspektor und lediglich um das Personal zu kontrollieren. Högen steht in den fünfziger Jahren, ist ledig und ohne Vermögen. Persönlich findet er gute Beurteilung, Kredit kommt wohl kaum infrage.<sup>30</sup>

Für den 5. September war wiederum eine Sitzung des Magistrats angesetzt, auf welcher die neuen Forderungen Högens verhandelt wurden und dieser auch persönlich anwesend sein sollte. Bis dahin hatte man schriftlich bereits über zwei Monate verhandelt. Doch auch zu dieser Verhandlung erschien Högen nicht und ließ sich krankheitsbedingt entschuldigen.<sup>31</sup> In dieser Sitzung entschloss sich der Magistrat zu einer härteren Gangart und legte den

ursprünglich auf 1. Juli 1910 vorgesehenen Arbeitsbeginn auf den 1. April vor. Ebenso wurde der Mindestabbau auf 30.000 t pro Jahr festgelegt, bei Nichterfüllung wäre der Beschluss nichtig. Die abzubauen Fläche wurde auf 71,43 ha oder 209,64 Tagwerk festgelegt.<sup>32</sup>

Derart in die Enge getrieben, versuchte Högen, die Mindestabbaumenge weiter zu reduzieren und halbierte seine ursprüngliche Abbaumenge auf fünf Waggons pro Tag. Auch diesen Vorschlägen folgte der Magistrat noch.<sup>33</sup>

In einem Brief vom 8. Oktober offenbarte sich Högens erstmals, indem er zugab, keine Teilhaber oder Investoren für sein Projekt zu haben:

*„[Ihr] sehr geehrtes Schreiben vom 30. kann ich leider erst heute beantworten, da ich durch starken Gelenkrheumatismus ans Haus gefesselt bin. Obwohl auf der Besserung kann ich mich nur am Stock bewegen u. muss daher das Vergnügen recht bald ihre geschätzte Bekanntschaft machen zu können, zu meinem Bedauern noch um einige Wochen verschieben. Ich hatte, bei einem zielbewussten Handeln seitens der Stadt B. die Idee, ein Kalkwerk am Brunnberg zu errichten, bereits im Herbst verwirklicht, leider arbeitet der „Stadtmechanismus“ nicht so wie es zur Durchführung eines großen Planes nothwendig gewesen wäre und jetzt laborieren wir ein wenig an den Folgen. Man hat in B. zu viel u. zu laut von meinem Plan gesprochen, die Konkurrenz hat das aufgegriffen u. wie ich höre, macht man zum ... Kampfpreise gegen unser neues Werk. .... Das ist zwar unerfreulich, lässt sich aber nicht ändern u. die einzige Schwierigkeit ist jetzt die, anstelle der abgesprungenen Theilhaber, deren neue zu finden.“<sup>34</sup>*

Am 26. Oktober bestätigte Högen in einem Brief trotz Finanzierungsproblemen den Gemeinderatsbeschluss vom 16. September.

Högen war bisher nicht einmal persönlich in der Stadt aufgetaucht. Um das Projekt weiterzubringen, sollte jetzt Ehrenbürger Dietrich in die Verhandlungen eingeschaltet werden. Dieser versuchte wiederum vergeblich, mit Högen in München in Kontakt zu treten.<sup>35</sup> Auf einen Brief von Dietrich vom 27. Oktober antwortete Högen am 2. November. Er teilte darin unter anderem mit, dass er seine Anstellung am 15. Oktober für dieses Jahr verlassen habe. Im weiteren Verlauf gelang es ihm, Dietrich, der schon seit Jahrzehnten für den Abbau des Kalksteins eintrat, als Geldgeber für das Projekt zu interessieren. Zu diesem Zeitpunkt war Dietrich bereits schwer erkrankt und musste sich einem Klinikaufenthalt unterziehen. Kurz zuvor hatte er noch versucht, bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank<sup>36</sup> Geld für das Projekt zu beschaffen. Ebenso setzte er sich auch ohne Erfolg für städtisches Geld zur Unterstützung von Högens Plänen ein.<sup>37</sup>

Die Zeit drängte und der für 1. April festgelegte Arbeitsbeginn verstrich. Damit ruhte das Erschließungsprojekt am Brunnberg abermals, obwohl ausgehandelte Verträge über 136 ha vorlagen, in denen sich die Stadt lediglich die Holznutzung und einen Betrag von 1 Mark pro 10 t abgebauten Gesteins vorbehielt.

# Kampf um den Kalkstein am Brunnberg

Urkunde

König. Landesgewerbe-Anstalt Nürnberg  
Chemisch-technische Abteilung

Nürnberg, 30 Januar 1910. —

N. N. 3555.

Gewerbeschein Burglengenfeld. v. v. —  
Burglengenfeld. —

Ein mit geöffneter Urkunde vom 15. Dez. 1910 zugewandte Probe Kalkstein wurde mit nachstehenden Resultaten untersucht. — Die Probe bestand aus einem Kalkstein.

Chemische gesondene Procentgehalte an:

In Talksteinen enthaltene Anteile (von 100 Theil.) zu	2,80
Alumina . . . . . zu	0,50
Calciumoxid . . . . . zu	54,10
Magnesiumoxid . . . . . zu	Spur
Kohlenstoffwasserstoffdioxid . . . . . zu	42,50

Es wurde festgestellt ein Procentgehalt an:

Kohlenstoffwasserstoffdioxid . . . . . zu	96,57
---	-------

In Talksteinen enthaltene Anteile (von 100 Theil.) zu

Alumina . . . . . zu	0,50
Kohlenstoffwasserstoffdioxid . . . . . zu	Spur
99,87. —	

Der Vorstand  
gez. Prof. Dr. Stockmeier

Die Urkunde ist:

ANALYSEERGEBNISSE, Quelle: StA BUL 2/40

Am 12. Dezember 1910 ergriff der Gewerbeverein mit einer Petition an den Magistrat die Initiative. Er hatte den Unternehmer und Rentier Franz Windhager aus Bad Aibling, ebenfalls Ehrenbürger der Stadt Burglengenfeld, als Investor für ein Kalkwerk gewonnen:

„Wir haben diesseits in Erfahrung gebracht, dass wieder Aussicht vorhanden ist auf dem Brunnberg ein Kalkwerk anzulegen. Wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen ist der derzeitige Unternehmer Herr Wildhagen [Windhager] Rentier aus Bad Aibling, ein Mann, der pekuniär sehr gut situiert und außerdem die besten Referenzen aufzuweisen vermag. ... Der ergebnstuntätigste Gewerbeverein stellt deswegen an den hochlöblichen Magistrat der Stadt Burglengenfeld die Bitte, doch mit allen möglichen

Mitteln dahin wirken zu wollen, dass doch endlich auch für unser Städtchen ein industrielles Unternehmen geschaffen wird, die Bewohner und die Gewerbetreibenden hätten es denn gewiss sehr von Nöthen. Ein hoher Magistrat würde sich in diesem Falle die ganze Gemeinde zu größtem bleibenden Danke verpflichten. Andere Städte kaufen sogar Ländereien zusammen, um sie dann industriellen Unternehmern unentgeltlich oder doch zu sehr mäßigem Preise abzulassen, nur damit Handel und Gewerbe gedeihen und nicht zuletzt auch der Gemeindegeld davon Nutzen ziehen kann.“<sup>38</sup>

„Ein hochlöblicher Magistrat sowie dessen ehrenwertes Kollegium wollen sich daher nicht etwa durch andere in Aussicht gestellte Pläne und Versprechungen irreführen lassen, sondern einen kapitalkräftigen gut situierten Manne die Genehmigung zur Ausbeutung des Brunnberges und zur Erbauung eines größeren Kalkofens [Kalkofens] gewähren. Unser Ehrenbürger Herr Karl Dietrich interessiert sich schon jahrelang für dieses Projekt und wird unserer Stadt Burglengenfeld stets mit Rat und Tat an die Hand gehen, zumal der Unternehmer Herr Wildhagen [Windhager] ein persönlicher Bekannter von ihm ist.“<sup>39</sup>

Franz Windhager bot am 9. Dezember an, die am 6. and 18. September 1909 mit Theodor Högen ausgehandelten Vertragsbedingungen zu übernehmen. Die Triebfeder hinter diesem Angebot war wiederum Dietrich.<sup>40</sup> Mit den Arbeiten sollte spätestens am 1. April 1911 begonnen und der Gewerbebetrieb zum 1. Januar 1912 eröffnet werden. Die Verpflichtung zur Zahlung einer Mindestabgabe von 3.000 Mark an die Stadtgemeinde und die darin angekündigten Zahlungsverpflichtungen sollten entfallen. Außerdem sollte der Baugrund für die Gebäude auf Verlangen des Unternehmers ohne Entschädigung an die Stadtgemeinde in dessen Eigentum übergehen. Die Stadt sollte sich



JOSEPH GELLER VON KÜHLWETTER (1866-1932) mit Frau LOUISE KATHARINA. Gründer der Bayerischen Braunkohlenindustrie in Wackersdorf, ca. 1905

darüber hinaus gegenüber Rechtsnachfolgern, die den Geschäftsbetrieb fortsetzen wollen, verpflichtet, die notwendigen Waldflächen am Brunberg unter den gleichen Bedingungen wie bei der Erstaubeute zu überlassen.<sup>41</sup>

In der Sitzung am 12. Dezember 1910 war der Magistrat „aufgrund gemachter unliebsamer Erfahrungen“ bei der Vergabe der Ausbeutungsrechte am Brunberg wesentlich zurückhaltender. Man war bereit, an Windhager etwa zehn Tagwerk unentgeltlich zur Anlage eines Kalk- oder Zementwerks abzutreten, wenn dieses bis zum 1. Januar 1912 fertig gestellt und in Betrieb gesetzt sein sollte.<sup>42</sup>

Erst jetzt wurde auch auf Anregung von Dietrich eine umfangreiche Prüfung des Kalksteins auf Festigkeit, Wasseraufnahme und Haftbeständigkeit sowie die Verwendbarkeit des Steins zu Bauzwecken und als gebrannter Kalk auf „bindende Kraft“, Zugfestigkeit und Haftfestigkeit geprüft. Ebenso sollte das Gestein auf die Verwendung für die Zementherstellung geprüft werden. Zunächst sollte dies bei Prof. Dr. G. Schultz vom Königlichen Polytechnikum München im Laboratorium für chemisch-technische Untersuchungen für 200 Mark erfolgen.<sup>43</sup> Der Betrag war aber wohl zu hoch. Der Gewerbeverein schickte deswegen am 15. Dezember 1910 Proben an die chemisch-technische Abteilung der bayerischen Landesgewerbeanstalt Nürnberg und streckte das Geld vor.<sup>44</sup> Die Untersuchungsergebnisse lagen am 20. Januar 1911 vor und bestätigten prinzipiell die Verwendbarkeit des Kalksteins für die Zementfabrikation. Allerdings musste das Rohmaterial aus zwei separat gewonnenen Komponenten, Kalk und Ton, gemischt werden.<sup>45</sup>

Noch vor Bekanntwerden des Ergebnisses machte Generaldirektor Josef Geller von Kühlwetter, Pionier der Bayerischen Braunkohlenindustrie in Wackersdorf, der Stadt ein neues



Verhandlung über den Bau des Zementwerks.

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Regensburg hat beschlossen, dass die Gemeinde Kuehlwetter sich dem Generaldirektor J. Geller von Kuehlwetter mit Angelegenheiten beauftragt, eine Anleihe von 250.000 Mark zu beschaffen, die zur Errichtung eines Zementwerks in Kuehlwetter dienen soll.

Die Errichtung des Zementwerks ist unter der Bedingung, dass die Gemeinde Kuehlwetter sich dem Generaldirektor J. Geller von Kuehlwetter mit Angelegenheiten beauftragt, eine Anleihe von 250.000 Mark zu beschaffen, die zur Errichtung eines Zementwerks in Kuehlwetter dienen soll.

Die Errichtung des Zementwerks ist unter der Bedingung, dass die Gemeinde Kuehlwetter sich dem Generaldirektor J. Geller von Kuehlwetter mit Angelegenheiten beauftragt, eine Anleihe von 250.000 Mark zu beschaffen, die zur Errichtung eines Zementwerks in Kuehlwetter dienen soll.

Die Errichtung des Zementwerks ist unter der Bedingung, dass die Gemeinde Kuehlwetter sich dem Generaldirektor J. Geller von Kuehlwetter mit Angelegenheiten beauftragt, eine Anleihe von 250.000 Mark zu beschaffen, die zur Errichtung eines Zementwerks in Kuehlwetter dienen soll.

Die Errichtung des Zementwerks ist unter der Bedingung, dass die Gemeinde Kuehlwetter sich dem Generaldirektor J. Geller von Kuehlwetter mit Angelegenheiten beauftragt, eine Anleihe von 250.000 Mark zu beschaffen, die zur Errichtung eines Zementwerks in Kuehlwetter dienen soll.

Die Errichtung des Zementwerks ist unter der Bedingung, dass die Gemeinde Kuehlwetter sich dem Generaldirektor J. Geller von Kuehlwetter mit Angelegenheiten beauftragt, eine Anleihe von 250.000 Mark zu beschaffen, die zur Errichtung eines Zementwerks in Kuehlwetter dienen soll.

Die Errichtung des Zementwerks ist unter der Bedingung, dass die Gemeinde Kuehlwetter sich dem Generaldirektor J. Geller von Kuehlwetter mit Angelegenheiten beauftragt, eine Anleihe von 250.000 Mark zu beschaffen, die zur Errichtung eines Zementwerks in Kuehlwetter dienen soll.

Kuehlwetter, den 16. August 1910. Regensburg, 25. August 1910.  
Magistratspräsident: J. Geller v. Kuehlwetter.  
L. S. Kuehlwetter  
Mag. G. Geller v. Kuehlwetter.

vert.

VERTRAG mit JOSEPH GELLER VON KÜHLWETTER vom 26.8.1911, Quelle: StA BUL 2/40

Angebot zum Bau eines großen Zementwerks. Wie noch zu zeigen ist, hatte von Kuehlwetter der Stadt mehr als fünf Jahre zuvor bereits den Stromanschluss an ein von ihm zu errichtendes Kraftwerk erfolglos angeboten. Dagegen kam 1908 ein Vertrag mit der Oberpfälzer Braunkohlengewerkschaft in Haidhof, der späteren Überlandzentrale, zustande. Inzwischen war das Wackersdorfer Unternehmen unter von Kuehlweters Führung zu einem beachtlichen Unternehmen mit 160 Mitarbeitern herangewachsen. Zwar hatte sich von Kuehlwetter schon 1909 aus diesem Unternehmen zurückgezogen, doch hatte der mit hohen Auszeichnungen versehene Unternehmer beste Referenzen.

Der Magistrat fasste am 18. Dezember 1910 kurzerhand einen neuen Beschluss und stellte alle bisherigen Beschlüsse zurück: „Nachdem die städt. Kollegien wegen Errichtung eines bedeutenderen Zementwerks mit Herrn Generaldirektor Geller von Kuehlwetter in Unterhandlung getreten sind, so ist der Beschluss des Stadtmagistrats vom 9. Dezember 10 zurückzustellen.“<sup>46</sup>

Aus Geller von Kuehlweters Sicht konnte auch ein Kalkwerk errichtet werden, nur die Platzfrage müsste noch geklärt werden.<sup>47</sup> Windhager sah sich hintergangen und zog sein Kaufangebot zurück.<sup>48</sup> Am 12. Januar 1911 machte er dennoch ein neues Angebot für den Bau eines Kalkwerks sowie den Kauf von 10 Tagwerk zu 2.500 Mark<sup>49</sup> und pochte auf das Erstkaufrecht, das er an M. Haas, Rentier aus München, gegen eine Abfindungssumme von 500 Mark abtreten wollte. Es kam aber letztlich zu keiner weiteren Aktivität Windhagers mehr.<sup>50</sup>

Am 27. August 1911 wurde ein auf 99 Jahre befristeter Nutzungsvertrag abgeschlossen, in welchem Geller von Kuehlwetter und seinen Rechtsnachfolgern die alleinigen Abbaurechte am Brunnberg übertragen wurden. Für jedes Tagwerk genutzte Fläche war an die Stadt ein Betrag von 400 Mark zu entrichten. Die anfängliche Nutzungsgröße sollte mindestens zehn Tagwerk betragen und damit der Stadt sofort 4.000 Mark bringen. In einem Vertragszusatz wurde festgelegt, dass die Betriebsaufnahme des Portlandzementwerks innerhalb Jahresfrist erfolgen musste, andernfalls würde der Vertrag nichtig.<sup>51</sup>

# Fränkische Portland-Cement- und Kalkwerke AG Hersbruck

16

Zwei Jahre zuvor, im Jahr 1909, hatte sich die Fränkische Portland-Cement- und Kalkwerke AG Hersbruck mit einem Aktienkapital von einer Million Mark mit dem Ziel gegründet, in Pommelsbrunn bei Hersbruck ein Zementwerk zu bauen. Ihre Geschäftstätigkeit begann am 28. Juni 1909. Die Errichtung sollte die Firma Polysius als Generalunternehmer durchführen.<sup>52</sup>

Auf der ersten außerordentlichen Generalversammlung am 18. September 1909 im Hotel Württembergischer Hof in Nürnberg waren die Aktionäre vollständig erschienen. Es waren überwiegend Großindustrielle und Rentiers. Den größten Aktienbesitz hatte die Gesellschaft Oberon Berlin (500), gefolgt vom ehemaligen Direktor der Bayerischen Bank, Generalkonsul Julius Auspitzer<sup>53</sup> aus München (199), Rentier Christian Feustel<sup>54</sup> aus Langenbruck (200) sowie von Gustav Widemann aus München (100). Mit einer Aktie war Wilhelm Kolb aus Nürnberg<sup>55</sup> vertreten.

Die Gründung der Hersbrucker Aktiengesellschaft geschah zu einer Zeit, in der auf dem Zementmarkt eine enorme Überkapazität durch unkontrollierten Zubau immer neuer Fabriken entstanden war. Die Auslastung der unter hohem Kapitalaufwand errichteten Zementwerke war gering. Im Jahre 1904 hatten sich daher zahlreiche Fabriken zur Süddeutschen Zementverkaufsstelle GmbH (SCV) zusammengeschlossen. Als gemeinsame Verkaufsorganisation der süddeutschen Zementfabriken bekämpfte diese vehement jede Neugründung, so auch die in Hersbruck.

Bereits am 5. November 1909 teilte der Aufsichtsratsvorsitzende auf der Generalversammlung mit, „... dass sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats ihr Ausscheiden dargelegt haben.“ Vorangegangen war eine Übernahme der Aktien durch die Süddeutsche Zementverkaufsstelle GmbH Heidelberg und ihre Teilhaber.<sup>56</sup>



Zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden wurde der Geheime Kommerzienrat Alexander von Pflaum aus Stuttgart ernannt. Bezeichnender Weise fanden die folgenden Generalversammlungen auch in den Räumen der Württembergischen Bankanstalt, vorm. Pflaum & Co, statt. Von Pflaum gehörte wie Aktionär Direktor Waldemar Schrader zum Stuttgarter Immobilien- und Baugeschäft, mit welchem die Portland-Cement-Werke Heidelberg 1918 fusionierten. Friedrich Kirchhoff und Alfred Weinschenk vom Bankhaus Bass und Herz Frankfurt, beide spätere Aufsichtsratsvorsitzende in Heidelberg, gehörten zu diesem Zeitpunkt bereits zu den engen Geschäftspartnern der Portland-Cement-Werke Heidelberg. So stand die Hersbrucker Gesellschaft von Anfang an unter starkem Einfluss der Portland-Cement-Werke Heidelberg und Mannheim.<sup>57</sup> Andere Aktionäre wie die Portland-Cementfabrik Karlstadt, vormals Ludwig Roth AG, waren durch Kommerzienrat Paul Steinbrück vertreten.<sup>58</sup>

Die Bestätigung, dass es sowieso nicht in der Absicht der neuen Aktionäre stand, ein Zementwerk zu errichten, finden wir schon im ersten Geschäftsbericht:

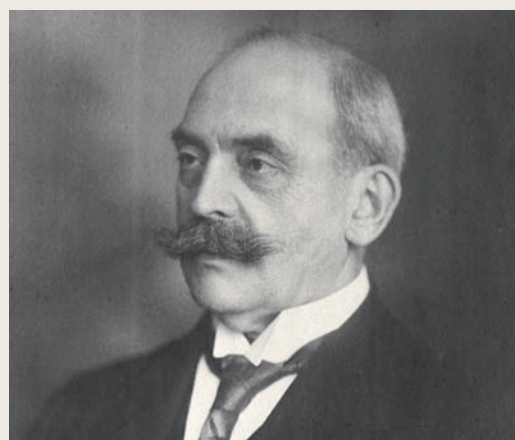
*„Die Lage des Cementmarktes, insbesondere was die Verkaufspreise anbetrifft, hat sich derartig ungünstig gestaltet und die Aussichten auf Besserung in absehbarer Zeit sind so gering, dass wir im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat zu dem Entschluss gekommen sind, den Bau der Fabrik auf unbestimmte Zeit zu verschieben.“<sup>59</sup>*

Das erste Geschäftsjahr (28.9.1909 bis 31.12.1909) schloss mit einem Verlust von 82.315,02 Mark ab.<sup>60</sup> Bei einem Aktienkapital von 1.000.000 Mark entstand das Defizit insbesondere aus Anzahlungen für Maschinen an Polysius, Planierung des Geländes, Anschlusskosten an die Eisenbahn und Gehaltszahlungen.<sup>61</sup> Auch das Jahr 1910 brachte einen Verlust von 292.822,77 Mark. Allein die Stornierung der vergebenen Aufträge belief sich auf rund 240.000 Mark.<sup>62</sup>

Die Aktivitäten der Hersbrucker Aktiengesellschaft richteten sich daher in den Geschäftsjahren 1910 und 1911 ausschließlich auf die verlustbringende Stornierung bereits vergebenen Aufträge sowie den Rückbau und Verkauf von Grundstücken.<sup>63</sup>

Im Vorstand der Gesellschaft saßen jetzt das Gründungsmitglied Gustav Widemann und Fritz Brans<sup>64</sup>, Direktor der Süddeutsche Cementverkaufsstelle GmbH. Entsprechend der Aktienanteile wurde Alfred Weinschenk vom Bankhaus Bass und Herz aus Frankfurt a. M. Aufsichtsratsvorsitzender. Gegen Ende des Jahres 1910, als die meisten Abwicklungsarbeiten getan waren, wurde der Vertrag mit Gustav Widemann aufgehoben. Kommissarisch wurde er durch von Pflaum vertreten.<sup>65</sup>

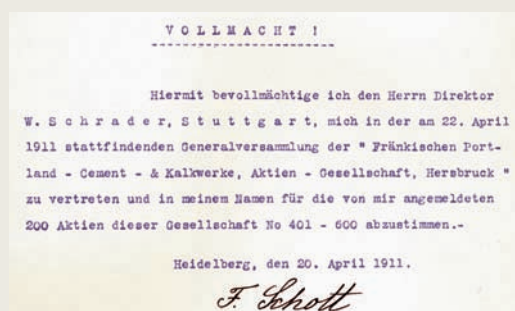
Im Geschäftsjahr 1911 ruhte der Geschäftsbetrieb weitgehend. Die Verluste aus den ersten



FRITZ BRANS, Direktor der SÜDDEUTSCHE CEMENTVERKAUFSTELLE GMBH, ca. 1910

beiden Geschäftsjahren erhöhten sich geringfügig von 375.137,79 Mark auf 380.918,62 Mark. Die begonnene Kantine wurde zum Abbruchwert verkauft.

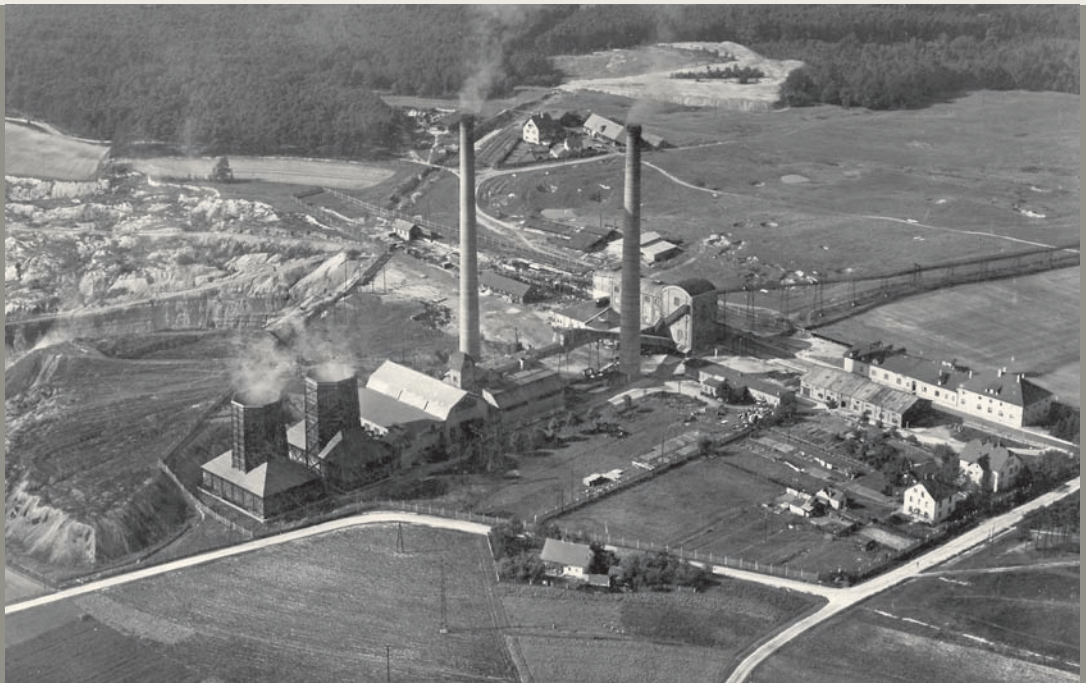
Im Geschäftsjahr 1911 starben Bergwerksdirektor Ludwig Roth aus Wiesbaden (†4.1.1911) sowie der Geh. Kommerzienrat Alexander von Pflaum aus Stuttgart (†15.11.1911). In der Folge kam es zu einer Verschiebung des Aktienbesitzes und Friedrich Schott von den Portland-Cement-Werken Heidelberg und Mannheim erwarb die Hälfte der Aktien der SCV.<sup>66</sup>



VOLLMACHT Friedrich Schotts an Waldemar Schrader, 1911

# Elektrifizierung Burglengenfelds

18



Luftbild des  
KRAFTWERKS PONHOLZ,  
ca. 1928  
Quelle: BWAMü F93/2281

Schon im Jahre 1895 baute Oskar von Miller in Schwandorf im Ortsteil Ettmannsdorf das erste Braunkohlekraftwerk. Die Braunkohle wurde in der Matthiaszeche westlich von Schwandorf gewonnen. Doch erst Josef Geller von Kühlwetter begann 1902 mit der systematischen Untersuchung der Wackersdorfer Braunkohlevorkommen im Feld Steinberg mit dem Ziel, sie für die Stromerzeugung nutzbar zu machen. Im Jahr 1904 plante die in seinem Besitz befindliche Braunkohlegesellschaft Karolinenzeche in Eichhofen, die Errichtung eines Brikettwerks in den Mutungen von Steinberg, woraus sich die Bayerische Braunkohlen Industrie mit Sitz in Regensburg entwickelte.

Die Gremien der Stadt Burglengenfeld hielten sich für eine Elektrifizierung drei Alternativen offen, nämlich den Bau einer eigenen Anlage durch Müller & Cie aus Hersbruck, eine Belieferung durch die Siemens-Schuckert-Werke

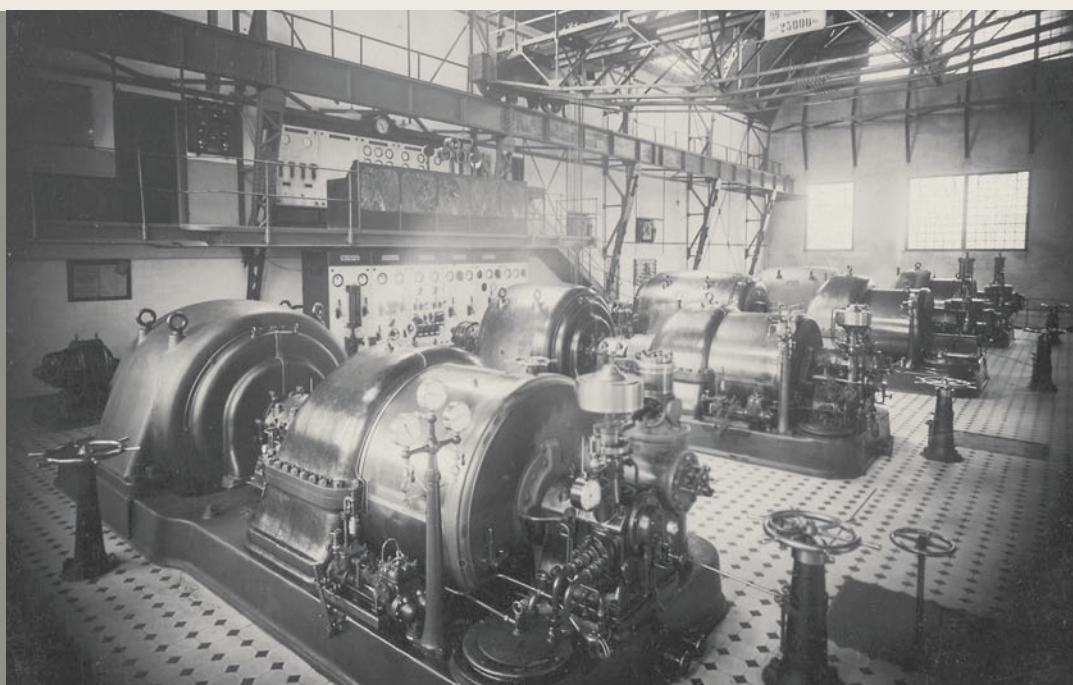
Nürnberg und eine Anbindung an das Netz der Bayerischen Überlandzentrale AG Regensburg.

Nach ersten Verhandlungen entschloss sich die Stadt 1905 zu einem Projekt des Ingenieurbüros Müller & Cie aus Hersbruck und damit zunächst für den Bau eines Kraftwerks in Kallmünz. Grundlage dafür war, dass das Ingenieurbüro die Wasserkraft des Mühlenbesitzers Weiss aus Kallmünz erwarb. Es wurden auch schon erste Verhandlungen mit den Besitzern aufgenommen. Schließlich wurde aber der Firma Müller & Cie aus unbekanntem Gründen keine Konzession erteilt.<sup>67</sup>

Am 14. April 1905 erhielt die Stadt ein Schreiben der in Gründung befindlichen Bayerischen Braunkohlen Industrie<sup>68</sup> in Regensburg, an der Bergwerksdirektor Josef Geller von Kühlwetter beteiligt war.

Dieses Schreiben benachrichtigte die Stadt darüber, dass der Bau eines Elektrizitätswerks

MASCHINENHAUS des  
KRAFTWERKS PONHOLZ,  
1913,  
Quelle: BWAMü F93/826



bei Schwandorf, das mit Kohle aus Wackersdorf versorgt werden sollte, geplant sei. Es sollte ein Netz von Weiden bis Stadtamhof entstehen und Burglengenfeld wurde der Anschluss an das Netz angeboten.<sup>69</sup>

Burglengenfeld ging aber nicht auf das Angebot ein. Am 24. August 1908 schloss die Stadt stattdessen einen Vertrag mit der Oberpfälzer Braunkohlegewerkschaft Haidhof. Dem Unternehmen wurde das alleinige Belieferungsrecht auf 25 Jahre zugesprochen. Im Februar 1909 begann man bereits mit den ersten Hausinstallationen. Zügig wurde ein Versorgungsnetz aufgebaut und eine Überlandleitung von Haidhof nach Burglengenfeld verlegt.<sup>70</sup>

Das Ponholzer Kraftwerk der Überlandzentrale ging nach einjähriger Bauzeit am 28. April 1910 mit einer Leistung von 4.000 PS in Betrieb. Der Ausbau der Verteilungsanlagen war soweit fortgeschritten, dass die Stromver-

sorgung in 33 Orten aufgenommen werden konnte. Am 28. Juli 1910 wurde auch mit der Stadt Regensburg ein Stromlieferungsvertrag abgeschlossen, desgleichen mit einer Anzahl industrieller Betriebe, darunter die Eisenwerksgewerkschaft Maximilianshütte in Haidhof.<sup>71</sup>

Noch war aber kein rentabler Betrieb des Kraftwerks möglich, da die Anschlussleistung zu gering war. Die Überlandzentrale plante deswegen einen Großverbraucher wie ein Zementwerk in eigener Regie zu errichten.<sup>72</sup>

Schrittweise wurde die Leistung um 4.000 PS im Frühjahr 1913 und später durch einen neuen Maschinensatz und Erweiterung der Kesselanlage auf 12.000 PS erhöht. Im Jahr 1913 bestand das Netz bereits aus 190 km Hochspannungsleitungen und 76 Ortsnetzen.<sup>73</sup> Trotz Kriegsbeginn 1914 stieg der Stromabsatz von 4.646.113 KWh auf 7.511.528 KWh in einem Jahr.<sup>74</sup>

# Einigung mit der Bayerischen Überlandcentrale AG

20



**Erster BRIEFKOPF des PORTLAND-CEMENTWERKS  
BURGLENGENFELD AG, 26.8.1912,  
Quelle: StA Burgl. 2/40**

In Burglengenfeld hatte sich Generaldirektor Josef Geller von Kühlwetter aus Regensburg, wie oben bereits geschildert, per Vertrag vom 25./26./27. und 31. August sowie 6. November 1911 die Abbaurechte am Brunnberg gesichert. Doch bereits wenige Tage nach den ersten Vertragsabschlüssen, am 4. November 1911, ging dieser schon auf die Bayerische Überlandcentrale AG in Haidhof über. Geller von Kühlwetter war zu diesem Zeitpunkt bereits Rentier und verwaltete seine Unternehmungen von seinem 1906 erworbenen Landsitz „Haus Werdenfels“<sup>75</sup> bei Eichhofen aus. Seine Motive für das Aushandeln von Verträgen zur Errichtung eines Zementwerks bleiben rätselhaft. Möglicherweise sah er auch nur die Chance, ein lukratives Geschäft zu machen, indem er seine schnell erworbenen Rechte weiterverkaufte. Dafür spricht, dass er wohl aufgrund riskanter Geschäfte 1929 sein Vermögen verlor.<sup>76</sup>

Aufgrund der Quellenlage ließ sich bisher nicht klären, inwieweit von Kühlwetter nicht von Anfang an im Auftrag der Überlandcentrale handelte. Gestützt wird diese Annahme durch die Verweigerung der Ehrenbürgerrechte – die er in Wackersdorf 1909 erhielt – durch die Stadt Burglengenfeld. Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten beschloss am 17. Januar 1913 Generaldirektor Geller von Kühlwetter für seine Verdienste um die Errichtung des Zementwerks „... den gebührenden Dank der beiden städtischen Collegien zum Ausdruck bringen.“ Der Gemeinderat nahm dazu am 24. Januar 1913 eine ablehnende Stellung ein, „... aus Gründen, die öffentlich bekanntzugeben vorläufig nicht angezeigt erscheint. Der Magistrat will also eine abwartende Haltung derzeit eingenommen haben.“<sup>77</sup>

Im Besitz der Abbaurechte schien die Überlandcentrale jetzt mit der Errichtung des Zementwerks Ernst zu machen. Zumindest ließ sie dies in einem Schreiben vom 12. Februar 1912 an die Stadtverwaltung durchblicken. Es sollten Sprengungen am Brunnberg zur Probematerialgewinnung durchgeführt werden, damit die Maschinenfabriken das Material testen könnten. Es folgte allerdings gleich die Einschränkung: „Mit den eigentlichen Arbeiten wird jedoch erst dann begonnen, wenn die Gesamtdisposition festgelegt ist.“<sup>78</sup>

Ob die Probenahme als Signal zum Baubeginn an die Süddeutsche Zementverkaufsstelle gemeint war, lässt sich nicht zweifelsfrei klären. Jedenfalls war letzterer jetzt bereit, ein Zementwerk in eigener Regie zu bauen, bevor es ein unkalkulierbarer Konkurrent täte.

Mit dem Stromliefervertrag vom 15. März 1912 trat die Überlandcentrale ihre Abbaurechte und Grundstücke an die Fränkische Portland-Cement- und Kalkwerke AG Hersbruck ab. Auf diese Weise ließ sich deren Aktienkapital,



BRIEFKOPF der BAYERISCHEN ÜBERLANDCENTRALE, 1912,  
Quelle: StA Burgl. 2/40

das auf ein Drittel des ursprünglichen Werts geschrumpft war, nutzen. Hohe Konventionalstrafen nötigten die SCV zur Umsetzung des Vorhabens. Mit der Errichtung des Zementwerks hatte die BÜC ihr Hauptanliegen erreicht, ohne selbst tätig geworden zu sein.<sup>79</sup>

Auf der Generalversammlung am 18. April 1912 vertrat Paul Wigand, Direktor des Stuttgarter Immobilien- und Baugeschäfts in Schelklingen, das ganze Aktienkapital der Hersbrucker AG mit 1.000 Aktien, was die Geschlossenheit der übrigen Aktionäre unterstreicht. Als Folge des mit der Bayerischen Überlandzentrale AG geschlossenen Vertrags kam Karl Wertenson, Direktor aus Regensburg, für drei Jahre in den Aufsichtsrat. Neben der Änderung der Satzung wurde auch den Wünschen der Stadt Burglengenfeld entsprochen und der Sitz nach Burglengenfeld verlegt. Der Vertrag mit der BÜC war auch die Basis

für die Zustimmung zu den vorzunehmenden Abschreibungen. Die Aktionäre willigten in eine Zuzahlung von 712 Mark pro Aktie zur Deckung der Unterbilanz ein.

Jetzt konnte auch die lang gehegte Forderung der SCV durch Ermächtigung des Vorstands erreicht werden: „... den Beitritt der Gesellschaft zur Süddeutschen Zementverkaufsstelle GmbH in Heidelberg unter der Bedingung zu erklären, dass derselben ab 1. Juli 1913 ein Kontingent von jährlich 200.000 Fass, steigend bis zum 1. Juli 1918 auf 400.000 Fass pro Jahr, gewährt wird.“ Die Eintragung der Portland-Zementwerk Burglengenfeld Aktiengesellschaft, also des heutigen Zementwerks, erfolgte am 10. Juni 1912.<sup>80</sup>

FIRMENZEICHEN der PORTLAND-CEMENTWERK BURGLINGENFELD AG, St. Georg und Wappen von Burglengenfeld, 1912



Trotz der günstigen Wendung kamen die Arbeiten während des Jahres 1912 und bis ins Frühjahr 1913 wegen unabsehbarer Probleme nur schleppend voran. Die Kapitalspritze ermöglichte immerhin einen geringen Gewinnvortrag von 8.504,25 Mark.<sup>81</sup>

Für den Bau des Werks gaben die Portland-Cementwerke Heidelberg und Mannheim eine Kreditbürgschaft und unterstrichen damit einmal mehr ihre Führerschaft im Projekt.<sup>82</sup> Während der Bauzeit stellten sie auch ihren Hausarchitekten Carl Adam für die Portland-Cementwerk Burglengenfeld AG frei. Adam fertigte den Entwurf für die Fabrik-, Verwaltungs- und Sozialgebäude an. Die Aufteilung der Fabrikationsgebäude folgte dem Vorbild der Leimener Fabrikanlagen.<sup>83</sup> Das Gesuch zur gewerbepolizeilichen Konzessionierung wurde am 26. September 1912 eingereicht.<sup>84</sup>

Die mehr als doppelt so große Leimener Fabrik war 1896 ohne größere Genehmigungsprobleme in Rekordgeschwindigkeit gebaut worden. In Burglengenfeld meldete sich schon im Oktober 1912 der Forstfiskus und verlangte vorab eine Voraussage bis zum Jahre 1921 für das bis dahin in Angriff genommene Gelände. Für eine Fabrik, die noch nicht einmal gebaut und deren Markterfolg noch gar nicht absehbar war, eine fast unmögliche Forderung. Kaum war diese Hürde genommen, verlangte das königliche Bezirksamt unerwartet einen Bauleitlinienplan und vor Vergabe der Baukonzession eine statische Nachprüfung der projektierten Fabrik. Im Gebiet zwischen der Straße nach Schmidtmühlen und der Naab sahen die bestehenden Bauleitlinien eine offene Bauweise mit Einzelhäusern von max. 40 m Länge vor. Der Abstand zum Nachbarn durfte nicht weniger als die Hälfte der Gebäudehöhe sein. Insbesondere war die

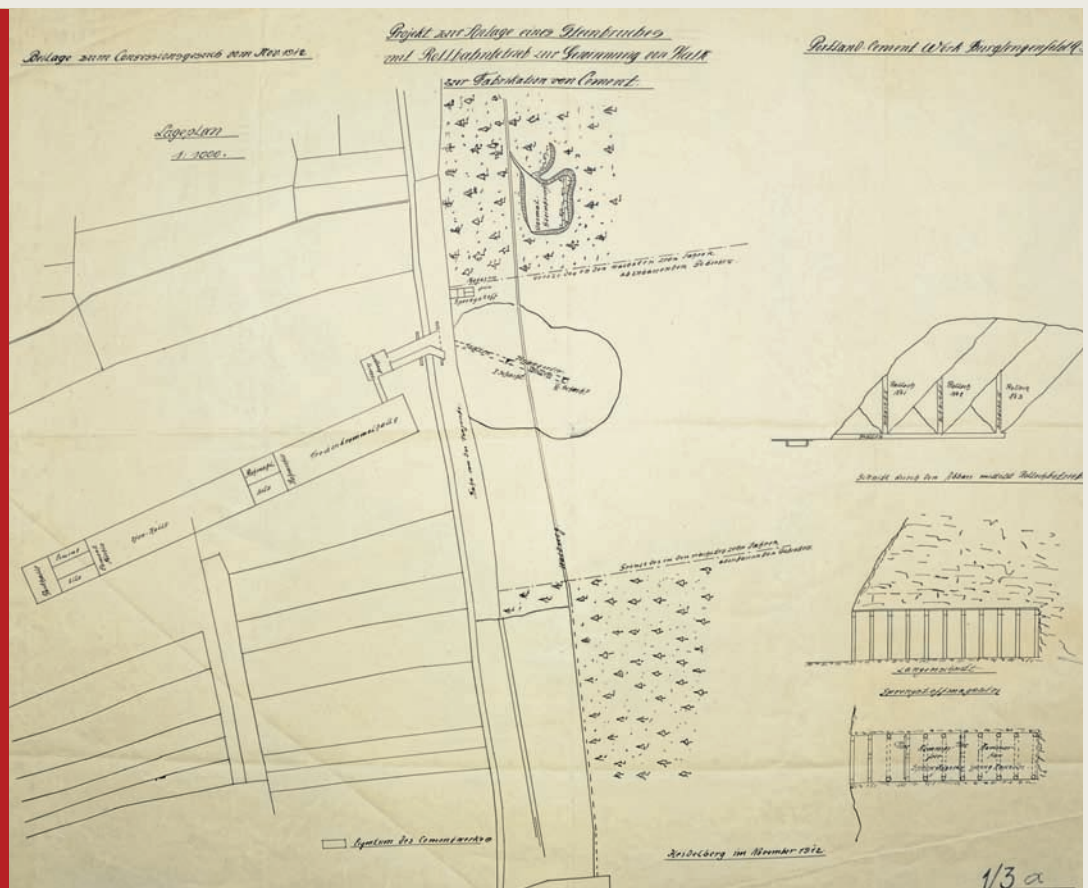
Baulinie zu den Überflutungsflächen der Naab festzusetzen.<sup>85</sup>

Beide behördlichen Forderungen waren mit großem Planungsaufwand verbunden und verhinderten den raschen Beginn der Bauvorbereitungen vor den Wintermonaten. Dadurch standen die Arbeiten von Anfang an unter hohem Zeitdruck. Der ursprüngliche Vertrag mit Geller von Kühlwetter sah vor, bis Ende August 1913 die Fabrik zu eröffnen, denn im Vertrag mit der Bayerischen Überlandcentrale musste sich das Werk bei einer sehr hohen Konventionalstrafe verpflichten, am 1. August 1913 die neue Fabrik in Betrieb zu setzen. Voraussetzung dafür wäre gewesen, ohne weitere Beanstandungen sofort mit dem Bau beginnen zu können.

Vorstand Fritz Brans beschwerte sich darauf beim Magistrat und stellte den Antrag, den vertraglichen Termin von Ende August 1913 um fünf Monate bis Ende Januar 1914 zu verlängern:

*„Durch all diese Umstände werden wir an dem Beginn des Baues gehindert. Es unterliegt fast keinem Zweifel mehr, dass es unmöglich sein wird, überhaupt vor Beginn des Winters mit den eigentlichen Bauten zu beginnen. Es verschwindet damit auch die Möglichkeit, den oben genannten vom verehrl. [verehrlichen] Magistrat dem Herrn. Geller, genannt von Kühlwetter, auf erlegten Termin, als auch den unseinerseits der Überlandcentrale gegenüber eingegangenen Termin aufrechtzuerhalten. An uns liegt hier für die Schuld nicht; alle Vorbereitungen waren der Art getroffen dass der Bau so gefördert wurde, dass längstens im Frühjahr 1913 mit dem Einbau der schon längst bestellten Maschinen begonnen werden konnte. Das ist unter den jetzigen Umständen als ausgeschlossen zu betrachten.“<sup>86</sup>*

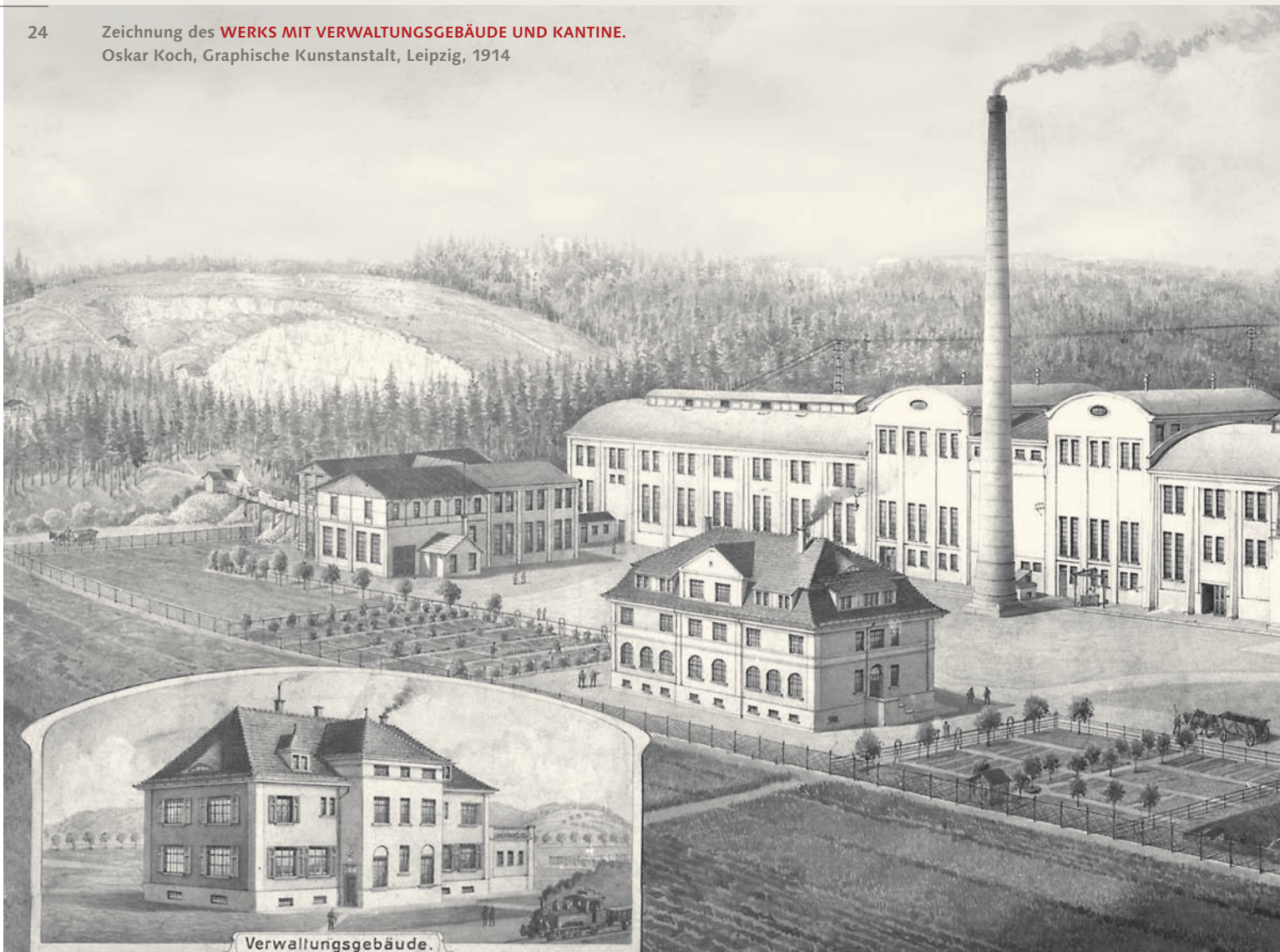




Die Stadt Burglengenfeld, an die Weisungen der übergeordneten Behörden ebenso gebunden, tat, was sie konnte. Der Gemeinderat verlängerte am 28. Oktober 1912, wie auch in den zahlreichen Verträgen zuvor, den Termin sogar um sechs Monate.<sup>87</sup>

Der architektonische Entwurf sah eine 230 m lange Werkshalle vor, die aus einem gewölbten, mit Thumelit-Schiefer (Asbestzementplatten) eingedeckten Dach und einer freitragenden 21 m überspannenden Stahlkonstruktion bestand.

„Aus dem an der Fabrik direct anschliessenden Steinbruch, sowie aus der in nächster Nähe befindlichen Tongrube, werden die Rohmaterialien gewonnen und der Fabrik zugeführt. Hier werden beide Materialien durch Kollergang und Steinbrecher zerkleinert und von hier mittels eines Transportbandes einer Trockentrommel von 35 m Länge und 2 mtr. Durchmesser zugeführt. In dieser Trommel wird das Material getrocknet und gemischt. ... Aus dem Cementsilo wird der fertige Cement mittels Sackpackmaschinen entnommen, in Säcke verpackt und direct in Bahnwaggons oder auf Fuhrwerke verladen.“<sup>88</sup>



In einem Kantinegebäude in unmittelbarer Nähe zu den Produktionshallen waren getrennte Speiseräume für Arbeiter und Angestellte vorgesehen, außerdem eine Wärmestube für die Arbeiter des Steinbruchs. Hier waren auch vier Brausen, drei Wannenbäder und ein Sanitätsraum für die Belegschaftsmitglieder

untergebracht. Im Obergeschoss des Kantinegebäudes wurden drei Beamtenwohnungen mit jeweils drei Zimmern, Küche und Flur eingerichtet.<sup>89</sup>

Das abseits stehende Verwaltungsgebäude des Zementwerks mit Walmdächern sollte nach dem Plan des Architekten im Erdgeschoss den



Vertrieb wie auch das Labor zur Produktüberwachung aufnehmen. Im ersten Stock des Verwaltungsgebäudes entstand eine großzügig angelegte Wohnung für den Direktor. Der ausgebaut Teil des Dachgeschosses war Gästen vorbehalten.<sup>90</sup>

# „Heimatschutz“ kontra Industriearchitektur

26



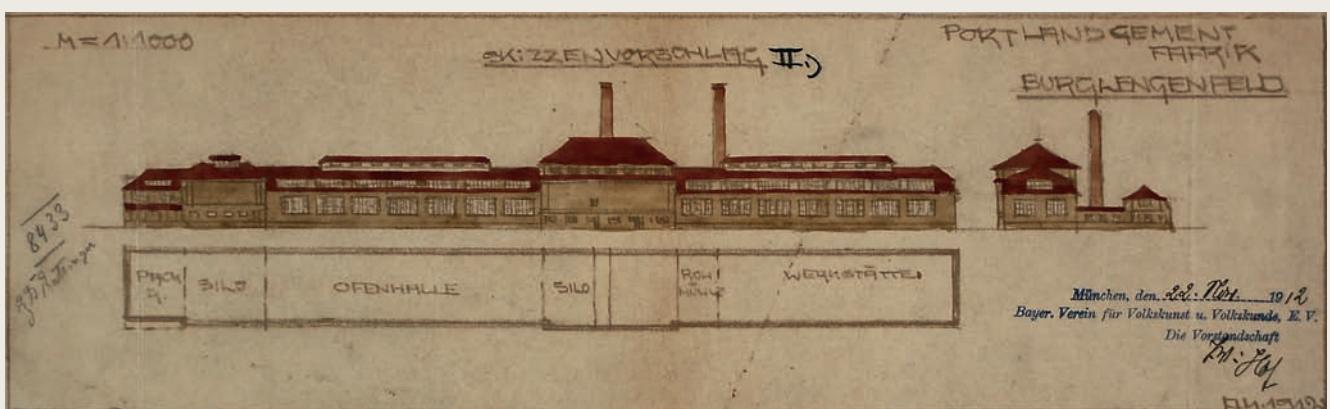
**VERWALTUNGSGEBÄUDE** mit Direktorenwohnung im 1. Stock, Ansicht von Norden, 1912

Der architektonische Entwurf folgte einer sachlich funktionalen Ordnung mit zahlreichen besonders ausgearbeiteten Gliederungselementen. Trotz architektonisch differenzierter Gestaltung war die Größe des Bauprojekts im Naabtal bis dahin ungewohnt und wurde von einigen Teilen der Bevölkerung als störend empfunden. In einer Zeit, in der die negativen Auswirkungen der Industrialisierung immer stärker zu Tage traten, suchte man nach Lösungen, industrielle Großprojekte möglichst ästhetisch in die umgebende Landschaft einzubinden. Für das damalige Ministerium des Innern war es ein Ziel, Industrieansiedelung mit „Heimatschutz“ zu verbinden. Dazu nahm es die Beratung des „Bayerischen Vereins für Volkskunst und Volkskunde e.V.“, der sich 1902 in München gegründet hatte, in Anspruch. Der Heimatbegriff ging von der ländlichen Region als idealisiertem

Gegenpol zum Moloch Großstadt aus. Besonders Augenmerk richtete der Verein auf Denkmalpflege und auf die Erhaltung der Kulturlandschaften. In der Stellungnahme zum Projekt kritisierte dieser die vermeintliche Unfähigkeit des Architekten sowie wesentlich architektonische Merkmale des Entwurfs:

*„Die Bauherrin wird in Betracht des grossen und für die Landschaft wichtigen Projektes sich wohl gerne bereit erklären die unbeträchtlichen Kosten für Erstellung eines einwandfreien Projektes durch einen tüchtigen Architekten zu tragen. Vor allem wäre von diesem die unschöne gebogene Dachung zu beseitigen. Auch der Kamin sollte möglichst einfach unter Weglassung jeglicher Ziermotive errichtet werden.“<sup>91</sup>*

In zwei Skizzen konkretisierte der Verein für Volkskunst und Volkskunde seine Vorstellungen, die sich überwiegend mit der



Vorschlag des „Bayer. Vereins für Volkskunst und Volkskunde e. V.“ für die architektonische Gestaltung der „**PORTLAND ZEMENTFABRIK BURGLENGENFELD**“, 1912, Quelle: StA Amberg 824/357

Dachkonstruktion beschäftigten. Diese sollte in Anlehnung an Fabrikbauten des 19. Jahrhunderts und wohl auch an ländliche Bedachungen in konventioneller Dachdeckung erfolgen. Fast ein Widerspruch bildete dagegen die Forderung, die Kamine technisch und schlicht zu halten. Im Vergleich zu anderen Hallenkonstruktionen der Zeit muss man aus heutiger Sicht dem Architekten sogar Modernität und Sinn für Ästhetik zubilligen. Die Direktion scheint dies ebenso gesehen zu haben und entgegnete darauf kurz vor Jahresende:

„Wir haben keine Kosten gescheut, denselben auch in ästhetischer Hinsicht den örtlichen Verhältnissen anzupassen und dementsprechend die Fassaden durch einen tüchtigen Architekten ausbilden lassen, soweit die Konstruktion dies irgendwie zuließ. Die gebogene auf 21 m freitragende gespannte Dachung war

durch die maschinelle Einrichtung geboten und ist es unmöglich, hierin eine Änderung vorzunehmen. Die Wünsche bezüglich der Kamine wollen wir gerne berücksichtigen und auch sonst bei der Detailbildung allen berechtigten Wünschen nach Möglichkeit Rechnung tragen.“<sup>92</sup>

Auf die Ablehnung der Direktion, eine Neukonstruktion vorzunehmen, folgte fast zwei Monate später harsche Kritik aus dem Innenministerium:

„Nach der Auskunft, die hiezu [hierzu] vom Volkskunstverein erholt wurde, ist zu besorgen [besagen], dass die Fabrikanlage hässlich und zusammenhanglos in der Landschaft stehen würde, während es unschwer möglich wäre, sie unter voller Beachtung der Betriebsbedürfnisse besser zu gliedern und einzufügen. Hiezu [hierzu] ist allerdings ein geschulter Architekt nötig,



der mit technischem Können schönheitliches Empfinden vereinigt. Keinesfalls geht es an, nur deswegen weil bei einer solchen Neubearbeitung die vorhandenen Einzelpläne und statischen Berechnungen zum Teil unverwendbar würden, ohne weiteres eine Verunstaltung der Heimat zuzulassen ... Die Genehmigung der Baupläne ist auszusetzen.<sup>93</sup>

Die unversöhnlichen Gegensätze mussten schließlich am 11. März 1913 bei einem Orts-termin mit Prof. Selzer zur Festlegung der Forderungen des Heimatschutzes diskutiert werden. Das Ergebnis war die Einigung in Baudetails, die wesentliche Konstruktion blieb aber unangetastet. Jetzt zeigte sich auch, dass die Beurteilung aus der Ferne relativiert werden konnte und dem Projekt keine grundsätzlichen Hemmnisse mehr im Weg standen.<sup>94</sup>

„Wenn auch die Lage der zu bauenden Zementfabrik für die alte Stadt und Burg nicht so ungünstig ist wie von uns ursprünglich angenommen wurde, so schneidet sie doch bei ihrer Gesamtlänge von 230 m die Aussicht durch das schöne Naabtal in bedenklicher Weise ab.

Wir müssen so auf das lebhafteste bedauern, dass durch das Fehlen ortspolizeilicher Vorschriften keine Handhabe geboten ist gegen diese wesentliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes anzukämpfen.“<sup>95</sup>

Als nun endlich im Frühjahr die Bauarbeiten aufgenommen werden konnten, traten am 2. Mai 1913 sämtliche Arbeiter in einen wilden Streik. Nach den Ereignissen des vergangenen halben Jahres lagen die Nerven des Architekten Adam blank:

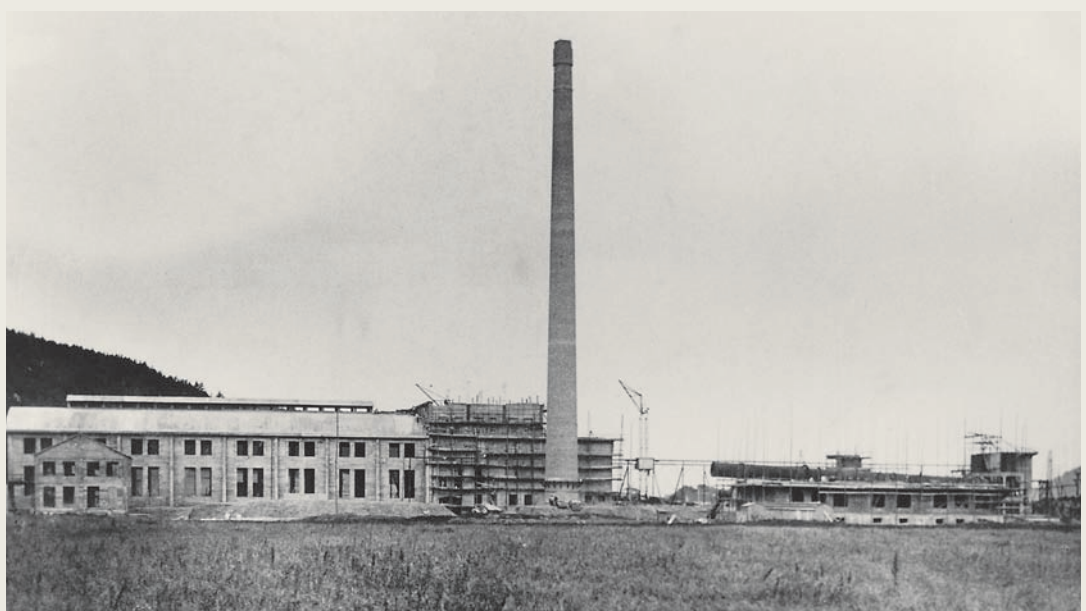
„Dieser Streit ist ohne jeden Grund vom Zaun gebrochen; denn wir sowohl, wie alle bei uns beschäftigten Unternehmen/Firmen, haben die Arbeiter wesentlich besser bezahlt, wie dies hier seither üblich war. Wir bedauern, dass einer Industrie, die für die Burglengenfelder Arbeiterschaft sowohl wie auch für Geschäftsleute und Gemeinde von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, in solch rücksichtsloser Weise entgegengetreten wird. Der Streik ist nur ein Beweis, dass die Bevölkerung Burglengenfeld es nicht verdient, dass die Verwaltung unseres Werks sie bei Vergütung von Arbeiten

*und Lieferungen sowie Einstellung von Arbeitskräften in erster Linie berücksichtigt. Das Gebaren eines Teiles der Arbeiterschaft hat uns aber auch gezeigt, dass ... der Magistrat von Burglengenfeld seinen Einfluss nicht in dem Maße geltend machten, wie dies im Interesse der Entwicklung der Stadt und der Industrie zu wünschen wäre.*

*Wir erklären Ihnen hiermit, sofern der Streik bis Ende dieser Woche nicht beigelegt ist und die Arbeiterschaft (somit Burglengenfeld der Arbeiter infrage kommen) nicht zu den gleichen Bedingungen wie früher die Arbeit wieder aufnimmt, dass wir für die nächsten zehn Betriebs- und Baujahre Arbeiter aus Burglengenfeld in unseren Betrieb nicht aufnehmen; dass ferner sämtliche Lieferungen und Arbeitsvergebungen auf die vorerwähnte Zeitdauer lediglich auswärtigen Firmen übertragen werden.“<sup>96</sup>*

Die Lage entspannte sich aber offensichtlich schnell, denn das ganze Jahr 1913 wurde gebaut. Die zum Teil ungünstige Witterung, aber auch Schwierigkeiten der ausführenden Baufirma mit der aus Stahlbeton bestehenden Fabrikhalle, ließen die Bauarbeiten nur sehr langsam vorankommen. Ende Oktober 1913 waren die Vortrocknerei, die Rohmühlenanlage und die Drahtseilbahn zur Tongrube betriebsbereit. Der Drehofen wurde zum ersten Mal Ende Januar 1914 zum Probetrieb angefahren. Bis Ende Mai 1914 waren die Betriebsabteilungen Zementmühle und Packerei sowie weitere Fabrikgebäude fertiggestellt, sodass die gesamte Anlage in Betrieb genommen werden konnte.<sup>97</sup>

**FABRIKGEBÄUDE** im Rohbau und Montage des Drehofen I, Herbst 1913



# Überlebenskampf im Ersten Weltkrieg

30



EIMERKETTENBAGGER DER FIRMA SEBASTIAN WEH, Tiefbaugesellschaft in Stuttgart. Kiesgewinnung für Errichtung des Bayerischen Portland-Cementwerks Burglengenfeld AG, Herbst 1912

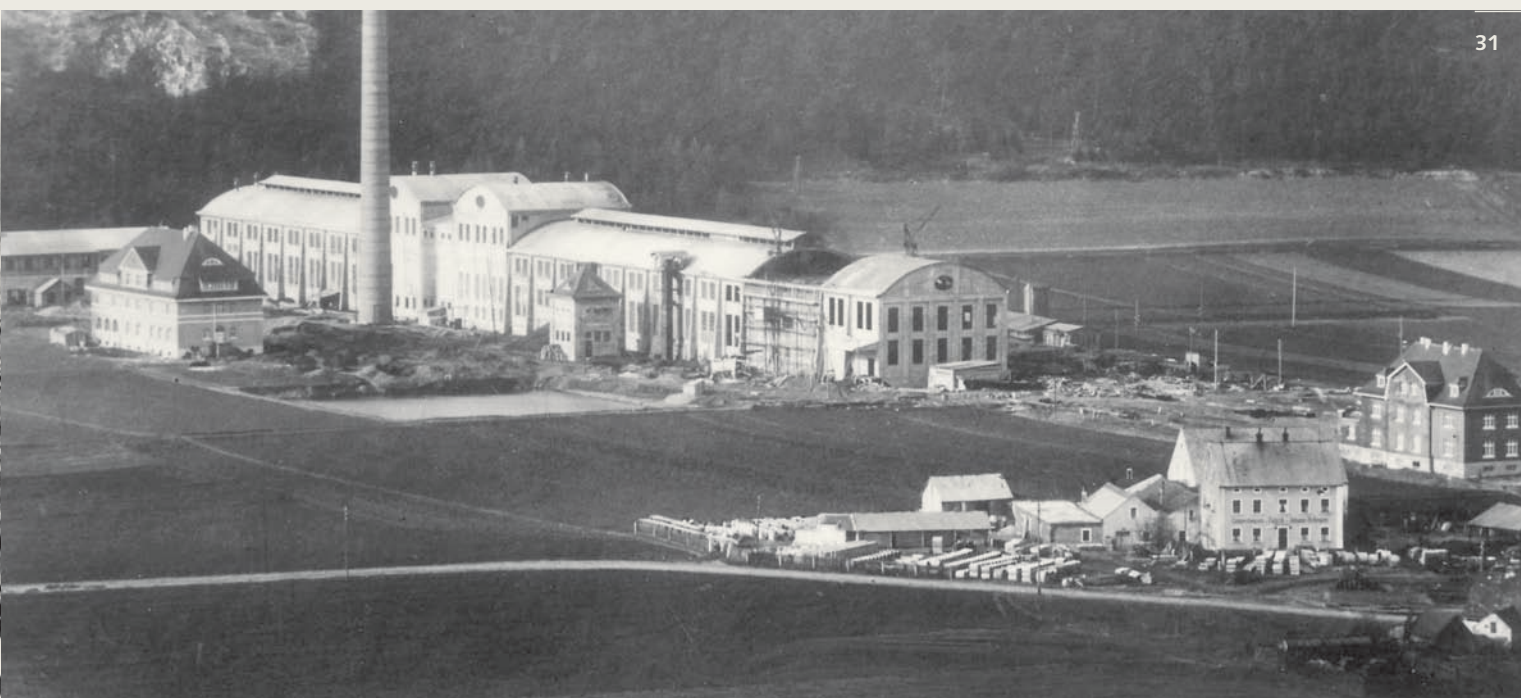
Am 4. Juni 1914 verließ der erste Eisenbahnwaggon Burglengenfelder Zement das Werk. „Der erzeugte Cement war von Anfang an ein erstklassiges Produkt von hoher Druckfestigkeit und vollkommener Raumbeständigkeit. ... Der Cement fand sofort Anklang in der Kundschaft, wozu neben den vorerwähnten Eigenschaften die gleichmäßige Erhärtung und die schöne Farbe beigetragen haben.“<sup>98</sup>

Der schon länger beschlossene Beitritt zur Süddeutschen Cementverkaufsstelle GmbH wurde jetzt umgesetzt und verschaffte dem Werk eine gewisse Absatzsicherheit. Rückwirkend zum 1. Juni sicherte sie dem Werk ein Kontingent von 200.000 Fass (35.000 t) im laufenden Jahr. Dieses sollte sich in den Jahren 1915 bis 1919 um jährlich 40.000 Fass (7.000 t) erhöhen.

Bis zum Vertragsende 1923 sollte das Kontingent 400.000 Fass (70.000 t) betragen.<sup>99</sup> Doch die Freude über den Erfolg währte nicht lange.

Nach dem Kriegsausbruch am 1. August ging die Bautätigkeit, die vorher schon zu wünschen übrig ließ, rasch zurück. Bereits am nächsten Tag, nach nur zwei produktiven Monaten, musste die Fabrik die Arbeit einstellen, da sie noch nicht im Kohlebewirtschaftungsplan der Bayerischen Rohstoffwirtschaftsstelle aufgenommen war. Wegen des Rückgangs der Bautätigkeit und der Verkehrseinschränkungen konnten die angesammelten Vorräte nicht abgesetzt werden. Aus den Lagerbeständen konnte man bis zum Mai 1915 die geringen Anforderungen der Abnehmer befriedigen, die gerade einmal 4.760 t ausmachten.<sup>100</sup>





Fast fertiges Werk. Unten rechts das 1899 errichtete Cementwarengeschäft Johann Hofmann mit Wohnhaus, Nebengebäude und Cementwerkstätte. Es war eines der ersten Häuser im neuen Bauareal im „Hohen Kreuz“, Mai 1914

Das Werk konnte auch in den Folgejahren nicht ansatzweise mehr in Betrieb genommen werden und arbeitete mit Verlust. Dieser entstand insbesondere aus der an die Bayerische Überlandcentrale zu leistende Garantiesumme für eine Mindeststromabnahme. Um diesen Verlust für das Jahr 1916 zu verringern, wurde gegen Ende 1915 mit dem Mahlen von Nebenprodukten begonnen. Von Oktober 1915 bis Ende Mai 1921 wurden mit den vorhandenen Mahlanlagen Dünge- und Futtermittel erzeugt, um vor allem die laut Vertrag garantierte Strommenge abnehmen zu können. Außerdem beschloss man aufgrund der unübersichtlichen Absatzverhältnisse der Süddeutschen Cementverkaufsstelle, das Kontingent von 47.000 t für das Jahr 1916

sowie für die Folgejahre gegen eine angemessene Vergütung zur Verfügung zu stellen.<sup>101</sup>

Im Geschäftsbericht hieß es dazu: „Denn Gewinn bringend würden wir bei der geringen Versandmöglichkeit, die nur einen zeitweiligen Betrieb gestattet haben würde und bei den außerordentlich gestiegenen Preisen der Kohlen und aller sonstigen Betriebsmaterialien, doch nicht haben arbeiten können.“<sup>102</sup>

Auch im Jahr 1916 erhöhte sich der Verlust. Die Mahlung von Nebenprodukten, die den Verlust mindern sollte, hatte acht Monate lang nur einen Teil der Mühlenanlage beschäftigt. Die übrigen Anlagen waren ausnahmslos außer Betrieb. Die Mitte 1917 immer noch unabsehbare Kriegslage sowie die ständig steigenden Kosten und Schwierigkeiten

bei der Beschaffung von Brenn- und Betriebsmaterialien führten dazu, den Betrieb während des ganzen Jahres einzustellen.<sup>103</sup>



**SPREUMEHL-SACKANHÄNGER mit Stadtwappen von Hersbruck. Das Zementwerk Burglengenfeld ließ sich das Warenzeichen gegen den Widerstand der Stadt sichern und nutzte es für die Vermarktung der Ersatzfutterstoffe, ca. 1917**

Erst das Jahr 1917 brachte bei der Produktion von Nebenprodukten eine vollständige Beschäftigung. Erstmals konnte ein kleiner Gewinn erzielt werden, das Zementkontingent wurde aber der SCV weiter zur Verfügung gestellt.<sup>104</sup>

Die Herstellung von Nebenprodukten war im Jahr 1918 durch größere Motordefekte und unterbrochene Lieferung von elektrischem Strom gestört. Dennoch konnten die ständig steigenden Löhne durch eine entsprechende Erhöhung der Vergütung für Mahl- und Mischprodukte ausgeglichen werden.

Anders dagegen verhielt es sich bei den Kosten für elektrische Energie. Trotz des bestehenden Dauervertrags trat die Bayerische Überlandzentrale im Laufe des Jahres mit einer Strompreiserhöhung an das Werk heran. Die Schwierigkeiten zur Kohlebeschaffung veranlasste die Verantwortlichen, die Herstellung von Zement weiter ruhen zu lassen.

Die politischen Umwälzungen hatten auch starken Einfluss auf die Arbeitsverhältnisse. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1918 hieß es dazu: *„Bei zurückgehender Arbeitsleistung stiegen die Löhne sofort ganz bedeutend: die Lohnbewegungen sind auch bis zur Stunde noch nicht abgeschlossen.“*<sup>105</sup>

Nachdem ein Großteil der Männer zum Kriegsdienst einberufen worden war, wurde die Düngemittelproduktion, die sogenannte „Reichsfuttermittelstelle“, unter der Mitarbeit von 21 Frauen aufrechterhalten. Gegen Ende des Krieges begehrten diese gegen die schlechte Bezahlung auf.

In einer Aktennotiz des Bezirksamts über das Zementwerk von 1918 hieß es: *„Am 28. Januar sind auf Veranlassung der wenige Tage vorher im Werke eingetretenen Himmelhuber Fanny, Ehefrau des bekannten Streikleiters Himmelhuber alle Arbeiterinnen um eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pfennig eingekommen. Da denselben infolge Abwesenheit des Leiters des Betriebes die Zulage nicht sofort bewilligt werden konnte, sind sie trotz Warnung in den Streik getreten. Diejenigen Arbeiterinnen, die nachmittags wieder zur Arbeit erschienen – 9 wurden angenommen, die übrigen 12 Arbeiterinnen wurden ausgesperrt.“*<sup>106</sup>

# Lage der Bevölkerung im und nach dem Ersten Weltkrieg



Geheimer Kommerzienrat  
**DR.-ING. EH. FRIEDRICH SCHOTT,**  
1900

In Burglengenfeld herrschte schon um die Jahrhundertwende ein Mangel an Wohnraum, der sich allerdings nach dem Ende des Ersten Weltkriegs verschärfte. Zum Teil war dies auf die starke Landflucht zurückzuführen, aber auch auf Eingliederungshilfen für entlassene Soldaten, denen kein angemessenes Arbeitsplatz- und Wohnungsangebot gegenüber stand. Daneben waren die zentrale Wohnraumbewirtschaftung und reglementierte Mieten nicht förderlich für den Wohnungsbau.<sup>107</sup>

In diesem Zusammenhang ist ein Brief des Burglengenfelder Bürgermeisters zu sehen, in dem er an den Aufsichtsratsvorsitzenden des Zementwerks, Dr. Friedrich Schott, appelliert, Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot bereitzustellen.

*„In sturmbewegter Zeit“, so der Bürgermeister, „sucht eine bedrängte Arbeitergemeinde in ihren wirtschaftlichen Nöten die Zuflucht zu einem Manne, der Kraft seiner sozialen Stellung sicher ein großes Verständnis für die Nöte der Gegenwart hat und zu beurteilen weiß, wie hart das Los der Arbeiterwohngemeinde dann ist, wenn die Kapitalkraft fehlt und der Haushalt aus den Umlagen von fast ausschließlich Arbeitereinkommen bestritten werden muss. Wir befinden uns in der Zwangslage, so rasch als möglich Maßnahmen zur Beseitigung der schrecklichen Wohnungsnot in Burglengenfeld zu ergreifen. Es genügt wohl die Feststellung, dass mindestens die Hälfte der Einwohnerschaft bei einer Familienkopfzahl bis zu 10 Personen in einem Raume lebt, besser gesagt haust, also wohnt, ißt und schläft. Ein trostloses Bild, das nur zu klar erkennen lässt, warum die hiesige Jugend in frühester Zeit verroht und dem sittlichen Verderb geweiht ist. ... Wir kommen deshalb mit einer herzlichen Bitte: Die Aktiengesellschaft Portland-Cementwerk Burglengenfeld wolle*

*einige Arbeiterwohnhäuser dahier errichten und so einen Beitrag zur Verbesserung unserer schrecklichen Wohnungsverhältnisse leisten.*<sup>108</sup>

Während der Bürgermeister in seinem Bittschreiben Partei für die Arbeiterschaft ergriff, vertrat Schott als Unternehmer die Meinung, jene selbst sei an der beklagten Situation nicht unschuldig: *„Die Arbeiter selbst hindern es ja, denn durch die noch täglich weiter getriebene Steigerung der Löhne werden alle Baumaterialien so teuer, dass niemand mehr bauen kann. ( ... ) Wir haben besonders konstruierte Hohlblocksteine aus Zement und Kies herstellen lassen, aus welchen zur Zeit ein Probehaus gebaut wird, enthalten unten Küche und Wohnzimmer, oben 2 Schlafzimmer. Ich glaube, dass man auf keine Weise besser, billiger und rascher bauen kann. ( ... ) Ich will gerne tun, was in meinen Kräften steht, kann Ihnen aber nicht verhehlen, dass z. Z. sehr große Schwierigkeiten bestehen, mit Erfolg und rasch der überall bestehenden großen Wohnungsnot abzuhelpfen.*<sup>109</sup>

Friedrich Schott hatte in Leimen aus seinem eigenen Vermögen im Jahr 1900 Werkswohnungen gestiftet und aus Mitteln des Unternehmens in den Jahren 1907 bis 1909 weitere Werkswohnungen, ein Schwimmbad und eine Festhalle errichten lassen. Jetzt, kurz nach dem 1. Weltkrieg hatte die Zementindustrie aber ihren absoluten Tiefpunkt erreicht und zahlreiche Fabriken des Konzerns lagen still. Die politische Verunsicherung war auch bei den Unternehmen groß.

Das Werk Burglengenfeld hatte aus Kohle-, Material- und Personalmangel nach nur zwei Betriebsmonaten fünf Jahre stillgelegen. Nur die Mühlen waren zur Ersatzfutterherstellung in Betrieb gewesen. Die Werksleitung zögerte jetzt die Inbetriebnahme hinaus, solange nicht absehbar war, ob die Produktion auch über einen längeren Zeitraum aufrecht erhalten werden konnte. Vor dem Hintergrund der politisch erstarkten Arbeiterschaft war man außerdem besorgt, im Falle einer erneuten Betriebsunterbrechung in massive Auseinandersetzungen zu geraten. Trotz katastrophaler Lage zahlte das junge Unternehmen bis 1919 insgesamt 44.055 Mark als Kriegsunterstützung für die 83 zum Kriegsdienst eingezogenen Beamten und Arbeiter.<sup>110</sup>

Aufgrund der schlechten Versorgungslage baute das Werk sogar auf eigenem Gelände Kartoffeln an und vergab diese insbesondere an Arbeiter ohne Gartengrundstücke. Im Jahr 1921 erhielten 34 Zementwerksarbeiter, also etwa die Hälfte der Belegschaft, zwischen 3 und 16 Zentner Kartoffeln.<sup>111</sup>

**FIRMENZEICHEN**  
der neu fusionierten  
**PORTLAND-CEMENT-  
WERKE HEIDELBERG-  
MANNHEIM-  
STUTTART AG, 1918**



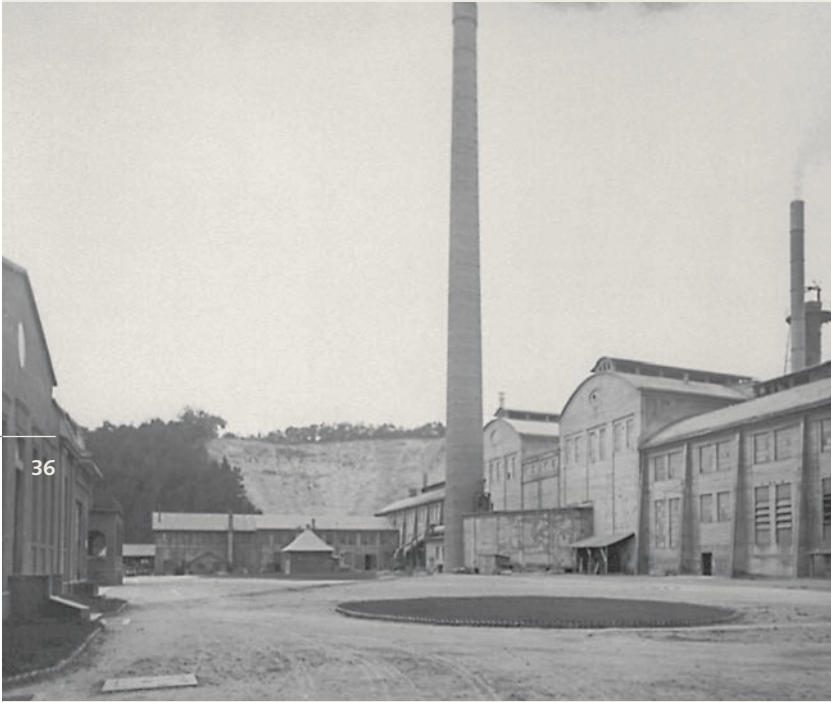
Die schwierige Gesamtlage, in der sich die Zementindustrie nach dem Ersten Weltkrieg befand, führte am 24. September 1918 rückwirkend zum 1. Januar zur Fusion des Stuttgarter Immobilien- und Baugeschäfts mit den Portland-Cement-Werken Heidelberg und Mannheim. Wie erwähnt, war die Stuttgarter Aktiengesellschaft ebenfalls maßgeblich an der Portland-Cementwerk Burglengenfeld AG beteiligt und über die SCV in engem Kontakt mit Heidelberg. Mit dieser Großfusion waren die Portland-Cement-Werke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart AG zum beherrschenden süddeutschen Zementhersteller geworden, auch wenn zunächst die wirtschaftlichen Aussichten schlecht waren.<sup>112</sup>

Auch im Jahr 1919 wurde das Portland-Cementwerk Burglengenfeld mit Notstandsarbeiten über Wasser gehalten. Ab dem 1. August 1919 mussten weitere erhebliche Strompreiserhöhungen als Resultat eines schiedsgerichtlichen Vergleichs bewilligt werden. Seit 1. Oktober 1919 folgten die Strompreiserhöhungen den Preiserhöhungen für Kohle, sodass für die Zukunft mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen war. Die ständig steigenden Löhne und Betriebsstromkosten konnten bis dahin durch die entsprechende Erhöhung der Vergütung für Mahl- und Mischprodukte ausgeglichen werden. Auch 1920 konnte die Herstellung von Zement mangels Beschaffung von Brennstoffen nicht stattfinden, sodass wiederum die Herstellung von Nebenerzeugnissen, wie Futtermitteln, erfolgte.<sup>113</sup>

Erst nachdem sich die Kohlebeschaffung zu Beginn des Jahres 1921 leichter gestaltete, wurden Vorkehrungen getroffen, die Vorräte an Ersatzfuttterstoffen abzustößen, um die Zementfabrikation wieder aufzunehmen. Erstmals seit der Werksgründung konnte auch eine Dividende von 10 % gezahlt werden.<sup>114</sup>



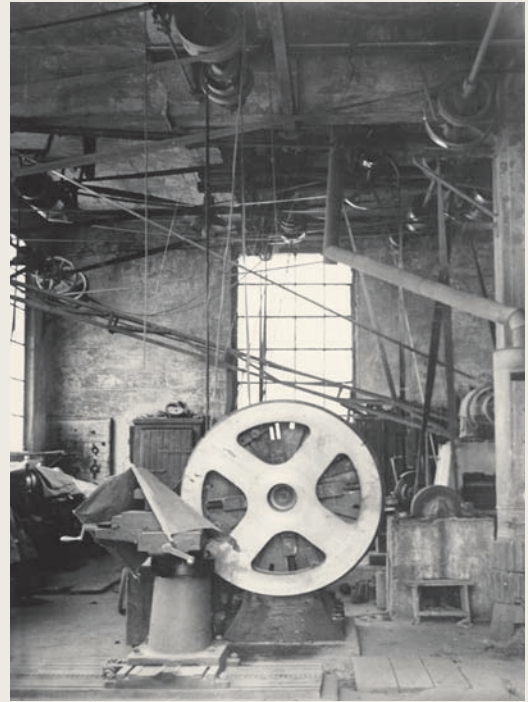
**SCHLOSSERSCHICHT,**  
ca. 1920



**INNENHOF** des Portland-Cementwerks Burglengenfeld AG, Blick auf das **OFENGEBÄUDE** von Südwesten, 1922

Bei der Wiederaufnahme der Zementproduktion im Juni 1921 zeigten sich jetzt erstmals die Schwachstellen der Fabrikanlage in ganzer Deutlichkeit, ebenso auch mancherlei Störungen durch unzweckmäßige Maschinen. Diese konnten erst allmählich durch Verbesserungen sowie Um- und Neubauten beseitigt werden. Bei stark gestiegenen Preisen für Maschinen, Apparate und Betriebsmaterialien, ebenso wie für Löhne, die seit Jahrzehnten nicht so gestiegen waren, reichten die zur Verfügung stehenden Mittel nicht aus. In einer außerordentlichen Generalversammlung vom 28. Juni und 27. Oktober 1921 mussten Kapitalerhöhungen von 1,5 und 2,5 Millionen Reichsmark beschlossen werden. Die Dividende betrug 12 % für Aktien, die vor der Kapitalerhöhung gezeichnet wurden.<sup>115</sup>

Im Jahr 1922 bereitete die elektrische Anlage mancherlei Schwierigkeiten, sodass der Mahl- und Brennbetrieb wieder für einige Wochen unterbrochen werden musste. Aufgrund des Produktionsausfalls konnten auch die Anforderungen der Süddeutschen Zementverkaufsstelle nicht befriedigt werden. Die verschleißträchtigen Pendelmühlen wurden durch Einbau neuer Mühlen ersetzt. Die Betriebsstörungen hatten zur Folge, dass große Kohlevorräte zur



**SCHLOSSEREI**, ca. 1928

Verfügung standen, die Preiserhöhungen in der zweiten Jahreshälfte kompensierten.<sup>116</sup>

In der Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung wurde im September 1923 ein zweiter Drehofen Fabrikat Polysius mit einer Länge von 58 m und 2,3 bzw. 2,8 m Durchmesser in Betrieb genommen. Gerade, als sich das Baugewerbe erholte, brachte die heraufziehende galoppierende Inflation einen weiteren Rückgang des Zementversands. Bei einer Kapazität von jetzt 100.000 t wurden im Jahr 1924 gerade einmal 31.650 t produziert, sodass das Kontingent von 70.000 t bei der Süddeutschen Zementverkaufsstelle GmbH – immer noch Aktionär – nicht ausgeschöpft werden konnte. Die erhöhte Produktionskapazität führte aber ab dem Jahr 1925 permanent zur Überschreitung des Kontingents beim Süddeutschen Zementverband, sodass der Betrieb jährlich mehrere Monate eingestellt werden musste. Trotzdem erreichte das Werk endlich befriedigende Betriebsergebnisse.<sup>117</sup>

## Kurze „Goldene“ 1920er Jahre

Die außerordentliche Generalversammlung am 28. November 1924 in Heidelberg stimmte der Neubewertung des Vermögens zu. Auf der Basis von 1917 wurde das Gesamtvermögen auf 1,05 Millionen Goldmark errechnet. Somit musste das bisherige Grundkapital von 5 Millionen Mark zu je 1.000 Mark Aktien, auf 200 Goldmark je Aktie herabgesetzt werden.<sup>118</sup>

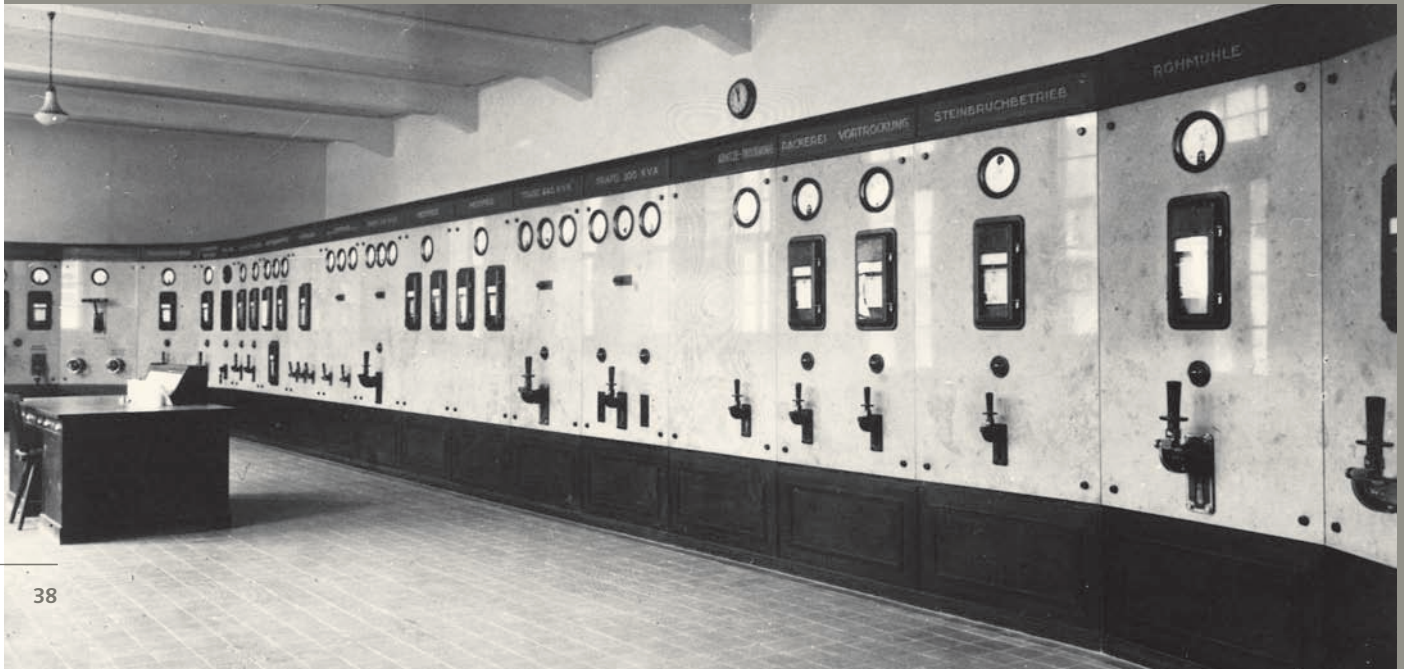
Die auf die Einführung der Goldmark beruhenden Hoffnungen auf wirtschaftliche

Erholung erfüllten sich nur zu einem geringen Teil. Kredite waren knapp und teuer zu beschaffen. Das Jahr 1924 begann außerdem mit einem strengen Winter und einem sehr geringen Absatz. Die Belebung des Absatzes begann erst in den letzten Monaten, führte aber immerhin zu einem Ergebnis, das 15 % über dem Vorjahr lag. Glücklicherweise setzte sich bei einem milden Winter die Erholung im nächsten Jahr fort.<sup>119</sup>

37



Ansicht vom Steinbruch (Norden) auf die **WERKSCHALLE**, 1923



Die Portland-Cementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart AG in Heidelberg bauten in den folgenden Jahren ihre Aktienbeteiligung stetig aus. Am 1. Januar 1924 besaß sie 68,88 %, Ende 1927 91 % und am Ende des Jahres 1937 100 % der Anteile. Durch Vertrag vom 15. Juli 1927 wurde das Werk rückwirkend zum 1. Januar von den Portland-Cementwerken Heidelberg-Mannheim-Stuttgart AG verpachtet, um schließlich die Portland-Cementwerk Burglengenfeld AG zum 21. Juni 1948 endgültig auf die Muttergesellschaft zu verschmelzen.

Die neue Ofenanlage und die übrigen Erneuerungen wirkten sich in einer gestiegenen Produktion aus. Bis September 1925 hielt die Erholung an. Anschließend musste wegen Überschreitung des Kontingents beim Süddeutschen Cementverband der Versand gedrosselt werden. Im November waren die Silos bereits überfüllt, im Dezember musste der Betrieb eingestellt werden und ruhte bis zum 1. März 1926. Mit einem befriedigenden Jahresabschluss konnte eine Dividende von 15 % bezahlt werden.<sup>120</sup>

Die durchgeführten Kapazitätserhöhungen führten jedoch schnell wieder zu Überfüllung der Silos, da das Kontingent trotz anteilmäßiger Erhöhung erreicht war. Am 1. August musste das Werk wiederum für zwei Monate

die Produktion einstellen. Die Stillstandszeiten wurden dazu genutzt, ein neues Schalthaus mit einer neuen 35 KV Hochspannungsleitung von der Überlandzentrale Ponholz bis zum Werk zu bauen. So konnte im Notfall Strom direkt vom Bayernwerk bezogen werden. Trotz des viermonatigen Stillstands war das Betriebsergebnis mit 183.398,84 Reichsmark befriedigend. Darin lässt sich vor allem die gestiegene Wirtschaftlichkeit durch die Modernisierungen der Produktion erkennen. Die Dividende betrug 12 %.<sup>121</sup>

Wegen Überfüllung der Silos musste auch 1927 der Betrieb von Januar bis März eingestellt werden. Mit Unterstützung des Heidelberger Hauptaktionärs konnten bis 1929 die Mahlkapazitäten durch Errichtung von Großmühlen erhöht und ein großes Klinkerlager gebaut werden. Der Ausbau des Werks machte durch die Inbetriebnahme einer Verbundmühle sowie einer Rauchgasprüfanlage für die Drehöfen große Fortschritte. Von Bedeutung war auch die Fertigstellung einer 550 m langen Betonstraße vom Bahnhof Burglengenfeld zum Werk. Ebenso wurde das Fabrikgelände mit einem Zaun umgeben. Die Dividende betrug 8 %.<sup>122</sup>



Im 20. Geschäftsjahr der Aktiengesellschaft, 1928, lief die Produktion befriedigend, obwohl wegen Überfüllung der Silos in den Monaten Februar und November das Werk stillgelegt werden musste. Im Januar und Dezember konnte nur eingeschränkt gearbeitet werden. Neue Anlagen wie eine Zementverbundmühle mit Entstörungsanlage und eine neue Bates-Packmaschine nahmen den Betrieb auf. Die Dividende lag bei 10 %.<sup>123</sup>

Die strenge Kälteperiode Ende 1929 und der einsetzende Rückgang der Konjunktur führten dazu, dass in den ersten drei Monaten der Betrieb völlig stillgelegt werden musste. In weiteren vier Monaten konnte nur eingeschränkt produziert werden, obwohl erstmalig größere Mengen Zement exportiert wurden. Die Stillstandszeiten wurden dazu genutzt, die Klinkerlagerhalle und den dazugehörigen Klinkertransport fertigzustellen.<sup>124</sup>

Auch das Jahr 1930 stand im Zeichen einer rückläufigen Konjunktur, die sich besonders stark auf den Baumarkt und die Zementindustrie auswirkte. Wiederum stand der Betrieb in den beiden ersten und letzten Monaten des Jahres still. Dennoch konnte das Betriebsergebnis mit einem Gewinn von 128.500,01 Mark, der knapp unter dem Vorjahr lag, abgeschlossen werden. Die Dividende sank auf 7 %.

Auch im Jahr 1931 verschlechterte sich die Wirtschaftslage weiter. Das Werk konnte nur sechs Monate in Betrieb gehalten werden, obwohl es für das stillgelegte Bayerische Portland Zementwerk Kiefersfelden den Versand mit übernommen hatte. Die Dividende sank auf 4 %.<sup>125</sup>

Die folgenden Jahre brachten eine langsame, aber stetige Verschlechterung der Beschäftigungslage, die im Jahre 1932 ihren Tiefstand erreichte. Eine Vollbeschäftigung war nicht mehr möglich. Trotz weiterer Versandübernahmen von stillgelegten Werken des Konzerns konnte der Betrieb nur etwa die Hälfte des Jahres aufrechterhalten werden.<sup>126</sup>

# Gleichschaltung und Kapazitätserhöhung

40

Bei einer Aktienmehrheit von über 90 % wurden jetzt auch im Vorstand und Aufsichtsrat die Strukturen des Heidelberger Konzerns deutlich. Vorstände aus Heidelberg übernahmen Aufsichtsratsmandate in Burglengenfeld. Am 29. April 1930 kamen Direktor Otto Heuer, ein Nationalsozialist und Direktor Dr. Ehrhart Schott, der Sohn Friedrich Schotts, hinzu. Nach dem Tod des Geheimen Kommerzienrat Dr. Ing. E.h. Dr. phil. h.c. Friedrich Schott am 20. Februar 1931 übernahm der bisherige Stellvertreter Dr. Ing. E.h. Friedrich Kirchhoff den Vorsitz im Aufsichtsrat. Kirchhoff hatte später, während des Zweiten Weltkriegs, auch den Vorsitz im Aufsichtsrat des Konzerns.<sup>128</sup>

Direktor Fritz Brans vom SCV Heidelberg und Generaldirektor W. Schrader, ursprünglich vom Stuttgarter Konzern, schieden als langjährige Mitglieder aus dem Aufsichtsrat aus. Am 2. Juni 1931 wechselte Direktor Otto Heuer aus dem Aufsichtsrat in den kaufmännischen

Vorstand, technischer Vorstand wurde Direktor Dr. Ing. Wilhelm Brans. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden die Heidelberger Aktionäre und Rittergutsbesitzer Karl Koenigs, Lebin bei Stettin, Gutsbesitzer Wilhelm Scipio, Mannheim und Direktor Dr. Carl Schneider, Stuttgart. Ebenso kam es zu umfangreichen Satzungsänderungen.<sup>129</sup>

Der bis 1936 gewählte Aufsichtsrat bestand aus acht Personen. Nachdem Dr. Ehrhart Schott von den Nationalsozialisten Anfang 1933 verhaftet und von allen Ämtern suspendiert worden war, blieb sein Posten auf Dauer unbesetzt.<sup>130</sup>

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten und den entsprechenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen war die Zementproduktion in eine Schlüsselposition aufgerückt. Trotz der großen Vorräte Anfang des Jahres konnte der Betrieb 1933 gegenüber dem Vorjahr zwei Monate länger, also sieben Monate aufrecht erhalten werden. Auch im folgenden Jahr konnte



DIR. OTTO HEUER, 1939



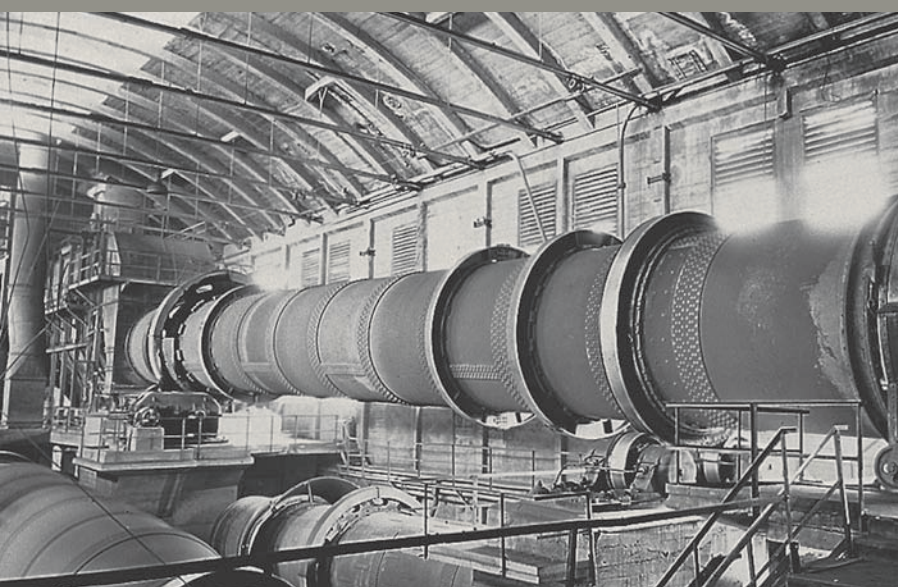
DIR. DR. ING. WILHELM BRANS,  
Vorstand April 1934 – August 1941

gemeldet werden: „Das neue Geschäftsjahr hat infolge der Fortsetzung der Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung einen guten Anfang genommen. Der Versand hat bereits im Monat Januar stark eingesetzt.“<sup>131</sup>

Von Jahr zu Jahr stieg die Produktion für die großen Infrastrukturmaßnahmen und nicht zuletzt für die Kriegsvorbereitungen. Erstmals konnte der Betrieb ab Mitte März 1934 ununterbrochen, teilweise allerdings nur mit einem Ofen, arbeiten.<sup>132</sup> Seit Bestehen des Werks betrug die Zementerzeugung zum ersten Mal mehr als 100.000 t. Die nun ansteigende Konjunktur ermöglichte es, weitere Schritte zur Kapazitätserweiterung des Werks zu unternehmen. Im Jahr 1936 wurde mit dem Bau eines Lepolofens von 34 m Länge und 3,2 m Durchmesser begonnen, der seiner Konstruktion nach zu den modernsten Anlagen gehörte und im Lepolrost die heißen Abgase des Ofens zur Vorheizung des Brennguts verwertete. Es zeugt

von Aufgeschlossenheit und Fortschrittlichkeit der damaligen Unternehmensleitung, den erst 1929 von Polysius, Dessau, entwickelten Ofen im Werk einzubauen. Das neue Brennverfahren ermöglichte Zementklinker mit einem Wärmeaufwand von 1000 bis 1100 kcal/kg Klinker zu brennen, während bisher für die Erzeugung von 1 kg Klinker 1500 bis 1600 kcal erforderlich waren. Die neue Lepolofenanlage, die seit dem 2. August 1936 in Betrieb war und 300 t Klinker pro Tag erzeugte, sparte 16% Kohlen im Vergleich zu den alten Drehöfen.<sup>133</sup>

Die Vergrößerung der Ofenleistung machte die Erhöhung der Mahlkapazität auf der Roh- und Zementseite notwendig. Im Jahr 1937 konnten eine Dreikammer-Verbundmühle für Rohmehl mit 12 m Länge und 2,2 m Durchmesser und im Jahr 1938 eine Zementmühle mit 13 m Länge und 2 m Durchmesser in Betrieb genommen werden. Die neuen Zement- und Schottersilos errichtete die Burglengfelder Baufirma Weiss.



NEUER LEPOLOFEN mit Rostvorwärmer  
und Granuliertrommel, 1936



GEWERBEAUSSTELLUNG, 1938



**VIERSTUTZEN-PACKMASCHINE** ab 21. Juni 1937 in Betrieb, 10.04.1956

Den Abschluss der Ausbaumaßnahmen bildete 1939 ein neuer MIAG Titanbrecher 12 DP 75 im Steinbruch.<sup>134</sup> Dort erfolgte der Abbau noch wie überall im Konzern im Rolllochbetrieb, bei welchem je drei Mann in einer Schicht 70 bis 80 Kippwagen verladen.<sup>135</sup>

Die Zementerzeugung war von Jahr zu Jahr gestiegen. Im Jahr 1939 wurde die größte Zementmenge seit Bestehen des Werks abgesetzt. Hergestellt wurde zu über 97 % Portlandzement und zu einem kleinen Teil Hochwertzement. Zu diesem Zeitpunkt beschäftigte das Werk 200 Mitarbeiter, darunter 19 Schlosser, sechs Elektroschlosser, 16 Betriebsangestellte, fünf Büroangestellte, neun Schlosser- und drei Elektrolehrlinge.<sup>138</sup>

Die Gleichschaltung der Zementindustrie war reichsweit im Sonderring Zement erfolgt. Innerhalb des Werks schritt die politische Infiltration mit regelmäßigen monatlichen Fahnenappellen voran. Meist schloss sich daran ein Gemeinschaftsempfang an, auf dem Reden des Führers über Radio zugeschaltet wurden. Insbesondere der 1. Mai, als „Feiertag der Nationalen Arbeit“,

wurde unter Beteiligung der gesamten Gefolgschaft begangen, wie auch andere örtliche Veranstaltungen mit sogenannten Kameradschaftsabenden. Die zum Teil neu geschaffenen Sozial- und Wascheinrichtungen spielten dabei eine große Rolle. Hier wurde das hygienische Ordnungsprinzip bis hin zur „Rassenhygiene“ im nationalsozialistischen Staat materiell untermauert.<sup>139</sup>

Ortsgruppenleiter Dr. Fleischmann bildete seit 1936 einen großen Teil der „Gefolgschaft“ für den Werksluftschutz aus.<sup>140</sup>

Typische, in den technischen Monatsberichten dokumentierte Ereignisse, geben Auskunft über die nationalsozialistische Durchdringung der Belegschaft: „Am 18. März ds. Js. um 17 Uhr wurde in der Werkskantine ein Betriebsappell abgehalten. Am 27. März 1936, 16:00 Uhr, Gemeinschaftsempfang der großen Rede des Führers von den Gruppenwerken aus. Am 28. März 1936 17:30 Uhr Teilnahme der geschlossenen Gefolgschaft an dem Fackelzug. Am 29. März ds. Js. um 8:30 Uhr geschlossener Abmarsch zur Wahl.“<sup>141</sup>

Auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit angekommen, wurden dem Werk in seiner weiteren Entwicklung durch den Beginn des Zweiten Weltkriegs erneut Grenzen gesetzt. Die Zementherzeugung war, wenn auch bei geringen Gewinnen, von Jahr zu Jahr gestiegen und im Jahr 1939 wurde die seit Bestehen des Werks größte Zementmenge von 145.000 t abgesetzt.

Mit Kriegsbeginn verschlechterten sich die Produktionsbedingungen zunehmend. Der neue Lepolofen offenbarte jetzt immer häufiger seine Schwachstellen. Die zu dünnen Mantelbleche führten dazu, dass im Bereich der Laufrollen Deformationen auftraten, die das Ofenfutter in kurzer Zeit zerstörten. Die technischen Monatsberichte an das Technische Zentralbüro in Heidelberg zeigen ein Bild der Verzweiflung: *„Es ist etwas furchtbares mit diesem Ofen, da er tatsächlich unberechenbar ist; denn seit seiner Inbetriebnahme im August 1936 haben wir mit ihm keine Freude erlebt. Die Kosten an Ofenfuttererneuerungen, Reparaturen und Ausfällen sind so eminent hoch, dass man dafür bequem einen neuen Ofen beschaffen könnte.“*<sup>142</sup>

Die Jahre 1940 und 1941 konnten dennoch als verhältnismäßig gut bewertet werden. Die Bewirtschaftung der notwendigen Roh- und Hilfsstoffe, insbesondere von Kohle und Strom, und die Verknappung des Betriebs- und Reparaturmaterials ließen in den folgenden Jahren die Zementherzeugung weiter auf 58.000 t absinken.<sup>143</sup>

Zu Kriegsbeginn zählten rund 200 Mann zur Belegschaft des Werks. Durch Einberufungen fehlten aber bald Arbeitskräfte in allen Betriebsteilen. Ab 1940 mussten zunehmend Kriegsgefangene eingesetzt werden. Eine genaue Bestandsaufnahme ist bedauerlicherweise durch unvollständige und sich teilweise widersprechende Überlieferungen in den Archiven nicht mehr möglich. Allerdings deuten vorhandene

Arbeitsdokumente und Lohn-Kontenkarten darauf hin, dass mindestens 30 Italiener, sieben Belgier, zehn sowjetische Staatsangehörige und einige Franzosen im Werk beschäftigt waren.<sup>144</sup> Laut Erinnerungen von Zeitzeugen waren im ersten Stock des Kantinegebäudes Italiener untergebracht.

Über die durch das Arbeitsamt zugewiesenen Arbeitskräfte schreibt der Werksleiter im April 1940 folgendes: *„Seit Anfang April haben wir 20 serbische Kriegsgefangene zugewiesen bekommen, für die wir im Werk ein gutes Lager mit Küche eingerichtet haben. Diese Zuweisung war dringend notwendig, da wiederum 15 Gefolgschaftsmitglieder zum Wehrdienst eingezogen wurden. Es sieht fast so aus, als ob wir diese 20 Serben wieder abgeben müssen, da laut einer Verfügung von Reichsmarschall Hermann Göring staatliche Balkan-Gefangene der Landwirtschaft zugewiesen werden sollen. Dies würde für uns eine Katastrophe bedeuten, da wir mit den geringen Arbeitskräften und den hohen Krankenstand unserer Belegschaft unmöglich die uns gestellten Aufgaben erfüllen können.“*<sup>145</sup>

Einen Monat später wurden die Serben abgezogen und als Ersatz sechs Belgier dem Werk zugewiesen.<sup>146</sup> Auch in der Folge bleibt die Beschaffung ausländischer Arbeitskräfte für das Werk ein Problem: *„Da uns trotz aller Bemühungen keine weiteren Kriegsgefangenen angewiesen werden konnten haben wir beim Arbeitsamt Regensburg 20 ausländische Arbeitskräfte beantragt und unser Gefangenenlager für die Unterbringung entsprechend hergerichtet. Obgleich die ausländischen Arbeitskräfte uns viel teurer zu stehen kommen, sind wir doch gezwungen uns irgendwelche Arbeitskräfte zu sichern. Bisher haben wir aber leider noch keine Zuweisung bekommen und wir sind auch hier, wie bei den Kriegsgefangenen, sehr skeptisch.“*<sup>147</sup>



Aufmarsch der Gefolgschaft der **BAUFIRMA KARL WEISS** auf dem eigenen Sportplatz, 1938. Das Gelände des freien Turn- und Sportvereins (später ASV) war von den Nationalsozialisten enteignet und von Weiss gekauft worden.



Lastwagen der Baufirma Karl Weiss beim NSDAP-Umzug am **TAG DER NATIONALEN ARBEIT**, 1. Mai 1935. Quelle: beide Oberpfälzer Volkskundemuseum Burglengenfeld

Als eines der ersten Unternehmen setzt der Baubetrieb „Karl Weiss“ mit einer Belegschaftsstärke von 465 Mann, damals größter Arbeitgeber der Stadt, ab November 1940 Zwangsarbeiter ein: zunächst 30 belgische Kriegsgefangene in der Baubaracke. Bei Weiss laut UNRRA-Listen 222 Zwangsarbeiter: 140 Italiener, 34 Belgier, 30 Polen, 18 Franzosen.<sup>148</sup>

Die schwierige Beschaffung von Arbeitskräften führte zu immer skurrileren Anwerbemethoden. So sollten tschechische Jugendliche als „Jungwerker“ bei Werksangehörigen gegen Vergütung von zwölf Reichsmark pro Woche Wohnung und Kost erhalten und ihnen „... nach und nach das Deutschtum beigebracht werden, wozu für die bei der hiesigen Industrie untergebrachten Jungwerker bei der Firma Maxhütte eigens Sprachunterricht erteilt werden soll. Bisher ist vorgesehen, dass die Maxhütte acht Jungens und wir vier Jungens erhalten sollen. Sollten uns die Jungens tatsächlich zugewiesen werden, so werden wir diese als Nachwuchskräfte entsprechend ausbilden.“<sup>149</sup>

Die vom Arbeitsamt Regensburg zgedachten ausländischen Arbeitskräfte kamen allerdings nicht und man musste umdisponieren: „Nach neueren Mitteilungen sollen jetzt gefangene Russen zum Arbeitseinsatz kommen, von denen wir dann 20 erhalten sollen. Um überhaupt unseren Versand aufrecht erhalten zu können, haben wir von dem benachbarten Aluminium-Werk dafür freundlicherweise vorübergehend zehn Franzosen zugewiesen erhalten, die wir in der Klinkerhalle zum Klinkerschaufeln eingesetzt hatten. Mit den tschechischen Zementjungwerkern als Nachwuchskräfte ... wird es gleichfalls nichts mehr werden.“<sup>150</sup>

Trotz dieser Situation wurde der Betrieb mit einem unberechenbaren Lepolofen, Kohle mit 25 % Asche, der noch 30 % Schwelkoks zugemahlen wurden, und zahlreichen Stromunterbrechungen am Laufen gehalten: „Durch den

*unermüdlichen Einsatz der gesamten Arbeitsgemeinschaft ist es uns ... gelungen, den erhöhten kriegsbedingten Anforderungen vollauf gerecht zu werden und auch ein ertragsmäßig befriedigendes Ergebnis zu erzielen. Führer und Gefolgschaft gebührt besonderer Dank und Anerkennung für die unter erschwerten Verhältnissen geleistete Arbeit. Alle haben sich, gleich ihren an der Front stehenden Kameraden, vorbildlichen für den Dienst am Vaterland eingesetzt.“*<sup>151</sup>

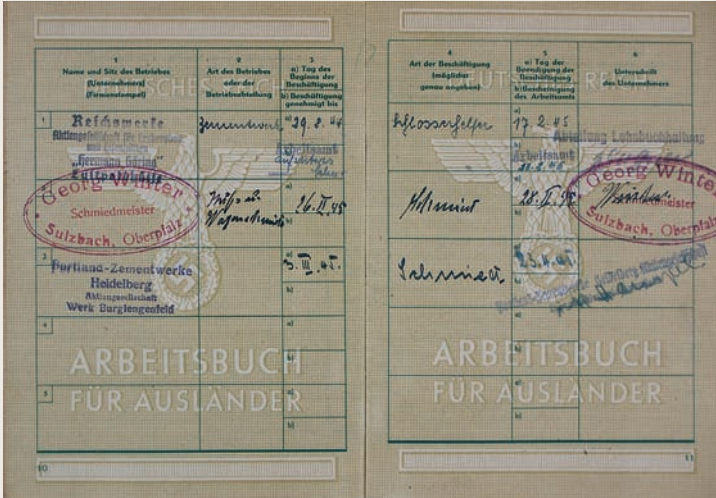
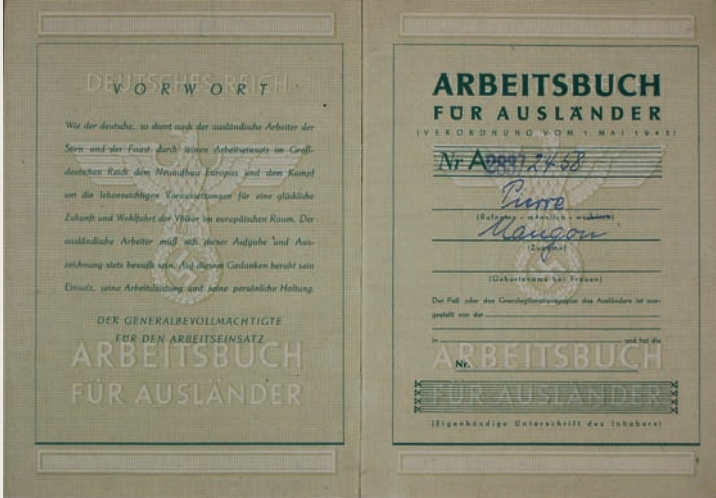
Im Verlauf des Jahres 1944 ging der Krieg seinem katastrophalen Ende entgegen. Die unmittelbaren Kriegseinwirkungen durch Fliegerangriffe, der Wegfall zahlreicher weiterer Arbeitskräfte, das Versagen des Verkehrs sowie die erschwerte Beschaffung des Roh- und Ersatzmaterials führten zu immer schlechteren Arbeitsbedingungen. Trotzdem erreichten Erzeugung und Versand mit 90.000 t noch nahezu die Höhe des Vorjahres. Die Zementlieferungen gingen fast ausschließlich an die Organisation Todt.<sup>152</sup>

Anfang des Jahres 1945 nahm der Abzug von Arbeitskräften für den Einsatz zur Wehrmacht und den Volkssturm immer umfangreichere Formen an. Von der verbliebenen Belegschaft fielen täglich bis zu 50 Männer durch Krankheit aus, sodass an manchen Tagen nicht mehr als ca. 60 Menschen, einschließlich Lehrlingen und Frauen, im Werk zur Arbeit antraten. Bei diesen handelte es sich zumeist auch noch um ältere und schlecht ausgebildete Arbeiter. So war es kaum möglich, die Zwölf-Stunden-Schichten in allen Produktionsabteilungen zu besetzen.<sup>153</sup>

Den Zusammenbruch im Frühjahr 1945 überstand das Werk zwar unbeschädigt, doch waren die maschinellen Einrichtungen und die baulichen Anlagen durch den nicht vermeidbaren Raubbau der Kriegsjahre vollkommen heruntergewirtschaftet. Der Mitte April 1945 zum Stillstand gekommene Betrieb lief bereits Anfang Juni wieder mit den zur Verfügung stehenden unzureichenden Mitteln an. Die Zementerzeugung wurde nicht nur durch den schlechten Zustand der Maschinenanlagen und

den Personalabbau als Folge der Entnazifizierung gehemmt, sondern auch durch den chronischen Mangel an Kohle und Strom.<sup>154</sup>

Die Schäden durch unmittelbare Kriegseinwirkungen hielten sich in Grenzen. Sachschäden betrafen vor allem das Zementwerk Mainz-Weisenau und die Ziegelei Cannstatt sowie Gebäude in Offenbach, Stuttgart und Mannheim.<sup>155</sup> Die Werke waren von Plünderungen betroffen; auch Vorräte wurden beschlagnahmt und Räume von Truppen besetzt.<sup>156</sup>



**ARBEITSBUCH** des Franzosen Pierre Maugon.  
Quelle: SA Amberg  
Bezirksamt Burglengenfeld 4184

Wie schon erwähnt war der Neubeginn nach dem Krieg nicht nur durch den Mangel an materiellen Dingen erschwert, sondern auch durch das Fehlen von qualifizierten Arbeitskräften. Die Entnazifizierung gemäß Gesetz Nummer acht der Militärregierung entthronte belastete Personen ihrer Leitungsfunktion, so z. B. Ingenieure, Meister oder Vorarbeiter, die nur noch in einem gewöhnlichen Arbeitsverhältnis weiter beschäftigt werden durften.<sup>157</sup>

Obwohl man in alter Gewohnheit auch in Betriebsrats- und Gewerkschaftskreisen noch von Betriebsobmann und Gefolgschaftsmitglied, statt Betriebsrat und Betriebsangehörigen, sprach, schien jetzt vielen die Zeit der Genugtuung und Abrechnung mit Parteigenossen gekommen zu sein. Insbesondere Versuche von Kriegsheimkehrern oder zurückgekehrten NSDAP-Mitgliedern, wieder im Werk in die alte Anstellung zu kommen, wurden mit großer Heftigkeit bekämpft.<sup>158</sup>

Die Verunsicherung war aber auch in den eigenen Reihen groß, weswegen Betriebsräte eidesstattliche Erklärungen abgaben, dass sie weder der Partei noch einer ihrer Gliederungen, außer der Arbeitsfront und der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt angehört hatten.<sup>159</sup>

Als es im November um die Wiederbesetzung der Betriebsleiterstelle ging, fasste der Betriebsrat in der Betriebsversammlung vom 19. November 1945 folgenden Beschluss: „Dieser Herr ist seit 1933 Nazi und Arbeiterschinder. Die Belegschaft lehnt es ab, mit einem solchen Nazi zusammen zu arbeiten. Die Belegschaft bittet die amerikanische Militärregierung abzu- lehnen, solche Nazi als Vorgesetzte in unserem Betrieb anzuerkennen. Sollte der Nazi unseren Betrieb betreten, so wird die Belegschaft die Arbeit niederlegen. Die Belegschaft hat nur eine Bestrebung, die Wirtschaft auf demokratischen

*Grundlagen aufzubauen. Für Naziverbrecher ist heute keine Existenzberechtigung in der Wirtschaft und in unserem Betrieb.“<sup>160</sup>*

Die Gewerkschaft und gewerkschaftlich organisierte Mitglieder gaben sich in dieser Zeit sozialistisch klassenkämpferisch, was nicht unbedingt auf das Wohlgefallen der amerikanischen Militärregierung stieß. Im Aufruf zur Maifeier 1946 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds Regensburg hieß es: *“Nach fast 13-jähriger Nazi-Unterdrückung haben wir durch die Mithilfe der Amerikanischen Militärregierung unsere demokratische Freiheit wieder erhalten. Nun können wir Euch die freudige Mitteilung machen, dass uns auch der 1. Mai als Feiertag wieder genehmigt wurde. Endlich können die Gewerkschaften den 1. Mai wieder so feiern wie alle Schaffenden der Welt mit der schönen Parole: „Arbeiter aller Länder vereinigt euch!“ Auch wir rufen den Weltgewerkschaften zu, wir sind bereit, unser Leben einzusetzen, dass in Deutschland nie mehr der Faschismus oder Militarismus entstehen kann. Wir gedenken an diesem Tage an unsere Gewerkschaftler und Gewerkschaftsführer, welche durch die Nazi ermordet wurden. ... Die Gewerkschaften fordern am 1. Mai 1946 strenge Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher, restliche Vernichtung der Reaktion, Rückführung der Mitläufer in die Volksgemeinschaft, Säuberung aller Ämter von Faschisten, Verstaatlichung der Industrie, Mitbestimmungsrecht aller Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft, Freiheit der Wissenschaft und der Künste, Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Einheit Deutschlands, die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften.“<sup>161</sup>*

Auch bei der Lohnverhandlung sollte an die Zeit vor der Nazi-Herrschaft angeknüpft werden. Die Gewerkschaften forderten eine



Wiedergutmachung und Wiederherstellung der Lohnbasis von 1931 für alle Lohngruppen im Baugewerbe. In den Jahren zwischen 1931 und 1933 war ein Abbau der Löhne von ungefähr 40 % erfolgt und in den Jahren 1933 bis 1945 wurden diese Löhne bewusst niedrig gehalten. In Württemberg und Baden war die Wiederherstellung der alten Lohnbasis ab 1. März 1946 bereits teilweise erfolgt.<sup>162</sup>

Die Themen der Betriebsratsbesprechungen für aus dem Kriegseinsatz zurückgekehrte Belegschaftsmitglieder waren verbliebene Urlaubsansprüche, Weihnachtsgratifikationen und Anrechnung früherer Dienstjahre. Daneben war aber vor allem die Linderung der materiellen Notlage eine Hauptaufgabe der Werksleitung. Es war die Zeit der Kompensationsgeschäfte zur Beschaffung aller möglicher Bedarfsartikel und Alltagsgegenstände. Zu organisieren waren einmal Arbeitskleidung und -schuhwerk, ein anderes Mal konnte ein größerer Restposten Porzellan getauscht werden. Das gerne genommene Tauschmittel war Zement.<sup>163</sup>

Obwohl solche Kompensationsgeschäfte verboten waren, drückte auch die Werksleitung beide Augen zu, wenn es darum ging, den Mitarbeitern die Existenz zu sichern: „*Herr Schmidt erhält vom Zementwerk 30 Sack Zement ohne Zementscheine zum Reparieren seiner Gewächshäuser. Herr Schmidt verpflichtet sich dagegen unsere Gefolgschaftsmitglieder bevorzugt mit Gemüsepflanzen, Gemüse und sonstigen Erzeugnissen seiner Gärtnerei zu beliefern.*“<sup>164</sup>

Zu extrem günstigen Konditionen gab das Werk im April 1946 auch Kohlen zu 7,60 RM pro vier Ztr. an Mitarbeiter ab. Auch auf dem Werksgelände angebaute Kartoffeln wurden an Mitarbeiter ohne Garten abgegeben.<sup>165</sup> Ende August teilte die Landesstelle für Baustoffe München mit, dass es durch Weisung des

amerikanischen Hauptquartiers grundsätzlich verboten ist, Brennstoffe, außer Rohbraunkohle, zu Koch- und Heizzwecken abzugeben.<sup>166</sup>

Auch die kleineren, bisher geduldeten „Diebstähle“ mussten nun, um den behördlichen Anweisungen Folge leisten zu können, durch Nachtwächter verhindert werden.<sup>167</sup>

„*Wiederholt ist mit dem Betriebsrat darüber gesprochen worden, dass unberechtigte Zemententnahmen aus dem Zementwerke und dem Laboratorium wegen der strengen Bewirtschaftungsvorschriften nicht mehr gestattet werden können. Es herrscht Übereinstimmung darüber, dass alle Versuche unter allen Umständen unterbunden werden müssen. Unberechtigte Zemententnahme muss und wird als Diebstahl erkannt und behandelt werden.*“<sup>168</sup>

In einem Fall wurde deswegen ein Mitarbeiter, der einen vom Betriebsrat zugeteilten Fahrradschlauch und Mantel gegen 25 Pfund Obst eines Arbeitskameraden getauscht hatte, aus der Werkswohnung verwiesen und mit der Kündigung bedroht.<sup>169</sup>

In einem anderen Fall verbrannte ein Arbeiter laufend ihm nicht gehörendes Holz und entwendete einen hölzernen Waschzuber. In seiner wenig hoffnungsvollen Situation ließ er sich zu einer selbstdenunzierenden Erklärung drängen: „*Ich sehe ein, dass unter diesen Umständen eine fristlose Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis mit gleichzeitigem Zwang zur fristlosen Räumung der Wohnung gegeben ist. Wenn ich trotzdem unter Aufhebung meiner Bestellung zum Vorarbeiter in einfacher Arbeit weiter tätig sein kann, so ist das ein besonderes Entgegenkommen des Betriebsrats bzw. der Werksleitung, dass ich dankbar anerkenne. Ich werde mich bemühen, keinen Anlass zu Klagen mehr zu geben und bin damit einverstanden, dass auch nur der geringste Vorfall, der noch*



VERWALTUNGS-  
GEBÄUDE,  
15.03.1953

*hinzu kommen sollte, als fristlose Entlassung angesehen wird. Die von mir bisher bewohnte Werkswohnung wird von mir spätestens am 31. August geräumt werden, sobald mir vom Betriebsrat im Einverständnis mit dem Wohnungsamt die Wohnung eines anderen Gefolgschaftsangehörigen zum Tausch angeboten wird.*<sup>170</sup>

Die materielle Not war überall gegenwärtig und der Einsatz von zum Teil unpassenden Ersatzstoffen war an der Tagesordnung. Nach einer Wiederinbetriebnahme der Wasch- und Brauseanlage nach einer Reparatur wurde der Belegschaft folgendes mitgeteilt: *„Im Interesse der Sauberkeit ist es unbedingt erforderlich, dass die Verwendung von Hilfswaschmitteln wie Rohmehl etz. auf das allernotwendigste eingeschränkt und die Verwendung von Schlackensand und anderen grob kernigen Sandarten wegen Verstopfungsgefahr nicht zulässig ist.*“<sup>171</sup>

Auf Anordnung der Militärregierung wurde am 30. November 1946 die erste Betriebsratswahl durchgeführt.

Das Werk war während des ganzen Jahres 1946 in Betrieb, musste aber im Februar 1947 wegen Kohlemangel vorübergehend stillgelegt werden.<sup>172</sup> Dennoch konnte der Gewinn des Jahres 1947 die Verluste aus den Jahren 1945 und 1946 ausgleichen.<sup>173</sup>

Die Arbeitsbedingungen waren nach heutigen Vorstellungen kaum erträglich. Die Lebens- und Wohnbedingungen in Burglengenfeld hatten sich durch 2000 aufgenommene Flüchtlinge und Vertriebene weiter verschlechtert. Es fehlte an allem. Ein eindrucksvolles Beispiel für

die harte Arbeit bei schlechter Entlohnung gibt uns folgende Eingabe: *„Die drei zur Zeit hier als Klinkerförderer eingeteilten Arbeiter,..., wurden bei der letzten Lohngruppen-Einteilung in die Lohngruppe III eingewiesen. Dagegen wurden andere Arbeiter, wie Schmierer, fast alle Arbeiter der Packhalle und andere, die zum Teil unter erschwerenden Bedingungen arbeiten in die Lohngruppe IV eingewiesen. In Anbetracht der gesundheitlich schlechten Arbeit der Klinkerförderer ist diese Lohnregelung offensichtlich ungerecht. Dies ist umso mehr der Fall, wenn man bedenkt, daß die Klinkerförderer heute auf einer Schicht fast 6 bis 7 h im Staub gefüllten Kanal ihre Arbeit verrichteten. Durch die in letzter Zeit ganz erheblich gesteigerten schwefelhaltigen Zusätze, wird diese Arbeit manchmal bis ins unerträgliche erschwert. ... Sollte es dem Betriebsrat nicht möglich sein, unserer berechtigten Forderung Geltung zu verschaffen, werden wir mit Wirkung vom 18.5.1948 es ablehnen, die Arbeit als Klinkerförderer weiter zu verrichten.*“<sup>174</sup>

Das Beispiel gibt auch Aufschluss darüber, dass offenbar die Klinkerbestände so gering waren, dass diese von Hand in die Förderrinnen geschaufelt werden mussten.

Mit der Währungsreform besserten sich die Verhältnisse zunehmend, auch wenn bestimmte Produkte nach wie vor kontingentiert waren. Noch zur Weihnachtsfeier 1948 wurden die 230 Arbeiter und 29 Angestellten der Belegschaft zur Abdeckung des Fleischbedarfs aufgefordert, ihre 50 g Fleischmarken beim Pfortner abzugeben, um die Durchführung zu ermöglichen.<sup>175</sup>

# Ende der Eigenständigkeit

Zur Förderung des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Integration Westdeutschlands in die westeuropäische Staatenwelt drängten die USA auf den Aufbau einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung. 1948 erfolgte zusammen mit der Währungsreform und dem Abbau der Bewirtschaftung die Neuordnung der Wirtschaft. An die Stelle eines wirtschaftlichen Zwangssystems trat die soziale Marktwirtschaft.

Die Vermögenssperre des Konzerns wurde zum 26. Januar 1948 aufgehoben; damit endeten auch die Treuhänderschaften. In der DM-Eröffnungsbilanz zum 21. Juni 1948 wurde das Grundkapital der Muttergesellschaft auf 30,1 Mio. DM festgesetzt. Die finanzielle Situation des Unternehmens war, wie bei der Industrie im allgemeinen, angespannt. Die DM-Bilanz vom 21. Juni 1948 wies außer den Vorräten kaum nennenswerte Umlaufmittel auf, sodass die Finanzierung des Umsatzes und der Investitionen der Betriebe im wesentlichen aus den angesammelten Abschreibungen erfolgen musste. Die Liquidität wuchs aber rasch im Laufe des Jahres und man konnte sogar ohne Bankkredite auskommen.<sup>177</sup>

Die Portland-Zementwerk Burglengenfeld AG war, wie auch die Vorgängergesellschaft, von Anfang an vom Heidelberger Konzern beherrscht.

Nach der Beteiligung von 100 % im Jahr 1937 kam immer wieder die Frage auf, ob es nicht günstiger wäre, die Gesellschaft auf die Muttergesellschaft zu verschmelzen.<sup>178</sup>

Auch für die bisher rechtlich selbstständigen Tochtergesellschaften „Bayerisches Portland-Cementwerk Kiefersfelden AG“ und „Portland-Cementwerke Wetterau“, Lengfurt, sollte gleiches gelten. Nachdem steuerrechtliche Fragen der Grunderwerbssteuer geklärt werden konnten, war die anstehende Währungsreform der richtige Zeitpunkt für die Konsolidierung.<sup>179</sup>

Zum 20. Juni 1948 betrug das Reinvermögen der Burglengenfelder Gesellschaft 1,453 Millionen DM. Nach der Neubewertung des Dachanlagevermögens ergab sich ein Reinvermögen von 2,64 Millionen DM und damit ein Bilanzgewinn, der allerdings einen Handelsbilanzverlust mit sich brachte.<sup>180</sup> Die Eintragung dieses Vorgangs in das Gesellschaftsregister beim Amtsgericht Regensburg erfolgte am 9. Oktober 1950.<sup>181</sup>

Nach der Währungsreform waren die Preise auf den Beschaffungsmärkten stärker gestiegen als die Erlöse der Erzeugnisse. Durch Kostensenkungen und die mit der Währungsumstellung einsetzende Erhöhung von Produktion und Absatz konnte dies aber ausgeglichen werden.<sup>182</sup>



Alte Werkszufahrt  
mit neuer  
**BETONSTRASSE**,  
1955

Nach Überzeugung der Siegermächte hatte die Großindustrie maßgeblich zum Aufbau des „Dritten Reichs“ beigetragen. Deshalb sollten Eingriffe in die Wirtschaftsstrukturen erfolgen, *„... um die gegenwärtige übermäßige Konzentration der Wirtschaftsmacht [...] zu vernichten“*. Die bereits auf der Potsdamer Konferenz beschlossene Dekartellisierung der deutschen Wirtschaft durch die Siegermächte führte im Bereich der Zementindustrie zur Auflösung der Verkaufsverbände. Jetzt, 1948, nach der Beseitigung der Bewirtschaftung und dem Einsetzen marktwirtschaftlicher Verhältnisse, wirkte sich erst die Auflösung der Verkaufsverbände im Jahr 1945 voll aus.<sup>183</sup>

Unmittelbar nach dem Übergang von der staatlichen Bewirtschaftung zur freien Marktwirtschaft im Jahr 1948 wurden Maßnahmen zum Aufbau einer Verkaufsorganisation eingeleitet. Unter verschärften Wettbewerbsbedingungen waren die Wünsche der Kunden mit den Belangen der Produktion zu koordinieren und gleichzeitig ein reibungsloser Absatz in den Werken zu gewährleisten.<sup>184</sup>

Im Heidelberger Konzern war die Streuung der zehn Zementwerke, Zement-Mahlwerke, Ziegeleien sowie Kalk- und Gipswerke im süddeutschen Raum besonders vorteilhaft für die Absatzgestaltung und -abstimmung beim Aufbau einer eigenen Verkaufsorganisation. Die hohe Baunachfrage führte in der Bauwirtschaft zu einer technischen Rationalisierung, die ab Mitte der 1950er Jahre einschneidende Veränderungen in der Verwendung, dem Transport und der Lagerung des Zements mit sich brachte. Wurde Zement früher fast ausschließlich in Säcken durch die Bahn transportiert, so erfolgte nunmehr verstärkt eine Umstellung auf losen Zement, der mittels Spezialfahrzeugen, den sogenannten Silo-Wagen, auf die Baustellen und zu den Betonwerken transportiert und dort in

Zement-Silos umgefüllt wurde. Anfang der 1960er Jahre machte der Anteil des Losezementtransports bereits rund 50 % des Gesamtzementabsatzes aus, was eine Erweiterung der Versandeinrichtungen notwendig machte. Zahlreiche Maßnahmen und Investitionen, von den Lade- und Wiegeeinrichtungen in den Werken bis zu den Zementsilos und Waagen auf den Baustellen, wurden hierdurch erforderlich.<sup>185</sup> Auch der Ausbau der Lagermöglichkeiten für die Produktion in den Wintermonaten, die den geänderten Marktbedingungen geschuldet war, erforderte beträchtliche Mittel.<sup>186</sup>

Nach Schließung der gemeinsamen Verkaufstellen wurde für die Kundenbetreuung in München und Stuttgart ein Verkaufsbüro eingerichtet. Dieses kümmerte sich um Akquisition beim Baustoffhandel, bei der Bauwirtschaft und den Behörden, unterhielt enge Verbindung zu allen Verbraucherkreisen und übernahm die technische Beratung der Kundschaft. Ein Bericht über das Stuttgarter Büro, das am Friedrichsplatz inmitten unbebauter Trümmer-Grundstücke lag, vermittelt ein Bild des Baubooms: *„Inzwischen hat sich jedoch das Stuttgarter Hauptbahnhofviertel völlig verändert. Die Bundesgartenschau 1961 hat wesentlich zur Veränderung des Stadtteiles am Bahnhof beigetragen. Aufsehenerregend sind jedoch die Baukomplexe die rings um unser Verkaufsbüro hochgeführt werden. In das Schreibmaschinengeklapper und Telefongeklingel dröhnen die wuchtigen Schläge der Dieselrammen; das Gepolter großer Betonmischanlagen, die Geräusche von prasselndem Kies und zischendem Wasserstrahl dringen durch die Bürofenster. Für ein Zementverkaufsbüro herrscht hier vorübergehend die richtige Atmosphäre.“<sup>187</sup>*

Eine andere strukturelle Verschiebung im Absatz Burglengenfelder Zements wurde durch die Verkehrsgesetzgebung ausgelöst.

▶  
STAUMAUER  
in Trausnitz-  
Talsperre,  
1952



◀  
KRAFTWERK an  
Trausnitz-Talsperre,  
1952



▶  
LOSEZEMENT-  
VERLADUNG,  
ca. 1960



▼ VERSAND der  
350.000 t Zement, 1957



▼ LKW- UND BAHNZUFABRT  
zum Zementwerk, 4.3.1953



Zum Schutz des Schienen- und Schiffsverkehrs war zeitweilig eine Sondersteuer auf LKW-Transporte erhoben worden, bevor sich die Befürworter eines diskriminierungsfreien Wettbewerbs durchsetzten. Einigen Kunden, die Zement mit eigenem Lastkraftwagen abholen wollten und deren Wohnsitz mehr als 50 km Luftlinie vom Werk entfernt lag, wurde die sogenannte Werkfernverkehrssteuer aufgebürdet. Um diese Kunden nicht zu verlieren, mussten je nach Standort vom Zementwerk Kundenauslieferungslager eingerichtet werden. Das Verkaufsnetz wurde dadurch zwangsläufig wesentlich erweitert und machte neue organisatorische Maßnahmen, wie beispielsweise die Einrichtung eigener und fremder Lager sowie Umschlagsanlagen für Losezement, notwendig.<sup>189</sup>

Aber auch auf dem Gebiet der Zementverwendung leitete der technische Fortschritt neue Entwicklungen ein. Spezialzemente wie „Duratherm“ und „Antisulfat“ gegen aggressive Wässer oder Autoklav beständige Zemente für die Dampferhärtung in Betonwerken wurden vom Markt verlangt und mussten daher von den Werken produziert werden. Zahlreiche Probleme auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet waren zu lösen, damit die Wünsche der Kundschaft zufriedengestellt werden konnten.<sup>190</sup>

Doch auch die Ansprüche an Standardzemente stiegen. Raumbeständigkeit, Druckfestigkeit, aber auch Eigenschaften wie Farbe, Frühfestigkeit, Nacherhärtung sowie Hydrationswärme bekamen im industriellen Bauen Bedeutung. Genannte Eigenschaften werden zum großen Teil schon durch die Einstellung der Grundkomponenten Kieselsäure, Tonerde und Eisenoxyd in den natürlichen Tonen bestimmt, können aber durch Zusatzstoffe korrigiert werden. Die Zementherstellung wurde durch die wachsenden Ansprüche mit der Zeit zu einem komplizierten chemischen Prozess.



# Werksausbau

Nach der wiedererlangten Selbstständigkeit und der abgeschlossenen Währungsreform brachten die unzulängliche Kohleversorgung und die Einschränkung in der Stromversorgung immer noch Schwierigkeiten mit sich. Im Winter 1948/1949 mussten mehrere Werke aus Kohlemangel einige Wochen stillgelegt werden. Doch bereits im Oktober 1949 wurde die vor dem Krieg erreichte größte Jahresleistung überschritten und 1950 mehr als 200.000 t erzeugt. Im Jahre 1951 konnte endlich auch eine neue Klöckner-Humboldt-Deutz Mahltrocknungsanlage für Rohmehl errichtet werden. Dadurch wurden die seit Bestehen des Werks verwendeten ineffektiven und unwirtschaftlichen Trockentrommeln, die die erforderliche Trockenleistung nicht mehr brachten, außer Betrieb genommen. Außerdem wurden die vorhandenen Rohmühlen für die Zementmahlung frei, bei der ebenfalls ein Engpass bestand.<sup>191</sup>

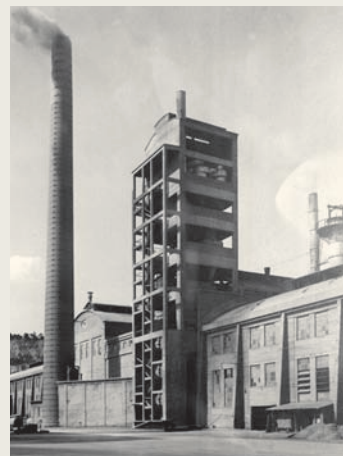
Alle bis dahin erfolgten Erweiterungen und Modernisierungen der Maschinen und Öfen konnten noch in der alten Fabrikhalle aus der Gründungszeit untergebracht werden.

Der in den Nachkriegsjahren stetig gestiegene Bedarf an Zement machte eine großzügige Erweiterung der technischen Einrichtungen des Werks erforderlich. Im Zuge dieser Erweiterungsbauten fielen auch die letzten noch vorhandenen Maschinen aus der Zeit des Werksbaus der Verschrottung zum Opfer. Im Jahr 1953 begann ein Werksausbauprojekt, bei welchem man das Herzstück des Betriebes – die Brennerie – verbesserte. Dazu wurde der Drehofen I mit einer Schwebegas-Wärmetauscheranlage von Klöckner-Humboldt-Deutz ausgerüstet. Das Verfahren war erst zwei Jahre zuvor in Deutschland erfunden und eingeführt worden und lieferte bei einem ausgezeichneten Wärmeverbrauch ein hochwertiges Produkt. Der Staubausstoß erhöhte sich allerdings absolut. Im Frühjahr 1953 baute man den Lepolofen von 1936 nach modernsten Gesichtspunkten auf doppelte Gasführung um. Neben einer beträchtlichen Leistungssteigerung wurde eine erhebliche Kohleinsparung erzielt. Als dritter Ofen stand noch ein Polysius-Solo-Ofen in Reserve. Die Nebeneinrichtungen wie Transportanlagen,

**OFENHALLE**, links Ofen I, mitte Ofen II, rechts Lepolofen, 13.5.1954

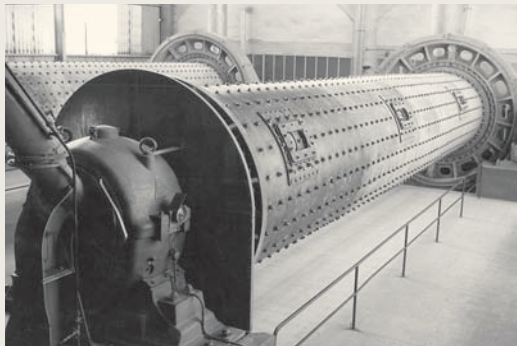


**WÄRMETAUSCHERTURM** des Ofen I, 13.5.1954

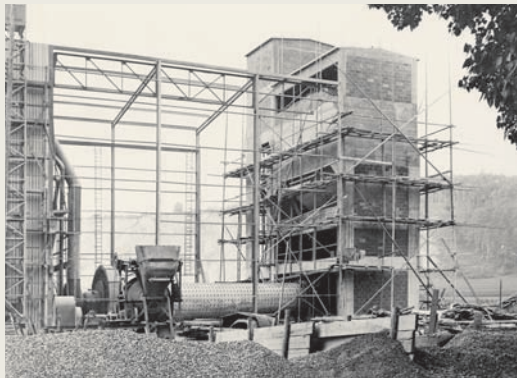


Konventionell beheizte **TROCKENTROMMELN** der Trocknerei II, 5.8.1959





**ZEMENTMÜHLEN** V und VI, 1955



**NEUBAU ZEMENTMÜHLE** (Verbundmühle), 2.6.1956



**KOHLENTLADUNG UND -MÜHLE**, 16.3.1953

elektrische Einrichtungen usw. wurden ebenfalls auf den neuesten Stand gebracht.<sup>192</sup>

Das Jahr 1953 brachte das seit Bestehen des Werks höchste Produktionsergebnis. Dieses betrug mehr als das Doppelte des Jahres 1936 und erreichte die 250.000-Tonnengrenze. Die in den letzten Jahren durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen führten nicht nur zu einer wesentlichen Steigerung der Menge, sondern auch der Qualität der Zemente. Das Produktionsprogramm umfasste die Normzemente Portlandzement PZ 225, Hochwertiger Portlandzement PZ 325, Eisenportlandzement und Hochofenzement. 1956 stellte das Werk erstmals Höchstwert Zement Z 425 her und nahm auch die Putz- und Mauerbinder-Produktion auf. Das Absatzgebiet umfasste die Oberpfalz, Niederbayern sowie Teile von Franken, Oberbayern und Schwaben.<sup>193</sup>

Außerdem wurde die Kapazität der Kohlemühle vergrößert. Bereits im Jahre 1955 wurde in einer neuen Werkshalle eine Verbundmühle für die Mahlung von Zement fertig gestellt, der später eine zweite Zementmühle gleicher Größe folgte. In organischer Verbindung mit der neuen Zementmahanlage wurden auch moderne Zellenrundsilos gebaut und durch Errichtung einer neuen Packerei der Verladebetrieb den gestiegenen Anforderungen angepasst. Außerdem erfolgte der Ausbau bzw. die Erweiterung der Werksstraßen, um den abholenden Lastkraftwagen eine gute Anfahrtsmöglichkeit zu den Packhallen zu bieten.<sup>194</sup>





▲ **PACKHALLEN** und **VERLADEEINRICHTUNGEN**, 1955



▲ **ARBEITER** am **GRANULIERTELLER**, 10.4.1956

55



▲ **LEHRLINGE** in der Lehrwerkstatt, 10.4.1956



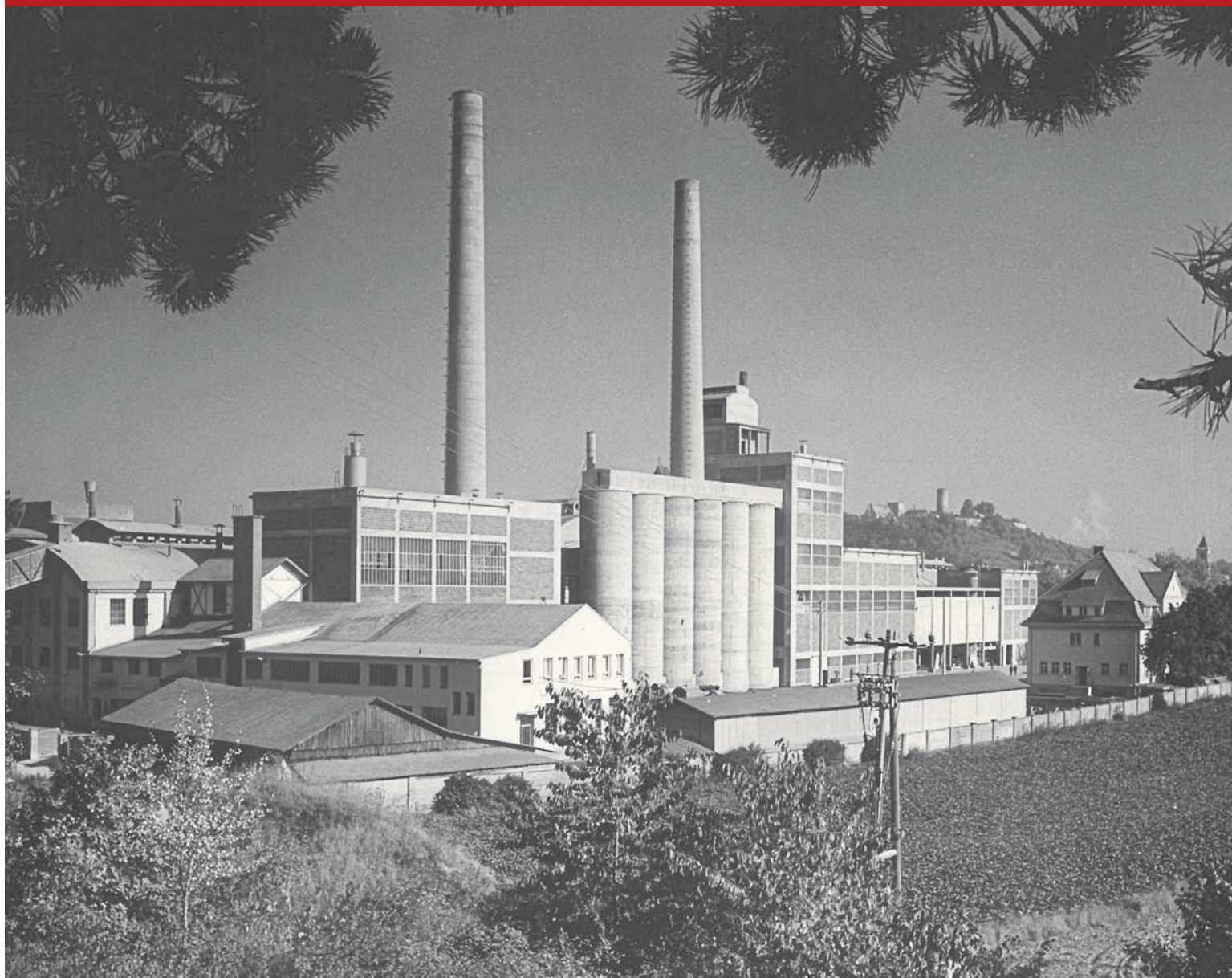
▲ **ARBEITER** am **SACKVERLADEBAND**, 10.4.1956



▼ **GETRIEBEREPARATUR** in der **SCHLOSSEREI**, 10.4.1956

# Weniger Zement in die Luft, mehr in den Absatz

56



WERKSANSICHT von NORDWESTEN, im Vordergrund die neuen Silos und das neue Ofengebäude (hinter dem Kantinengebäude), 1959

Aufgrund der in den vergangenen Jahren durchgeführten Kapazitätserweiterungen durch Ofenumbauten stieg die Produktionskapazität, ohne dass der prozentuale Staubauswurf nennenswert gedrückt werden konnte. Die allgemeine Empfindung drückte Landrat Dr. Haschke in seinem Wunsch für das Jahr 1957 auf einer Weihnachtsfeier des Zementwerks aus: „*Weniger Zement in die Luft, mehr in den Absatz.*“ Das Staubthema entwickelte sich mehr und mehr zum Politikum und es gründete sich die „Interessengemeinschaft zur Entstaubung von Burglengengefeld und Umgebung e.V.“ Die Proteste Einzelner hielten über Jahre an.<sup>195</sup>

Sie erreichten einen neuen Höhepunkt, als das Zementwerk am 22. August 1958 einen Konzessionsantrag beim Landratsamt Burglengengefeld für einen zweiten Lepolofen (Ofen V) stellte. Bei der neuen Anlage handelte es sich um einen Zementdrehofen mit doppelter Gasführung mit einer aus fünf Zyklonen mit 1,8 m Durchmesser bestehenden Zwischenentstaubungsabsiebung und einer Nennleistung von 480 t/a. Mit dem neuen Lepolofen sollte der völlig veraltete und unwirtschaftliche Solo-Ofen (Ofen I) abgelöst werden.

Die Abgase des Lepolofens sollten zur Rohmaterialtrocknung in den Rohmühlen



Luftbild von Nordwesten, LEPOLOFEN II IM BAU, 1958



Luftbild des ZEMENTWERKS BURGLENGENFELD von Südwesten, Lepolofen II zum Teil noch im Bau, im Vordergrund, Betonfertigteilhersteller Hofmann, Juni 1959



WEIHNACHTSFEIER, 15.12.1967



OFENGEBÄUDE des Lepolofen II, 1959

genutzt werden und nach der elektrischen Entstaubung durch den hohen freiwerdenden Kamin des Ofen I geleitet werden. Die Abgase des neuen Lepolofens sollten nämlich viel weniger Staub enthalten, als es beim Ofen I mit Wärmetauscher der Fall war. Der Gesamtstaubauswurf des Werks war trotz der höheren Leistung des neuen Lepolofens den Planungen nach wesentlich verringert worden. Das Landratsamt Burglengenfeld stellte daraufhin fest, dass im Verhältnis zur bisher genehmigten Fabrikanlage durch die Maßnahmen eine wesentliche Veränderung des Betriebs vorlag. Die beantragte Baumaßnahme bedurfte also nicht nur der baurechtlichen, sondern auch der gewerberechtlichen Genehmigung, weil Zementöfen unter die in § 16 der Gewerbeordnung genehmigungspflichtigen Anlagen fallen.<sup>196</sup>

In verwaltungsrechtlicher Kleinarbeit gelang es dennoch, am 3. Dezember 1958 die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb der Lepolofenanlage zu bekommen. Nach heutigen Verhältnissen erscheint die

Genehmigungszeit kurz, doch hat der Umfang der 107 Seiten starken Genehmigungsakte zu damaliger Zeit durchaus für Staunen gesorgt. Bis zur Erteilung der Genehmigung wurde erbittert und leidenschaftlich gekämpft. Insbesondere Personen aus dem Obst- und Gartenbau, aber auch der Burgbetreiber und Anwohner aus der direkten Nachbarschaft wollten den vorgelegten Zahlen nicht glauben und rechneten die doppelte Staubbelastung aus.<sup>197</sup>

Der eindeutige Entschluss der Verhandlungspartner, das Bauvorhaben des Zementwerks und jeden Kompromiss abzulehnen, führten am 22. November 1958 im Sitzungssaal des Burglengenfelder Rathauses zu einer langen Debatte. Der Heidelberger Unterhändler hielt fest:

*„Es genügte keinesfalls, die technischen Werte für den künftig erheblich verringerten Rohgas-Staubgehalt zu erläutern. Nur mit der Garantie, dass eine Gasmenge von 25 m<sup>3</sup>/s, 90-100°, zu 98 % entstaubt werde, war den Einwendungen nicht beizukommen. Es musste klar und deutlich gesagt werden, dass das*

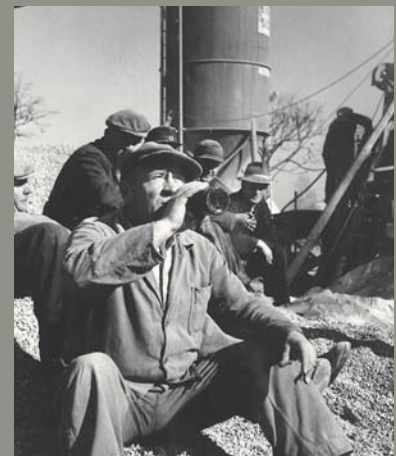
BRENNER am Lepolofen I, 10.04.1956



SCHALTSCHRANK am Lepolofen I, 10.04.1956



BAUKOLONNE, Oktober 1959



*Zementwerk Burglengenfeld , wenn es nicht modernisiert werden sollte, seine Produktion nicht einstellen würde; dass der Staubauswurf der gleiche bleiben würde wie bisher, und dass die für den Bau neuzeitlicher Produktionseinrichtungen in Burglengenfeld vorgesehenen Millionen dann einem anderen Werk zugute kommen würden.“<sup>198</sup>*

Diese Argumente gaben wahrscheinlich beim Kampf um jede Stimme den Ausschlag. Der neue Lepolofen wurde in einer eigenen Halle errichtet. Allein für das Freihalten der Baugruben mussten 300.000 cbm Wasser ausgepumpt werden. Der Erdaushub war mit 6750 cbm ebenso beträchtlich wie die verarbeiteten 2100 cbm Stahlbeton.

Im Jahr 1953 wurde der Ofen I mit einem Schwebegaswärmetauscher ausgerüstet und die Kühltrommel durch einen Fullerkühler ersetzt. Die Klinkerleistung betrug bei der Einrichtung des Ofens ca. 180 tato, nach dem Umbau ca. 250 tato. Der erneute Umbau des Ofens auf eine Klinkerleistung von 350 tato machte auch eine Vergrößerung des Wärme-

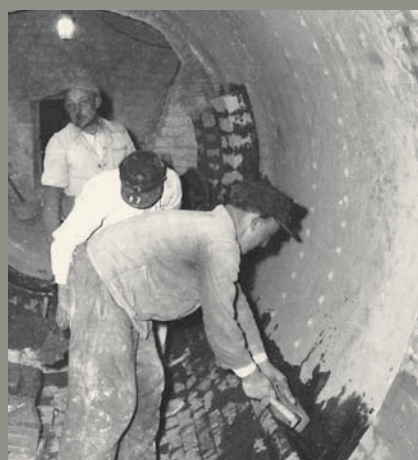
tauschers und des Fullerkühlers sowie eine Modernisierung der elektrischen Einrichtungen notwendig. Da der Ofen ursprünglich nicht für eine derartige Leistung ausgelegt war, musste das Ofenrohr verstärkt werden. Am 24. Juni 1960 wurde der vollkommen umgebaute Ofen nach einer Bauzeit von fünfenehalb Monaten wieder in Betrieb genommen.<sup>199</sup>

Nach der Inbetriebnahme des neuen Lepolofens erreichte das Werk am 20. November 1961 die Versandmenge von 500.000 t. Das Erreichte sollte in einem Anschauungsbeispiel für jedermann untermauert werden: „Diese Zementmenge ist beträchtlich; mit ihr lassen sich 10 Mio. Zementsäcke füllen, die allein aneinander gereiht die beachtliche Strecke von 6500 km ergeben. Das entspricht der Entfernung Burglengenfeld-Leopoldville im Kongo! Die gleiche Zementmenge in 20 t-Waggons der Bundesbahn verladen, erforderte einen durchgehenden Güterzug, der von Burglengenfeld bis Stuttgart reichen würde.“<sup>200</sup>

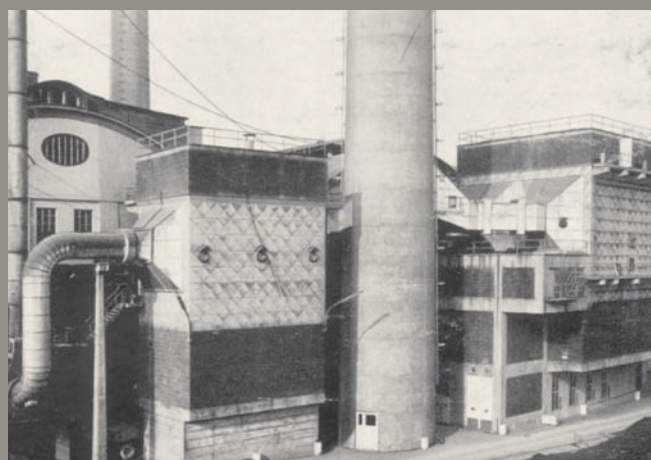
**ARBEITSBÜHNE** auf der Gleitschalung des Rohmehl-Rundsilos, 23.5.1959



Arbeiter beim **AUSMAUERN DES OFEN I**, Mai 1960



**ELEKTRISCHE GASREINIGUNG** für Lepolofen I und Rohmühlenanlage, 1963





Unverputzte **WERKSHÄUSER** „Am Sand“, Oktober 1952



Adolf Lude, Dr. Ehrhart Schott, Dr. Erich Prophet, Betriebsratsvorsitzender Heim, 1.6.1954

Als sich in den 1950er Jahren ein weitgehend konstanter Betrieb des Zementwerks abzeichnete, lebte ein großer Teil seiner Arbeiter in Burglengenfeld in äußerst beengten Verhältnissen. Im Werk, von dem 1.100 Menschen abhängig waren, arbeiteten rund 350 Mitarbeiter, davon mehr als 50 Vertriebene. Aber auch die Einheimischen verfügten durch die Überbelegung der Stadt vielfach nicht mehr über den notwendigen Wohnraum. Der seit Jahren in Burglengenfeld herrschende Mangel verstärkte sich durch die Zuweisung von 2.000 Flüchtlingen und Vertriebenen dramatisch. Ende 1949 wurde deshalb begonnen, im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus Eigenheime zu errichten.

Voraussetzung für die Realisierung des geplanten Siedlungsprojekts war die kostenlose Bereitstellung von Bauland „Am Sand“, in relativ großer Entfernung zum Werk. Nachdem die Finanzierung der Häuser durch zinslose Arbeitgeberdarlehen, Staatsmittel und geringes Eigen-

kapital gesichert war, warb die Werksleitung um bauwillige, verheiratete Belegschaftsmitglieder.<sup>201</sup> Durch die Vermietung der Einliegerwohnungen, die die Siedlungshäuser vorsahen, war eine weitere Finanzierungsmöglichkeit gegeben. Von Seiten der Werksleitung wurde durch großzügige Bereitstellung von Fahrzeugen für den Transport des Materials und der Mithilfe bei der Materialbeschaffung spürbar zur Senkung der Baukosten beigetragen. Für den Bau selbst stellte das Werk kostengünstiges Material zur Verfügung. Wo immer es möglich war, kam Burglengenfelder Zement zum Einsatz. Die Festigkeit des Materials wurde Jahrzehnte später denjenigen zum Verhängnis, die bauliche Veränderungen an den Häusern der Zementwerkssiedlung vornehmen wollten.<sup>202</sup>

Bis 1960 entstanden im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus für Angehörige des Werks Burglengenfeld 93 Häuser mit 166 Wohnungen. Aber auch außerhalb der eigentlichen Zement-



Luftbild von Süden, im Vordergrund die **SIEDLUNG „AM SAND“**, im Hintergrund Zementwerk, Mai 1960

werksiedlung entstanden innerhalb dieses Siedlungsprogramms ganze Häuserzeilen, so z. B. auf dem Galgenberg. Der Betriebsratsvorsitzende übernahm den Schriftverkehr mit den Behörden und sonstigen interessierten Stellen und nahm dadurch den Bauherren eine Menge zeitraubender Arbeit ab.<sup>203</sup>

Das gemeinsame Vorgehen von Vertretern des Zementwerks und der Stadtverwaltung bei öffentlichen Bauten wie auch im sozialen Wohnungsbau fand bereits 1950 in der Benennung von Straßen im Siedlungsgebiet „Am Sand“ seinen Niederschlag. Nach den Vorstandsmitgliedern Dr. Schott und Prof. Dr. Schmaltz wurden Straßen benannt. Schon 1950 wurde auch Werksdirektor Dr. Prophet zum Ehrenbürger der Stadt. Im Dezember 1954 wurde die bisherige Straße „Am Stadtweg“ in „Dr.-Prophet-Straße“ umbenannt. „In der kunstvollen Urkunde zeigt sich bildlich die Verbrüderung von Stadt und Zementwerk in der Verschränkung beider

Wappen. Die zugehörige Ansicht Burglengenfelds zeigt den Blick vom Zementwerk aus, dessen Schlot die Bildmitte markiert.“<sup>204</sup>

Obwohl der Werkswohnungsbau die Wohnungsnot in Burglengenfeld nicht vollkommen beseitigen konnte, war er doch ein Signal und eine Ermutigung zur Nachahmung. Von dieser Aufbruchstimmung war auch in der Werkszeitschrift Heidelberger Portländer 1960 zu lesen:

„Wenn man die Siedlung in größeren Zeitabständen besucht, dann kann man drei Abschnitte erkennen, in denen das Eigenheim sein endgültiges Gesicht erhält. Die erste Etappe schließt mit dem Rohbau – meist schon verputzt – ab. Das Grundstück ist eingefriedet und der Garten wird angelegt. Die größten wirtschaftlichen und physischen Anstrengungen sind geleistet und der Siedler wohnt bald in seinen eigenen vier Wänden unter dem eigenen Dach. Eine Verschnaufpause dann geht es an die Inneneinrichtung. Ein Kühlschrank und eine



**SIEDLUNGSHAUS**, 10.6.1957

*Waschmaschine werden angeschafft und vereinzelt sieht man schon eine Fernsehantenne auf dem Dach. Im dritten Abschnitt sind die Arbeiten wieder nach außen verlegt. Die Terrasse erhält ein farbenfrohes Geländer, ein Steingarten mit vielen Blumen entsteht und die Rasenflächen werden mit einer Trockenmauer aus Bruchsteinen eingefasst. Die Obstbäume werden gepflegt und von jedem weiß der Siedler zu sagen, wie viele Früchte er im letzten und vorletzten Jahr getragen hat. Und in der Garage im Nebengebäude, welche vorerst als Werkstätte eingerichtet ist, soll vielleicht ein Kleinwagen stehen. Ein Sprichwort sagt: Wer keine Sorgen hat, der baue ein Haus. ... Aber früher oder später kommt der Zeitpunkt, an welchem die Freude am Besitz*



**SANITÄTSZIMMER** im Werk, ca. 1955

*und die Genugtuung über die geleistete Arbeit überwiegen.*<sup>205</sup>

In Zeiten der Vollbeschäftigung versuchte das Unternehmen durch freiwillige soziale Leistungen Mitarbeiter zu halten. Erhebliche Geldmittel wurden aufgewendet für Kinderzulagen, Dienstaltersprämien, Krankenzusatzgeld, Heiratsbeihilfen und ähnliches mehr. Am Betriebsergebnis wurden die Mitarbeiter durch Gewinnbeteiligung und Sonderzahlungen beteiligt. Ebenso gab es eine beitragsfreie, zusätzliche Alters-, Invaliden- und Waisenversorgung, deren Höhe sich nach der Betriebszugehörigkeit richtete und bis zu 50 % des Bruttoeinkommens der letzten fünf Jahre betragen konnte.<sup>206</sup>



# Steinbruchrationalisierung

Bei Inbetriebnahme des Werks im Jahre 1914 erfolgte die Gewinnung des Kalksteins im Rolllochverfahren durch Handarbeit. Dazu wurde ein horizontaler Schacht in den Berg getrieben und an dessen Ende ein vertikaler Schacht zur Oberfläche geführt. Dort bauten Arbeiter das Material ab und warfen es in das Rollloch. Über eine Abfüllschnauze wurde das gebrochene Gestein direkt in die Loren verladen. Diese wurden von Hand aus dem Stollen geschoben. Auch die damals gebräuchlichen Muldenkipper für den Transport des Rohmaterials zur Brecheranlage wurden noch von Hand beladen und in den ersten Jahren auch von Hand transportiert. In den 1920er Jahren übernahmen Löffelbagger in den Kalksteinbrüchen der Zementindustrie die Förderung des grobstückigen Rohmaterials und die Verladung in Dieselzüge. Der Baggerbetrieb hatte zur Folge, dass die Muldenkipper durch Großraumkippwagen ersetzt wurden, deren Transport durch Diesel-Lokomotiven erfolgte. Der anfangs genutzte Backenbrecher wurde durch einen Doppelhammerbrecher ersetzt, der den Kalkstein auf Schottergröße mit einer Körnung bis zu 25 mm brach. Während dieses Zerkleinerungsprozesses wurde gleichzeitig Ton beigemischt. Der Ton wurde in der etwa 1500 m entfernt liegenden Tongrube durch Eimerkettenbagger abgebaut und durch eine Drahtseilbahn zum Werk transportiert.<sup>207</sup>

Ende 1955 wurde aus Rationalisierungsgründen und zur Verminderung von Unfallgefahren im Steinbruch das sogenannte Großbohrlochsprengverfahren eingeführt.<sup>208</sup>

Obwohl bis dahin die Ansicht vertreten wurde, dass das zerklüftete Kalksteinvorkommen in Burglengenfeld eine Materialgewinnung durch Großbohrlochsprengungen nicht zulässt, wurden am 14. Juli und 3. September 1955 Sprengversuche unternommen. Nach monatelangen Vorarbeiten zur Wandbegradigung durch Fußsprengungen



Zwei Arbeiter beim Bohren von Sprenglöchern mit PRESSLUFTHANDBOHRMASCHINEN im Rollloch-Abbau, Rationalisierter Abbau unter Vermeidung von Handverladung, 1935



HANDVERLADUNG DER SOCKELZONE, die mit dem Rolllochverfahren nicht abgebaut werden konnte, ca. 1914



MENCK-LÖFFELBAGGER beim Beladen von Loren, 16.3.1953



MENCK-BAGGER C250 und O&K HUBSCHAUFLER AS 600, 5.11.1955



**GROSSBOHRLOCHSPRENGUNG**, 12.7.1957



Vorbereitungen für die **FUSSSPRENGUNGEN** der zweiten Großbohrlochsprengung, 2.9.1955



**MENCK-LÖFFELBAGGER** beim Verladen, 12.7.1957

konnte der erste Großschuss abgetan werden, der die alten Annahmen widerlegte und den Erwartungen voll entsprach. 54.000 t baggergerechtes Material fielen bei einer Wandhöhe von 60 m und 1.200 m Bohrmeter an.<sup>209</sup>

Die zweite Großbohrlochsprengung am 3. September 1955 verlief besonders befriedigend. Auf einer Frontbreite von 45 m wurden 13 unter 68 Grad nach unten laufende Bohrlöcher mit ca. 62 m Tiefe niedergebracht. Da die Bruchwand infolge der bisherigen Abbaumethode sehr flach lag, ergaben sich an der Bruchsohle Vorgaben bis zu 20 m. Um zu erreichen, dass diese bis zu 20 m starken Füße gelockert werden, wurden von der Bruchsohle aus 19 waagerechte Bohrlöcher gebohrt und darüber unter einem Winkel von 20° bzw. 30° schräg aufwärts verlaufende, weitere 38 Bohrlöcher.<sup>210</sup>

Das Niederbringen der Bohrungen erfolgte trotz des zerklüfteten Gesteinsvorkommens einwandfrei. Beim Laden der Bohrlöcher mit Sprengstoff ergaben sich jedoch gewisse Schwierigkeiten. Als Sprengstoff wurden bei der Sprengung 985 kg Donarit und 4.800 kg Ammon-Gelit in Zellophan-Patronen von 70 mm Durchmesser und 2,5 kg Gewicht verwendet. Der Materialanfall bei der Sprengung betrug schätzungsweise 50.000-60.000 t Material, sodass durch diese eine Sprengung der Rohstoffbedarf des Werks für 2,5 Monate sichergestellt war.<sup>211</sup>

Bei diesem Gewinnungsverfahren war jedoch der an Gleisanlagen gebundene Förderbetrieb mit Diesel-Lokomotiven nicht mehr tragbar. Aus diesem Grunde erfolgte gleichzeitig mit der Einführung des neuen Sprengverfahrens die Umstellung der Rohmaterialförderung auf gleislosen Betrieb. Vier Löffelbagger verladen den Kalkstein auf Spezialfahrzeuge mit Kippmuldenaufbau von 20 t Fassungsvermögen. Letztere transportierten das Material von der Bruchwand zur Vorzerkleinerung.<sup>212</sup>

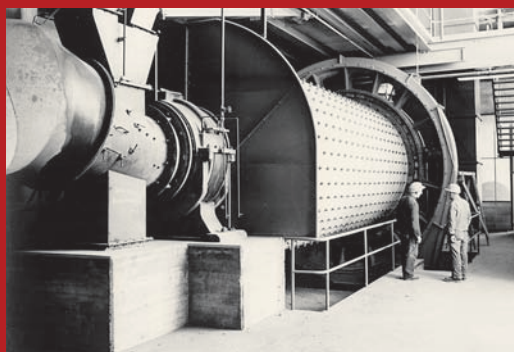
# Werkserweiterung in der Hochkonjunktur

Die 1960er Jahre standen ganz im Zeichen von Optimismus, Wachstum und Fortschritt. Der neue US-Präsident John F. Kennedy versprach in seiner Antrittsrede am 20. Januar 1960 den Aufbruch zu neuen Grenzen und formulierte damit den Zeitgeist mehr als eines Jahrzehnts. Der Glaube an die Machbarkeit der Dinge und an die Segnungen des technischen Fortschritts war ebenso ungebrochen wie das Vertrauen auf ständig steigende Wirtschaftsdaten. Neben der zunehmenden Automatisierung in der Wirtschaft, der „zweiten industriellen Revolution“, wirkte sich der technische Fortschritt auch immer mehr auf den Alltag der Menschen aus. Die Automatisierung der Haushalte nahm ständig zu. Staubsauger, Kühlschränke, Waschmaschinen, Telefone und Fernsehgeräte waren Ende der 1960er Jahre in den meisten Haushalten zu finden.<sup>213</sup>

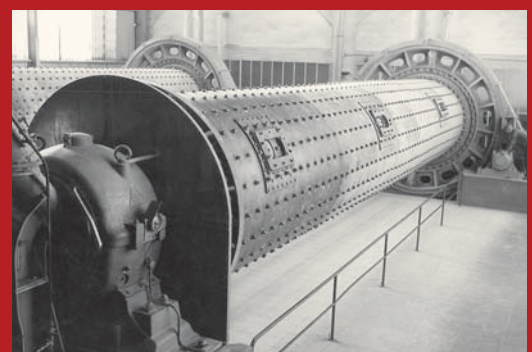
Dem Trend folgend leiteten die Portland-Zementwerke Heidelberg AG Mitte der 1960er Jahre ein umfassendes Kapazitätsvergrößerungsprogramm ein. Aus dem Zwang zu Rationalisierung und Modernisierung kam es zu einem sprunghaften Anwachsen des Investitionsvolumens. Dabei war die Investitionspolitik des Unternehmens bis dahin stets durch besondere Vorsicht gekennzeichnet gewesen. Dem Anstieg

des Versands war der Kapazitätsausbau bislang nur zögerlich gefolgt. Zu Lasten der kurzfristigen Rentabilität wurden Klinker und Zement zugekauft und die Anlagen erst dann erweitert, wenn das Niveau des Absatzes gesichert erschien. Doch nun ging man in der gesamten Branche davon aus, dass eine tragfähige Entwicklung mit dauerhaftem Wachstum erreicht sei. Schon kleine Einbrüche in die überhitzte Baukonjunktur, wie 1961 und 1967, sorgten allerdings für erste nervöse Interpretationen.

Der durch den Wiederaufbau verursachte und durch das starke Bevölkerungswachstum in den 1960er Jahren getragene Bauboom machte eine großzügige Werkserweiterung erforderlich. Im Unterschied zu den bisher durchgeführten Baumaßnahmen sollte ein neuer 2.000 tato Wärmetauscherofen mit Doppelzyklon-System als eigener Werkskomplex neben dem Altwerk auf unbebautem Gelände errichtet werden. Mit dieser Entscheidung war auch eine neue Werkseinfahrt mit Fahrzeugwaagen und einem Versandabfertigungsgebäude verbunden. Am 24. August 1966 wurde der Bau- und der Konzessionsantrag beim Landratsamt Burglengenfeld eingereicht und am 20. Februar 1967 mit hohen Anforderungen an die Staub- und Schallemission genehmigt.<sup>214</sup>



MAHLTROCKNUNG III, 06.11.1962



ZEMENTMÜHLEN V UND VI, ca. 1960

Der Drehofen V mit 4,8 m Durchmesser und 70 m Länge musste in transportgerechte Teile zerlegt werden. Vor dem Auflegen mussten die angelieferten Ofenschüsse erst wieder zu größeren Montageeinheiten zusammengeschweißt werden. Alle Teile mit Überlademaßen kamen per Schiff bis Bamberg, wurden hier auf Spezialtieflader-Straßenfahrzeuge umgeladen, um dann über genau festgelegte Routen ins Werk zu gelangen. Ein Laufring mit über 6 m Durchmesser wiegt 40 t.



MONTAGE DREHOFEN V mit Wärmetauscherturm, Nov. 1967

Ein wesentlicher Punkt war hierbei die Abgasverwertung. In zwei Rohmühlen mit einer Leistung von je 90 t/h wurden die Abgase aus dem Wärmetauscher weitgehend zur Rohmaterialtrocknung ausgenutzt und durch Elektrofilter entstaubt. Um bei einem Mühlenstillstand die Ofenabgase ausreichend reinigen zu können, wurde zur Abkühlung und Befeuchtung der Abgase ein Verdampfungskühler zwischengeschaltet.<sup>215</sup>

Der Werksausbau Burglengenfeld und seine Abwicklung stand von Anfang an unter Termindruck, da die Neuanlage zu Saisonbeginn im Frühjahr 1968 in Betrieb gehen sollte.

Der Werksanbau ging die Erstellung einer Klinkerlagerhalle, von Zementsilos und einer großen Zementmühle, von zwei Rohmühlen sowie sechs Rohmehlsilos voraus.<sup>216</sup>

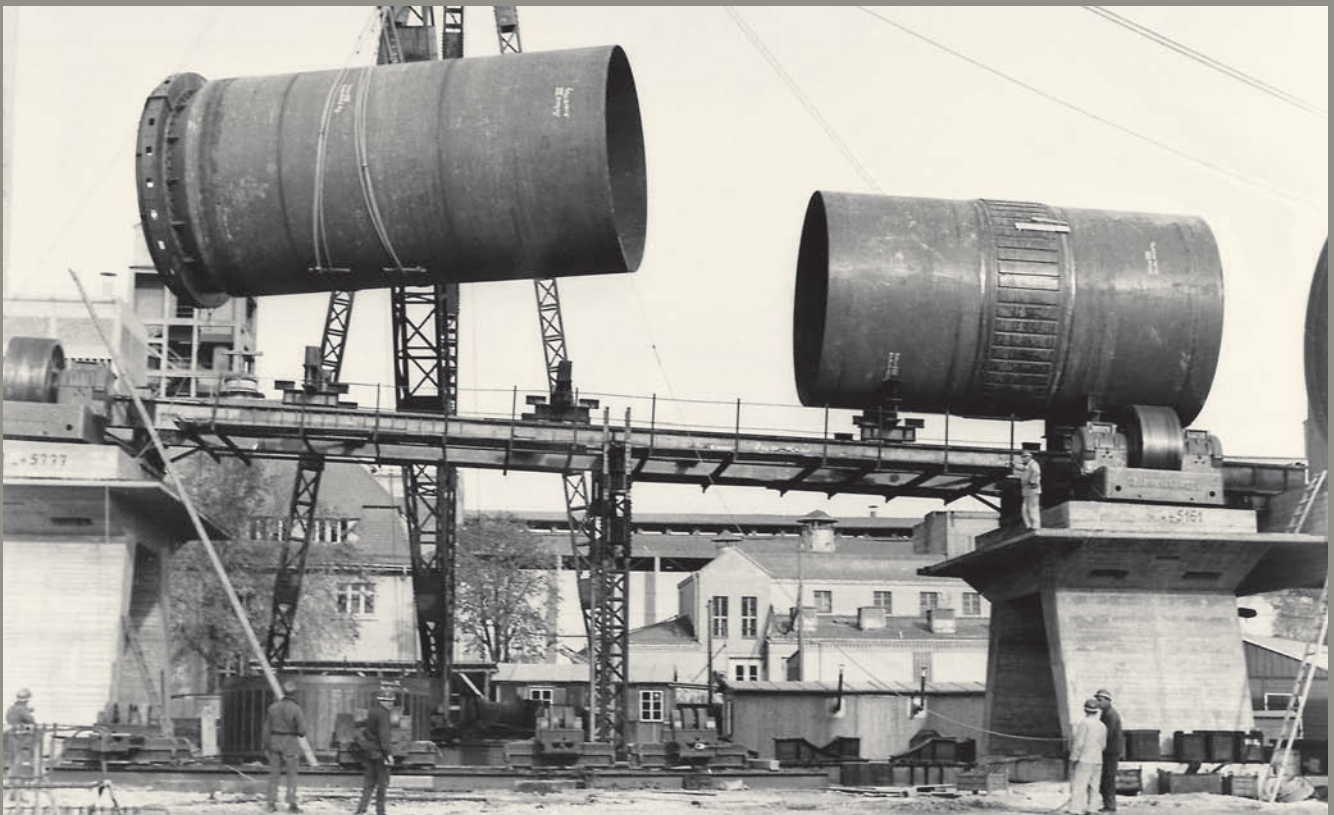
Eine Zeitspanne von nur 13 Monaten vom Baubeginn bis zur Inbetriebnahme setzte eine bis ins letzte Detail ausgearbeitete Abwicklungsplanung voraus. Sobald ein Bauteil fertiggestellt und belastbar war, schloss sich umgehend die zugehörige Stahlbau-, Maschinen- und Elektromontage an. Den Anfang machten Mitte Juli die Zykclone der Rohmühle, die noch vor dem Betonieren des Daches eingehoben werden mussten. Im September rollten die Ofenteile an und die Montage



ALTES SCHICHLABOR, 16.3.1953



NEUES SCHICHLABOR, März 1960



VORMONTIERTE OFENSCHÜSSE auf der Vorschubbahn,  
Nov. 1967

der Entstaubungsanlage begann. Einen Monat später kamen die Rohmühlen und der Klinkerkühler. Zur Bewältigung der Aufgaben wurden 23 Baufirmen und 40 Firmen der Maschinen- und Elektroindustrie herangezogen. Rund 800 Arbeitskräfte waren an der Ausführung der Bau- und Montagearbeiten im Werk eingesetzt.<sup>217</sup>

Zum Werksausbau gehörten noch die Energieversorgung, bestehend aus Trafostationen, Schaltanlagen, Unterverteilungen sowie mechanische und pneumatische Fördererlemente und Entstaubungseinrichtungen. Ferner die Wasserversorgung und Kanalisation, Ausbau der Werkstraßen und unzählige Nebenleistungen.

Bei der Gründung des Wärmetauscherturmes stellten sich unvorhergesehene Schwierigkeiten ein. Das Grundwasser konnte zunächst wegen zu starkem Andrangs nicht weggepumpt werden. Die Bauverzögerungen waren kritisch, da der auf dem Turmskelett stehende Kamin in einer Höhe von 65 bis 105 m nicht in den Wintermonaten bei Frost betoniert werden konnte. In einem Kraftakt erreichte man bei dem in Gleitschalungstechnik gefertigten Kamin einen Baufortschritt von einem Meter pro Tag.

Die neue Vorberecherei im Steinbruch war ebenfalls ein Sorgenkind. Hier wurde im Fels eine bis zu 16 m tiefe Baugrube angelegt.



LUFTBILD DES WERKS,  
10.8.1972



ANSICHT VOM STEINBRUCH mit begunenem  
Werksausbau, 1970



Transport eines **ZEMENTMÜHLENROHRS** mit drei Kaelble-Zugmaschinen, 1970

Das 79 t schwere, 14,25 m lange Mühlenrohr mit einem Durchmesser von 3,90 m bzw. 4,20 m per Bahn an Ort und Stelle zu bringen war unmöglich. Also wurde die Röhre auf ein Schiff geladen, den Rhein und Main hinauf bis Bamberg gebracht und dort mit zwei 125 t-Autokranen auf den größten Tieflader der Bundesbahn – einen Tatzelwurm mit 10 Achsen und 23,5 m Länge – gehoben. Zwischen Bamberg und Burglengenfeld mussten 15 Brücken auf Ihre Tragfähigkeit nachgerechnet und 3 Brücken unterstützt bzw. die Fahrbahndecke verstärkt werden. Wohlbehalten erreichte der Schwertransport in 27 Stunden das Werk Burglengenfeld.

Der Stein war aber an verschiedenen Stellen so zerklüftet, dass mit Rücksicht auf die Sicherheit der Arbeitskräfte die Grube nachträglich erweitert werden musste.<sup>218</sup>

Der in diese Grube eingebaute Doppelwellenbrecher mit einem Schlagkreisdurchmesser von zwei Metern und einer Durchsatzleistung von 800 bis 1.000 t/h bei einem Gesamt-Hammengewicht von 9 t war eine beeindruckende Maschine. Das Burglengenfelder Rohmaterial besitzt schlechte Fließigenschaften, die durch die notwendige Tonzugabe noch verschlechtert werden. Man wählte daher zur Beschickung dieses Großbrechers einen Schubwagenspeiser und im Schotterlager einen Abbaukratzer.<sup>219</sup>

Im April 1968 ging der neue Werksteil planmäßig in Betrieb. Der komplette Betrieb konnte vom zentralen Leitstand, der in der neuartigen Mosaiktechnik aufgebaut war, überwacht und fernbedient werden. Im neuen Werksteil waren Zuschlagstoffsilos in den Schottertransport zu den Rohmühlen eingegliedert. Alle Komponenten wurden gewogen, sodass die gewünschte Rohmaterialzusammensetzung vom zentralen

Leitstand aus eingestellt werden konnte. Im gleichen Gebäude wie der Leitstand wurde auch ein neues Schichtlabor eingerichtet. So war erstmals eine schnelle Rohmehlanalyse mittels Röntgenfluoreszenzgerät und damit eine rasche Korrekturmöglichkeit des Rohmaterials möglich. Mittels automatischen Probenahmen, die per Rohrpost in das Schichtlabor befördert wurden, konnte schnell auf die Schwankungen des natürlichen Rohmaterials reagiert werden. Im Jahr 1971 kam erstmals ein Computer für die Prozess- und Rohmaterialsteuerung zum Einsatz. Ein zweiter Ofen gleicher Leistung war bereits in Planung.<sup>220</sup>

Am 14. Dezember 1971 verließ um 16.27 Uhr ein Silozug mit der millionsten Tonne das Werkstor in Richtung Landshut. Aus diesem Anlass wurde dem Kreisverband Burglengenfeld des Bayerischen Roten Kreuzes eine Spende in Höhe von 10.000 DM – für jede Tonne einen Pfennig – zur Finanzierung eines neuen Rettungswagens überreicht.<sup>221</sup>

# Von der Hochkonjunktur in die tiefe Depression

Trotz kleiner konjunktureller Schwankungen hatte es bei der Absatzentwicklung der Zementindustrie ein beständiges Wachstum gegeben. Der absolute Höhepunkt wurde 1972 erreicht, im Jahr der Olympiade in München. Doch der langanhaltende Boom hatte auch Zweifler auf den Plan gerufen. In ihrem aufsehenerregenden Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ warnten Wissenschaftler des „Club of Rome“ vor den

Folgen ungehemmten Wirtschaftswachstums durch die Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen.<sup>222</sup>

Anders als vorausgesagt kam das Wachstum aufgrund politischer Konflikte zum Erliegen. Im Herbst 1973 verwendeten die arabischen Staaten das bisher den Industriestaaten vergleichsweise billig verkaufte Erdöl erstmals als politische Waffe. Sie verhängten gegen die Niederlande und die

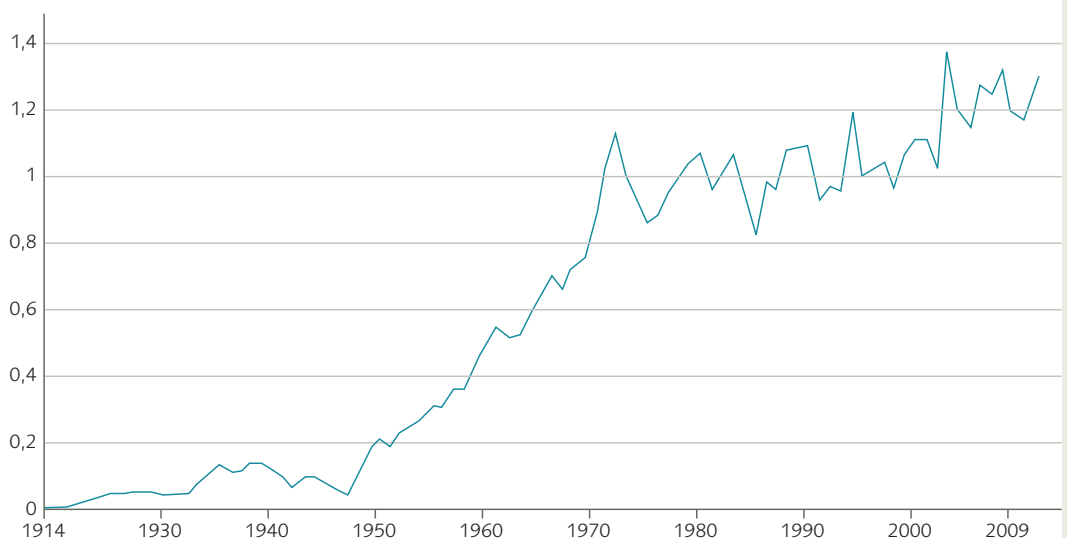
69



WÄRMETAUSCHERTÜRME, Turm III in Bau, 1974

VERSANDENTWICKLUNG,  
1914 bis 2011

Versand in Mio. t



**100-JÄHRIGES  
FIRMENJUBILÄUM,  
4.10.1973**



USA ein Embargo wegen ihrer israelfreundlichen Haltung im israelisch-arabischen Jom-Kippur-Krieg und drosselten die Exporte in die übrigen westlichen Industrieländer. Die Bundesrepublik war vom Boykott hart getroffen, da sie ihren Energiebedarf zu 55 % aus importiertem Erdöl deckte, dreiviertel davon aus arabischen Ländern. Der Bundestag reagierte am 9. November 1973 mit dem Energiesicherungsgesetz, das umfassende Sparprogramme und die intensive Suche nach alternativen Energiequellen beinhaltete. Im November und Dezember galt sogar an vier Sonntagen ein Fahrverbot für private PKWs. Darüber hinaus wurden die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen und Landstraßen gesenkt und die Abgabemengen für Treibstoff begrenzt.

Nach der Entspannung der politischen Lage im Nahen Osten wurde die Ölproduktion zwar angehoben, jedoch die Abgabepreise drastisch erhöht. Die von der Ölpreiskrise ausgelöste Rezession führte zu einem einschneidenden Rückgang der Bauinvestitionen. Insbesondere in der Bau- und Automobilindustrie kam es zu

Kurzarbeit, Massenentlassungen und Firmenfusionen. Die allgemeine Arbeitslosenquote stieg zwischen 1973 und 1974 von 2,2 auf 4,2 %.<sup>223</sup>

In der Zementindustrie machten bis dahin die Energiekosten etwa 40 % der Herstellkosten aus, jetzt lagen sie plötzlich bei über 50 %. Während in den USA bei hohem Lohnniveau und relativ niedrigen Energiepreisen die Tendenz in der Vergangenheit dahin ging, Zementanlagen zu bauen, die mit einem möglichst geringen Lohnstundenaufwand zu betreiben waren, führte die technologische Entwicklung in Deutschland mit seinem traditionell hohen Energiepreisniveau schon frühzeitig zur Einführung wärmesparender Brennverfahren. So erreichte der neue, 1974 fertiggestellte zweite 2.000 tato Wärmetauscherofen bei einem theoretischen Wärmebedarf von 425 kcal/kg Klinker immerhin 760 kcal/kg Klinker, was einem Wirkungsgrad von 68 % entsprach. Obwohl die neuen Ofenanlagen jetzt unvermeidlich zu Überkapazitäten führten, brachten sie Wettbewerbsvorteile gegenüber Altanlagen.



# Rationalisierung und Energieeinsparung

Der Zementversand der Heidelberger Werke sank um 15 % auf 6,4 Mio. t. Die Anpassung der Kapazitäten an die rückläufige Nachfrage führte 1977 zur Einstellung der Klinkerproduktion in Nürtingen, das Mahlwerk Sulzbach-Rosenberg wurde zur Umschlagsstelle. 1988 wurden auch die erst 1974 übernommenen Portland-Zement- und Kalkwerke G. Behringer in Neumarkt zum Abbau von Überkapazitäten stillgelegt.

Neben der Strukturbereinigung leitete die Energiepreiskrise in der Zementindustrie einen tiefgreifenden Rationalisierungsprozess ein. Als Reaktion auf gestiegene Energiekosten wurde die Vollautomation in Burglengenfeld in verschiedenen Produktionsschritten vorangetrieben. Im Zementversand machten 1979 die Rundpackmaschinen mit Sackaufsteckautomaten den Anfang. 1983 wurde die Versandautomation für Lose-Zement eingeführt. Im Steinbruch erhöhte man die Produktivität durch den Einsatz von Schwerlastkraftwagen mit 80 t Nutzlast. Diese Maßnahmen hatten allerdings einen massiven Arbeitsplatzabbau zur Konsequenz.

Die regional unterschiedliche Entwicklung der Baukonjunktur in den 1970er Jahren veranlasste 1977 die bis dahin auf Süddeutschland konzentrierten Portland-Zementwerke Heidel-

berg zur Übernahme der amerikanischen Firma Lehigh. Als Ergebnis der starken Konjunkturschwankungen der 1980er Jahre steuerte der Heidelberger Konzern ab 1988 neben der geographischen Diversifizierung auch eine Produktdiversifizierung an. So wurden in Werken in Deutschland, USA und Frankreich neben Zementprodukten Gips, Kalksandsteine, Dämmstoffe, Putze, Betonzusatzmittel, Möbel und anderes hergestellt.

Die gesamte Oberpfalz war durch die Folgen der Energiepreiskrise und den daraus entstandenen Strukturwandel besonders betroffen. Traditionelle Betriebe wie die Maxhütte kämpften ums Überleben und die ganze Region zeichnete sich durch eine hohe Arbeitslosigkeit aus. Mit der Entscheidung von 1983, die atomare Wiederaufarbeitungsanlage in den Taxölder Forst zu verlegen, begann eine mehrere Jahre andauernde Auseinandersetzung mit zum Teil bürgerkriegsähnlichen Szenen. Das Zementwerk als Baustofflieferant geriet dabei in das Schussfeld der gegnerischen Gruppen. Insbesondere das Anti-WAAhnsinnsfestival 1986 mit 80.000 Besuchern in Burglengenfeld führte zu bis dahin nicht gekannten Sicherheitsmaßnahmen rund um das Werk.

# Sekundärbrennstoffe

72

Eine weitere Folge der Energiepreiskrise war neben den in Burglengenfeld bereits erfolgten Energieeffizienzmaßnahmen der Einsatz von Sekundärbrennstoffen. In den 1980er Jahren fielen in der Bundesrepublik Deutschland jährlich etwa 350.000 t Altreifen an. Aufgrund ihres hohen Heizwerts bot es sich an, diese Altreifen nicht zu deponieren, sondern als Energieträger einzusetzen. Als Zusatzbrennstoffe können damit hochwertige Energieträger wie z. B. Kohle eingespart werden. Die Anlage zur thermischen Verwertung von Altreifen des Werks Burglengenfeld war während des Genehmigungsverfahrens über lange Zeit hinweg ein heiß diskutiertes Thema bei den Sitzungen des Stadtrats und damit auch der örtlichen Presse. Die Tatsache, dass die prozessintegrierte Rauchgasreinigung eine umweltfreundliche Entsorgung dieses Problemabfalls darstellt, musste daher erst kommuniziert und verstanden werden.<sup>224</sup>

Um den gestiegenen Anforderungen an die Emissionen gerecht zu werden, mussten zur Entstaubung der Ofen- und Mühlenabgase 3,9 Mio. Mark für die Ertüchtigung des Elektrofilters aufgewendet werden. Hohe Temperaturen und die im Zementherstellungsprozess bereits vorhandene Rauchgasreinigung sorgen dafür, dass bei der Verbrennung weder Schwermetalle freigesetzt werden, noch Nitrosamine und Dioxine entstehen können. Die Anlage im Zementwerk Burglengenfeld wurde im Februar 1988 in Betrieb genommen. Prinzipiell können etwa 25 % des Brennstoffbedarfs durch Reifen gedeckt werden. Es ist möglich, PKW- und LKW-Reifen bis zu einem Durchmesser von 1.300 mm und 400 mm Breite zu verwerten.<sup>225</sup>

Mit der Inbetriebnahme der Reifenverbrennungsanlage waren verschärfte Auflagen zur Verminderung der Gesamtemissionen verbunden. Dazu gehörte auch die Minderung der Stickoxide



Wartung der EMISSIONS-  
ÜBERWACHUNG am  
Kamin

(NO<sub>x</sub>), die als mögliche Verursacher des Waldsterbens und des Sommersmogs bekannt sind. Grundlegende Strategien bei der NO<sub>x</sub>-Minderung wurden bereits bei der Optimierung des Ofenbetriebs verfolgt. Als zusätzliche Maßnahme kam ein von Heidelberger Zement zusammen mit dem Forschungsinstitut der Deutschen Zementindustrie entwickeltes Spezialverfahren zur Reduktion des Stickoxid-Ausstoßes zur Anwendung. Zur Reduktion von NO<sub>x</sub> wird Ammoniak (NH<sub>3</sub>) bei 800–1.000 °C in den Gasstrom des Vorwärmers

verdüst. Bei diesen Temperaturen reagiert Ammoniak (NH<sub>3</sub>) mit den Stickoxiden (NO<sub>x</sub>) zu Wasserdampf (H<sub>2</sub>O) und reinem Stickstoff (N<sub>2</sub>), d. h. schädliches Stickoxid wird in umweltneutrale Stoffe überführt. Im Werk Burglengenfeld beliefen sich die Gesamtkosten auf knapp 3 Mio. DM. Um die Mitarbeiter nicht zu gefährden, wurde der eingesetzte Ammoniak nicht gasförmig, sondern in Wasser gelöst und in einem unterirdischen Tank gelagert.<sup>226</sup>



# Offene Grenzen und neue Konkurrenz

74



**WERKSANSICHT** von Nordosten, 2010

Die politischen Veränderungen in Osteuropa, die durch die Öffnung der ungarischen Grenze 1989 beschleunigt wurden, führten letztendlich zum Fall der Mauer. Mit der Beendigung des Ost-West-Konflikts und der Auflösung des Warschauer Pakts 1991 veränderten sich auch in rasantem Tempo die weltwirtschaftlichen Bedingungen. Die politische Wiedervereinigung mit Ostdeutschland nährte die Hoffnung auf ein allmähliches Ende der Dauerkrise. Der auf eine Billion Mark geschätzte Modernisierungsaufwand für Ostdeutschland ließ einen neuen, großen Konjunkturschub erwarten. Versuche der Heidelberger Zement AG, in Ostdeutschland Zementwerke zu erwerben, scheiterten.



**SCHWERLASTKRAFTWAGEN** und **RADLADER**

Stattdessen stieg das Unternehmen in die dortige Kalksandstein- und Transportbetonproduktion ein. Um in den osteuropäischen Staaten Fuß fassen zu können, übernahm Heidelberg-Cement auch den belgischen Konzern CBR, der bereits über gute Marktpositionen in diesen Ländern verfügte. Die Übernahme von Marktpositionen in Osteuropa war allerdings auch eine Reaktion auf die zunehmenden Importe aus diesen Ländern zu Preisen, mit denen deutsche Hersteller nicht konkurrieren konnten. Betroffen waren insbesondere Werke in Baden-Württemberg und Bayern. Das Werk Burglengefeld konnte dennoch seinen Absatz durch Lieferung nach Ostdeutschland weiter über der Millionengrenze halten:



**WALZENSCHÜSSELMÜHLE** zur Mahlung des Kalksteins



**ZENTRALER LEITSTAND**

*„In einer doch so schwierigen Zeit, die manche Leute als Rezession und andere wiederum nur als hoch stilisierte Abschwächung des Wachstums bezeichnen, konnte das Werk Burglengenfeld am 9. Dezember 1993 die millionste Tonne Zement durch die Tore des Werks fahren.“<sup>227</sup>*

Auch in den folgenden Jahren hielt der Importdruck durch Betriebe aus Osteuropa an, bis sich ab 1996 auch in diesen Ländern die Inlandsnachfrage steigerte. In den Jahren bis 2000 folgte die Bauwirtschaft einem Abwärtstrend, der zunächst nur noch vom privaten Wohnungsbau gebremst wurde. Trotz einer boomenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung blieb die Bautätigkeit von Industrie und Gewerbe rückläufig. Die Entwicklung wurde darauf zurückge-

führt, dass Produktionssteigerungen nicht mehr unbedingt mit Baumaßnahmen verbunden sowie neue Technologien und Produktionsmethoden, wie der Einsatz moderner Informationstechnologien und Logistik, zu Einsparungen beim Raumbedarf geführt hätten. Nach der Änderung der steuerlichen Förderung im privaten Wohnungsbau setzte sich der Abwärtstrend bis 2005 weiter fort. Durch die angespannte Finanzsituation der öffentlichen Auftraggeber waren von dort keine Impulse zu erwarten. Allein im Bauhauptgewerbe ging die Zahl der Beschäftigten seit 1995 von 1,4 Mio. auf 0,8 Mio. Mitarbeiter zurück. Der Umsatz der Bauwirtschaft lag 2004 um etwa 30 % unter dem Wert von 1995.<sup>228</sup>



76

# Investitionen in die Zukunft

Das Werk Burglengenfeld konnte aufgrund seines bayerischen Absatzgebietes bis zur Jahrtausendwende seinen Absatz gegen den Trend über der Millionengrenze halten.

Großinvestitionen in Effizienz- und Umweltschutzmaßnahmen, z. B. 1998 in den Bau von zwei neuen Elektrofiltern für Klinkerabluft und 1999 in einen semimobilen Brecher mit einer Leistung von 1.600 t Gestein pro Stunde und Kosten von 10,5 Mio. €, steigerten die Leistungsfähigkeit bedeutend. Seit 2001 darf das Werk auch Gewerbeabfälle, die verbrannt werden müssen, als Brennstoff einsetzen und entlastet durch effiziente Verbrennung bei hohen Temperaturen die Umwelt. Seit 2000 erfolgt über alle Produktionsschritte eine detaillierte Umweltberichterstattung.<sup>229</sup>

Mehrere Großaufträge für den Streckenneubau Nürnberg-Ingolstadt durch die Deutsche Bahn in den Jahren 2000 bis 2001 erforderten jährlich 40.000 bis 50.000 t Zement und machten immerhin jeweils knapp fünf Prozent der Jahresproduktion aus. In den Jahren 2001 und 2002 folgten Lieferungen für den Neubau des Münchener Flughafens mit Versandleistungen

von täglich 1.500 t Zement. Trotz schwieriger Marktverhältnisse gelang dem Zementwerk Burglengenfeld im Jahr 2003 ein Rekordabsatz von 1,37 Mio. t. Auch das Jahr 2011 mit 1,275 Mio. t war rekordverdächtig.<sup>230</sup>

Im Bereich Ausbildung hatte das Werk ebenso stets eine Spitzenposition. Seit den 1980er Jahren bildete es Schlosser, Elektriker, Anlagenelektroniker, Industriemechaniker und Kaufleute aus. 2002 machten die 28 Auszubildenden mehr als ein Achtel der Belegschaft aus.<sup>231</sup>

Im März 2003 erhielt das Werk Burglengenfeld den Umweltschutzpreis des Landkreises Schwandorf für das Projekt „Die Pflanzen- und Tierwelt im Steinbruch Burglengenfeld“. Dies kann als Anerkennung der jahrelangen Renaturierungs- und Rekultivierungsmaßnahmen im Steinbruch verstanden werden. In den mehr als 36 verschiedenen Biotoptypen im Steinbruch leben viele bedrohte Arten, die in der Umgebung nicht mehr vorkommen. So wurden sechzehn Vogel-, zehn Libellen- sowie je drei Amphibien- und Reptilienarten verzeichnet, die sich in Deutschland und Bayern auf den „Roten Listen“ gefährdeter Arten befinden.<sup>232</sup>



# HeidelbergCement wird zum Global Player

78

Parallel zu den Entwicklungen des Burglengfelder Werks setzte die Heidelberger Zement AG ihren internationalen Expansionskurs in China, der Türkei und in Osteuropa fort. Im Jahr 1999 erfolgte der bis dahin größte Expansionsritt mit der Übernahme des skandinavischen Konzerns Scancem, durch den insbesondere die Unternehmensregionen Nordeuropa und Afrika hinzukamen. Gleichzeitig wurden die Trockenmörtelaktivitäten in Europa durch eine Mehrheitsbeteiligung an der Maxit Holding GmbH ausgebaut. Als Folge der geographischen Diversifizierung und Internationalisierung firmierte die Heidelberger Zement Aktiengesellschaft 2002 in „HeidelbergCement AG“ um.

Auf dem deutschen Markt führte die lange Talfahrt der Baukonjunktur zur Kapazitätsanpassung bei allen Zementherstellern. Im Heidelberger Konzern verfolgte man zwei Strategien. Einerseits wurde das Werk Kiefersfelden stillgelegt und das Werk in Mainz-Weisenau in ein Mahlwerk umgewandelt, andererseits wurde die Marktführerschaft angestrebt. Mit der Übernahme von Werken in Wetzlar, Königs Wusterhausen und den Anneliese Zementwerken wollte man das bis dahin auf Süddeutschland konzentrierte

Unternehmen geographisch diversifizieren und insbesondere die stark gesunkenen Zementpreise stabilisieren.

Nachdem sich die an der HeidelbergCement AG beteiligten Banken im Jahr 2005, dem weltweiten Trend folgend, von ihren Industrieanteilen getrennt hatten, machte die zur Merckle-Gruppe gehörende Spohn Cement GmbH den HeidelbergCement Aktionären ein Übernahmeangebot und hielt schließlich 77,95 % der Anteile. Heute liegt ihr Anteil bei etwa 25 %. Ab 2005 investierte HeidelbergCement verstärkt in den chinesischen Provinzen Guangdong und Shaanxi. Die zunehmende Marktreife in Osteuropa führt auch hier zu verstärkten Investitionen im Bereich Zuschlagstoff- und Betonfertigteilterstellung. Die vorläufig letzte und größte Übernahme im Jahr 2007 war die des britischen Baustoffunternehmens Hanson PLC, einem der weltweit größten Hersteller von Zuschlagstoffen. Damit ist HeidelbergCement heute Weltmarktführer im Zuschlagstoffbereich und beschäftigt rund 52.500 Mitarbeiter an 2.500 Standorten in mehr als 40 Ländern bei einem Umsatz von 12,9 Mrd. €.





## Nicht gekennzeichnete Bilder stammen aus dem HeidelbergCement-Unternehmensarchiv.

- 1 Vgl. Dietrich, Paul: Beiträge zur Geschichte der Stadt Burglengenfeld. Mit besonderer Berücksichtigung der dieselbe in ihren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen seit 35 Jahren beherrschenden Eisenbahnfrage, München 1894, S. 2.
- 2 Dietrich, 1984, S. 1 und 42.
- 3 Vgl. Dietrich, 1984, S. 3 f. Entsprechend argumentierte auch Huber, Gottfried: Burglengenfeld, in: Heimat und Wandern 2 (1926). Beilage zum Regensburger und Bayerischen Anzeiger (StA BUL 322/143).
- 4 Vgl. Dietrich, 1984, S. 43.
- 5 Dietrich, 1984, S. 45 und 56.
- 6 Dietrich, 1984, S. 44.
- 7 Dietrich, 1894, S. 54f.
- 8 Dietrich, 1984, S. 44.
- 9 Dietrich, 1984, S. 59.
- 10 Vgl. Dietrich, 1984, S. 60.
- 11 Zit. nach Weigl, Julia: Aufbruch im Land „der Wölfe und Wilden“: Die Maxhütte, in: Weigl, Julia: Industrie-Kultur-Geschichte im Landkreis Schwandorf, Regensburg 1994, S. 40.
- 12 Brief von BM Hubmaier an Landtagsabgeordneten Heinrich Held, München, 4.12.1907. „Ausbeutung der Waldungen am Brunenberg durch das Zementwerk“, Bd. I, 1907-1913, StA BUL 2/40; Heinrich Held (\*6.6.1868 Erbach, Taunus - †4.8.1938 Regensburg). Seit 1906 Verleger des katholischen Regensburger Anzeigers. Ab 1907 Abgeordneter der Zentrums-partei im Bayerischen Landtag. Ab 1914 Fraktionsvorsitzender der von ihm mitbegründeten Bayerischen Volkspartei und Bayerischer Ministerpräsident von 1924 bis zu seiner Absetzung 1933.
- 13 Vgl. Ratsprotokoll vom 6.12.1907, StA BUL 2/40.
- 14 Vgl. Brief von BM Hubmaier an Landtagsabgeordneten Heinrich Held, München, 4.12.1907, StA BUL 2/40.
- 15 Brief von BM Hubmaier an Dir. Högen, 30.6.1909, StA BUL 2/40.
- 16 Gegründet am 28.9.1908 unter der Firma Bayerische Überlandcentrale AG in Ibenhann. Gegenstand des Unternehmens war der Erwerb von Grundstücken und Bergwerksrealitäten zum Zwecke der Errichtung und des Betriebs eines Elektrizitätswerks sowie die Verwertung selbstgeförderter Kohle, insbesondere zur gewerblichen Erzeugung elektrischer Energie sowie die Verwertung dieser Energie, sei es durch Veräußerung, sei es durch eigene Verwertung, endlich die Beteiligung an ähnlichen Unternehmungen. Am 30.6.1923 Änderung der Firma in Oberpfalzwerke AG für Elektrizitätsversorgung. Das Versorgungsgebiet, der ehemalige Kreis Oberpfalz, mit einer Fläche von 9249 qkm und 629.000 Einwohnern. Angeschlossen waren unmittelbar 2000 Orte, unter anderen: Regensburg, Amberg, Auerbach, Cham u. v. a. 1944 wurde sie mit der Ostbayerischen Stromversorgungs-AG, Landshut zur Energieversorgung Ostbayern AG (OBAG), Regensburg verschmolzen. 2001 ging sie an E.ON Bayern. Vgl. HStA Mü Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe (MHIG) Band 3, 1919 – 1945: Überlandcentrale 3563-3567.
- 17 Gesellschaftsvertrag, S. 4, BWA Mü F93/293.
- 18 BÜC 24.4.1909, BWA Mü F93/293.
- 19 Brief von Dir. Högen an Bermüller, Stadt Burglengenfeld, 30.6.1909, StA BUL 2/40.
- 20 Der aus Aachen stammende Josef Geller heiratete die vermögende Louise Katharina von Kühlwetter. Als Generaldirektor der Bayerischen Braunkohlen-Industrie (BBI) sorgte er für den Bau einer Eisenbahn von Wackersdorf nach Schwandorf und errichtete auch eine Dampfziegelei Geller und Urban an der Bahnlinie. In Undorf kaufte er die Karolinenzeche wo 50 Männer aus der Umgebung Arbeit fanden. Manstorfer, Sigrid: „Josef Geller - ein ungewöhnlicher Mann. Sein Vater baute die Eisenbahnlinie von Wackersdorf nach Schwandorf. Erinnerungen an den Begründer der bayerischen Braunkohlenindustrie“, in: Rundschau Schwandorf, 2.4.1998, HC-Archiv ZWBL 159.
- 21 Brief von Dir. Högen an Bermüller, Stadt Burglengenfeld, 30.6.1909, StA BUL 2/40.
- 22 Vgl. Brief von BM Hubmaier an Dir. Högen, 30.6.1909, StA BUL 2/40.
- 23 Brief von BM Hubmaier an Dir. Högen, 1.8.1909, StA BUL 2/40.
- 24 Brief Dir. Högen an Bermüller, 6.8.1909, StA BUL 2/40.
- 25 Ratsprotokoll vom 26.8.1909, StA BUL 2/40.
- 26 Brief Högen an Magistrat, Stadt Burglengenfeld, 28.8.1909, StA BUL 2/40.
- 27 Vgl. ebd.
- 28 Ratsprotokoll vom 23.8.1909, StA BUL 2/40.
- 29 Vgl. Auskünfte von Detektei W. Schimmelpfennig, München (Notiz vom 29.5.1909 und 1.9.1909), 6.9.1909, StA BUL 2/40.
- 30 Vgl. Auskünfte von Dietrich, München 19.9.1909, StA BUL 2/40.
- 31 Einladung zur Ratssitzung vom 4.9.1909, StA BUL 2/40.
- 32 Ratsprotokoll vom 6.9.1909, StA BUL 2/40.
- 33 Brief von Högen an Magistrat, Stadt Burglengenfeld, 10.9.1909 und 15.9.1909. Alle Wünsche

- von Högen wurden in der Sitzung vom 18.9.1909 erfüllt. StA BUL 2/40.
- 34 Vgl. Brief von Högen, Obermenzing an Magistrat, Stadt Burglengenfeld, 8.10.1909, StA BUL 2/40.
- 35 Brief von Diedrich an Magistrat, Stadt Burglengenfeld, 26.9.1909 und Brief von Magistrat, Stadt Burglengenfeld an Dietrich, 29.9.1909, StA BUL 2/40.
- 36 Ein Termin mit dem Geheimen Kommerzienrat Brauser, Dir. der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank, scheiterte daran, dass Brauser keine Zeit hatte. Notiz an Dietrich, 16.2.1910. Die ernsthafte Absicht Dietrichs als Teilhaber einzusteigen und ein entsprechendes Gespräch geht aus einem Schreiben vom 20.2. an den Magistrat hervor. StA BUL 2/40.
- 37 Brief von Högen an Dietrich, 18.2.1900: „Aus unserer heutigen Unterredung habe ich die Überzeugung erlangt, dass sie schließlich doch noch geneigt sind sich in engen Grenzen an dem Burglengenfelder Projekt zu beteiligen. Ich selbst habe bis an die Grenze meiner schwachen finanziellen Leistungsfähigkeit für die Sache gearbeitet u. muss sie nun darum in die zweite Linie stellen, weil ich mich jetzt wieder nach eigenem Verdienst umsehen muss. Es wäre nun für die Erschließung des Steinbruchs zunächst von größter Bedeutung, dass ein Anfang gemacht wird. Es muss ein passendes Stück des Werks freigelegt und einzelne Blöcke ab gesprengt werden, die hier u. in Würzburg, München etc. von ersten Steinmetzen gehauen u. zur Besichtigung hergerichtet d.h. roh, gestockt, poliert werden. Ist das geschehen, dann kann man von einem „bestehenden“ Steinbruch reden u. Interessenten sehen dann etwas Greifbares. Das hat bisher gefehlt! ... Ich wäre nun bereit, mich persönlich zur Vornahme dieser Arbeiten nach Bglf zu begeben - nachdem ich einmal soweit schon gegangen bin - und dort das erforderliche Material zu graben; der heute Ihnen genannte Herr Gerster würde sodann nach dem Beginn der Arbeiten nach B. citiert, was wohl bestimmten Erfolg hätte. Wären sie nun bereit, mir ... gegen Schuldschein - als Kostenbeitrag M 1000 zur Verfügung zu stellen? ... An Ort u. Stelle kann ich dann in ihrem Sinne durch Vorträge u. Belehrungen dahin wirken, dass sich auch die Einwohner B's etwas aufrütteln z.B. durch Ausbeutung der Tonlagen (Keramik), durch Verkauf von Flusssand, durch Schaffung eines Luftkurortes etc. Leben u. Entwicklung in das Städtchen bringen. Das würde auch Ihnen noch vergönnt sein zu sehen, denn - offen gestanden - an einen bösen Ausgang des Darmleidens glaube ich nicht; wer so gesund u. kräftig in die Welt sieht, wie Sie verehrter Herr Inspektor, der hält doch einen starken Puff [Schlag] aus!.“ Vgl. Brief von Dietrich an Magistrat, Stadt Burglengenfeld, 20.2. und 2.3.1910, StA BUL 2/40.
- 38 Vgl. Gewerbeverein Burglengenfeld an Magistrat, 12.12.1910, StA BUL 2/40.
- 39 Vgl. ebd.
- 40 Windhager München an Magistrat, 23.12.1910, StA BUL 2/40.
- 41 Ratsprotokoll zum Gesuch von Windhager, 9.12.1910, StA BUL 2/40.
- 42 Vgl. Ratsprotokoll vom 12.12.1910, StA BUL 2/40.
- 43 Brief von Windhager an Magistrat, Stadt Burglengenfeld, 12.12.1910, StA BUL 2/40.
- 44 Gewerbeverein Burglengenfeld an Magistrat 18.4.1911. Gewerbeverein stellt den Antrag auf die Rückerstattung von der Stadt und reicht am 18. April eine Abschrift der Analyse ein. StA BUL 2/40.
- 45 Prof. Dr. Stockmeier, Landesgewerbeanstalt Nürnberg an Gewerbeverein, 20.1.1911. Die Untersuchungskosten beliefen sich auf ca. 50 Mark. StA BUL 2/40.
- 46 Vgl. Ratsprotokoll vom 18.12.1910, StA BUL 2/40.
- 47 Magistratsbeschlusses vom 16.1.1911 und 24.1.1911, StA BUL 2/40.
- 48 Windhager, München an Magistrat, 23.12.1910, StA BUL 2/40.
- 49 Windhager, München an Magistrat, 12.1.1911, StA BUL 2/40.
- 50 Brief von Windhager an Stadt Burglengenfeld, 15.3.1911: Angeblich soll Windhager das Tagwerk Berggrund für 250 Mark versprochen worden sein. Von Kühlwetter soll 500 Mark pro Tagwerk angeboten haben. StA BUL 2/40.
- 51 Vertrag der Stadt Burglengenfeld mit G. v. Kühlwetter, 26.8.1911 (von Kühlwetter hat am 30.8.1911 unterschrieben), StA BUL 2/40.
- 52 Die erste außerordentliche Generalversammlung am 18. September 1909 im Hotel „Württembergischer Hof“ in Nürnberg, genehmigte den Aufsichtsratsbeschluss vom 28.6.1909 zum Bau einer Zementfabrik und dessen Erweiterung sowie den Vorstandsbeschluss vom 21.8.1909 zum Vertrag mit Polysius. HC-Archiv HV 315.
- 53 J. Auspitzer wurde am 20.11.1853 in Wien geboren. Seit dem 1.7.1898 war er in München gemeldet, wo er als Dir. der Bayerischen Bank arbeitete. Im Jahr 1900 wurde er nach einer Intrige gegen seinen Kontrahenten Hermann

- Aust zum serbischen Generalkonsul in München ernannt. Diese Funktion übte er bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges aus. 1903 schied Auspitzer als Direktor der Bayerischen Bank aus, nachdem die Gesellschaft durch gewagte Geschäfte in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Auspitzer selbst wurde an dieser Entwicklung zwar keine persönliche Schuld gegeben, dennoch musste er das Unternehmen verlassen. Da man ihm vorwarf als Aufsichtsrat zwischen 1899 und 1905 Bilanzfälschungen der Firma Buxmann gedeckt zu haben, wurde seit 1911 gegen Auspitzer ermittelt und 1914 schließlich sogar Anklage erhoben. SA Amberg PMB A 63 und BHSA MA 92154. Der spätere BMW General Direktor Franz Josef Popp schrieb 1929, das J. Auspitzer 130.000 DM einbrachte. Vgl. auch Pierer, Christian: Die Bayerischen Motoren Werke bis 1933. Eine Unternehmensgründung in Krieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise, Perspektiven, Bd. 4, München 2011, S. 12.
- 54 Schloss Langenbruck, Oberpfalz, Bayern, gebaut ca. 1635, altes fürstbischöfliches Jagdschloss und Kammergut. Ca. 1880 von Bankier Friedrich Feustel erworben und an seinen Sohn Christian Feustel verschenkt. Ostern 1913 übersiedelte die ganze Familie nach Zürich.
- 55 Evt. identisch bzw. familiäre Beziehungen zu Elektriker Kolb in Nürnberg.
- 56 Vgl. Alfred Weinschenk, Bass und Herz Frankfurt (300), Friedrich Kirchhoff, Iserlohn (100), Dir. Waldemar Schrader, Stuttgart (100), Kommerzienrat Friedrich Schott, Heidelberg (200), Dir. Dietrich Glockenberg, Zollhaus Wiesbaden (100), Kommerzienrat Paul Steinbrück, Karlstadt bei Würzburg (100) sowie die Süddeutsche Zementverkaufsstelle GmbH Heidelberg, Fritz Brans, Mannheim (99). O. Stett, Kgl. Notariat Nürnberg V, Urkunde für die Fränkische Portland-Cement- und Kalkwerke Aktiengesellschaft, Hersbruck (FPCK), 5.11.1909 sowie Notar H. Becker, Heidelberg, Bescheinigung über Aktien Interimsscheine zur Teilnahme an der Generalversammlung vom 5.11.1909 der FPCK AG und O. Stett, Kgl. Notariat Nürnberg V, Urkunde für die FPCK AG Hersbruck, 18.12.1909, HC-Archiv HV 315.
- 57 Aufsichtsräte: Weinschenk, Kirchhoff, Pflaum, Roth, Schott, Schrader. H. Schaufler, Kgl. Notariat Stuttgart, Urkunde für die FPCK AG Hersbruck, 21.4.1910. HC-Archiv HV 315.
- 58 GB PCW AG Burglengenfeld 1921 HC-Archiv ZWBL 44. Am 9.4.1887 vollzog Dir. Paul Steinbrück den ersten Spatenstich für das Zementwerk Karlstatt. Im Jahr 1888 wurde die bisherige Firma „Ludwig Roth, Karlstadt am Main“ unter der Bezeichnung „Portland-Cement-Fabrik Karlstadt am Main, vormals Ludwig Roth“ in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. 1937 übernahm die Firma Schwenk das Werk. Vortrag Georg Büttner, Kreisheimatpfleger über die Anfänge der Zementfabrik. Am 19.10.1921 starb Aufsichtsratsmitglied und Mitglied der Baukommission Dir. Dietrich Glockenberg aus Limburg a. d. Lahn.
- 59 Vgl. GB FPCK AG Hersbruck 1909, 28.9.-31.12.1909, Bericht des Vorstandes., 10.3.1910, HC-Archiv ZWBL 44.
- 60 Ebd.
- 61 Ebd.
- 62 Ebd. GB 1910, HC-Archiv ZWBL 44.
- 63 Sebald Zement erwarb z. T. Grundstücke der Gesellschaft und ist heute in Hartmannshof in unmittelbarer Nachbarschaft ansässig.
- 64 Fritz Brans, geb. 8.10.1861 Mülheim/Ruhr, Realgymnasium, Prokurist in Portland-Cementfabrik Mannheim, Geschäftsführer der Süddeutschen Zementverkaufsstelle, Aufsichtsratsmitglied u. a. in: Portland-Cementwerk Diedesheim-Neckarelz AG, Portland-Zementwerk Burglengenfeld AG, Bayerisches Portland-Zementwerk Kiefersfelden AG und Portland-Zementwerk Marienstein AG, Deutscher Zementbund sowie Badischen AG für Rheinschiffahrt und Seetransport, Mannheim, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Westdeutschen Zementverbandes, stellvertretender Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer Heidelberg, Mitglied des Landeseisenbahnrats Frankfurt a. M. und stellvertretendes Mitglied des Rhein-Main-Donau-Wasserstraßenbeirats der Reichwasserstraßenverwaltung. Des Weiteren Handelsrichter und Ehrensenator der technischen Hochschule Karlsruhe. Vgl. Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, Berlin 1930/31.
- 65 Aufsichtsräte waren Kirchhoff, Pflaum, Roth, Schott, Schrader, H. Schaufler, Kgl. Notariat Stuttgart, Urkunde für die FPCK AG Hersbruck, 21.4.1910, HC-Archiv HV 315.
- 66 GB FPCK AG Hersbruck 1910 sowie H. Schaufler, Kgl. Notariat Stuttgart, Urkunde für die FPCK Hersbruck, 22.4.1911, HC-Archiv HV 315.
- 67 StA BUL 860/1 bis 860/4.
- 68 Oberrentmeister Hugo Kösters, Verwaltungsdirektor des Reichsgrafen Ferdinand von Merveldt aus Westfalen und Bergwerksdirektor Josef Geller gründeten am 17. Mai 1905 die Bayerische Braunkohlen- und Brikett-Industriegewerkschaft

- Klardorf mit Sitz in Regensburg. Am 5. Februar 1906 wird die Gewerkschaft umgewandelt in die Bayerische Braunkohlenindustrie AG mit Sitz in Münster/W. mit einem Grundkapital von 2 Mio. Mark. Kaufmann Felix Rheinert wird neben Josef Geller von Kühlwetter Vorstandsmitglied. Die Firma hatte 1908 135 Arbeiter und 13 Angestellte.
- 69 StA BUL 860/ 1 bis 860/ 4.
- 70 Ebd. sowie Kutzer, Eva Maria: Rohstoffförderung und Energiegewinnung. Aspekte zum Braunkohlebergbau und zur Stromerzeugung im heutigen Landkreis Schwandorf, in: „Industrie und Kultur - Glückauf der Oberpfalz“, hrsg. Oberpfälzer Kulturbund, Festschrift zum 34. Bayerischen Nordgautag in Maxhütte-Haidhof ; [30. Mai - 2. Juni 2002], S. 179-188.
- 71 GB BÜC 1908-1914, 1.10.1908-31.12.1914, BWA Mü F 93/24-30.
- 72 GB BÜC 1909, 1.10.1908-30.9.1909, BWA Mü, F93/24.
- 73 GB BÜC 1913, 1.10.1913-31.12.1913, BWA Mü, F93/24.
- 74 GB BÜC 1914, 1.10.1914-31.12.1914, BWA Mü, F93/24. Im Aufsichtsrat saßen Kommerzienrat G. Stinnes, Mülheim/Ruhr, Vorsitzender, Kommerzienrat Carl Freiherr von Michel-Raulino, München, Geh. Baurat Sigmund Bergmann, Berlin, Kom. Josef Böhm, München, Geh. Kom. Ernst Fromm, München, Dir. Jack Hissink, Berlin, Kom. Dr. Gerhard Küchen, Mülheim/Ruhr, Kom. Dr. Richard Freiherr von Michel-Raulino, Bamberg, Geh. Kom. Josef Pschorr, München, Kom. Leo Stinnes, Mannheim.
- 75 Das im Werdenfelser Stil errichtete Landhaus hatte G. v. Kühlwetter 1906 auf einer Musterausstellung in Nürnberg gesehen und zum Preis von 124.000 Goldmark erstanden. Nach einjähriger Bauzeit wurde es nahe Eichhofen am Südosthang des Irlbrunner Forstes wieder errichtet. Heute ist es ein Diözesan-Exerzitenheim. Dort wohnte G. v. Kühlwetter mit drei Kindern und Hausangestellten. Es gab ein Kutscherhaus für das Kutscherhepaar, für die Kinder wurde ein Spielhaus errichtet. Der Familie diente das Haus Werdensfels mehr als 20 Jahre lang als Herrschaft und Sommersitz, weitere Familienwohnsitze befanden sich an der Landshuter Straße in Regensburg und in Schwandorf. Aus dem Verkauf der Besitzungen 1929 konnte immerhin noch die Villa Bavaria im Kirchheimer Fischerdorf Füll nahe Donau erstanden werden. 1932 starb der Vater mit 67 Jahren. Die Witwe musste auch die Villa Bavaria verkaufen und zog mit ihrem Sohn in ein kleines Häuschen ohne fließendes Wasser und sanitäre Anlagen am Gronsdorfer Weg in Ihrlestein, allerdings mit beträchtlichem Grundbesitz. Böken, Claudia: „Reicher Erbe von Werdensfels wurde Sepp im Glück“, in: MBZ, 24.10.1993 sowie „Aufstieg und Fall einer industriellen Familie“, in: MBZ, 24.10.1993, HC-Archiv ZWBL 159.
- 76 „Reicher Erbe von Werdenfels wurde Sepp im Glück“, in: MBZ, 24.10.1993, HC-Archiv ZWBL 159.
- 77 Vgl. Sitzungsprotokoll der Gemeindebevollmächtigten vom 13.1.1913; Beschluss des Magistrats vom 24.1.1913, StA BUL 2/40.
- 78 Vgl. Brief BÜC an Stadtverwaltung, 12.2.1912, StA BUL 2/40.
- 79 Die FPCK AG Hersbruck erwarben fast gleichzeitig und zwar mit Kaufvertrag vom 2.4.1912 das erste Grundstück im Gelände nördlich der Stadt Burglengenfeld, auf welchem das Zementwerk errichtet werden sollte. Am 31.5.1912 wurde schließlich der Kaufvertrag rechtskräftig. Der größte Teil der Grundstücke, auf denen sich das Werk heute ausdehnt, wurde von der BÜC am 2. Juli 1912 erworben. „Ein halbes Jahrhundert Zementwerksgeschichte in Burglengenfeld“, in: Werksreportage, H. 1., 1963, S. 2-5, HC-Archiv DS 106; GB BÜC, 1.10.1912-31.12.1912, BWA, Mü F93/24.
- 80 Vgl. H. Schaufler, Kgl. Notariat Stuttgart, Urkunde für die FPCK AG Hersbruck, 18.4.1912 sowie GB PCW AG Burglengenfeld 1913, HC-Archiv ZWBL 44.
- 81 GB PCW AG Burglengenfeld 1912, HC-Archiv ZWBL 44.
- 82 Bei der Hauptversammlung am 5.6.1915 erschienen drei Aktionäre mit 696 Stimmen: Stuttgart 152, Heidelberg 476, L. Roth, 68. Bei der Hauptversammlung am 29.4.1916 im Hotel Victoria in Heidelberg erschienen: Heidelberg 476, Stuttgart 152, L. Roth, vertreten durch Bankier Weinschenk in Frankfurt, Lengfurt 50, Wetzlar 33, zusammen 779. Bei der Hauptversammlung am 7.5.1918 erschienen: Heidelberg 569, Stuttgart 152, Wetzlar 33, Lenkfurt 50, M. Kahle für L. Roth 68.
- 83 Vertrag zwischen PCW AG Burglengenfeld und dem Architekten Carl Adam aus Leimen, 1.3.1913.
- 84 Brief F. Brans an Kgl. Bez. Burglengenfeld, 24.9.1912 sowie Brief von Adam an Kgl. Bez. Burglengenfeld, 29.10.1912 und SA Amberg Bezirksamt Burglengenfeld B 22984.
- 85 Kgl. Bez Regensburg an Straßen- und Flussbau-

- amt Amberg, 24.3.1913. Festsetzung der Bauleitlinien für Vorstadt, 20.4.1900, SA Amberg Bezirksamt Burglengenfeld B 21152. Der Auftrag zur Erstellung des Baulinienplanes ging an Architekt Hansen, Regensburg.
- 86 Vgl. Brief F. Brans, Portland-Cementwerk an Magistrat Burglengenfeld, 14. Oktober 1912, StA BUL 2/40.
- 87 Ebd.
- 88 Vgl. Anlage zum Baugesuch vom 24.9.1912, 9.10.1912, HC-Archiv ZWBL 370.
- 89 Ebd.
- 90 Ebd.
- 91 Vgl. Bayer. Vereins für Volkskunst und Volkskunde e.V. an Bezirksamt Burglengenfeld, 22.11.1912, SA Amberg, Bezirksamt Burglengenfeld 824/357.
- 92 Vgl. Brief F. Brans an Bez. Burglengenfeld, 17.12.1912, StA BUL 2/40.
- 93 Vgl. Brief des Kgl. Staatsministerium des Innern an Bezirksamt Burglengenfeld, 23.2.1913, StA Amberg, Bezirksamt Burglengenfeld 22984.
- 94 Brief des Bayer. Vereins für Volkskunst und Volkskunde e.V. an Bezirksamt Burglengenfeld, 5.3.1913, StA Amberg, Bezirksamt Burglengenfeld 22984.
- 95 Vgl. Brief des Bayer. Vereins für Volkskunst und Volkskunde e.V. an Bezirksamt Burglengenfeld, 20.3.1913, StA Amberg, Bezirksamt Burglengenfeld 22984.
- 96 Brief von Adam an Magistrat, Stadt Burglengenfeld, 6.5.1913, StA BUL 2/40.
- 97 Ein halbes Jahrhundert Zementwerksgeschichte in Burglengenfeld, in: Werksreportage, H. 1., 1963, S. 2-5, HC-Archiv DS 106 sowie GB PCW AG Burglengenfeld 1913, HC-Archiv ZWBL 44.
- 98 GB PCW AG Burglengenfeld 1914, HC-Archiv ZWBL 44.
- 99 Ebd.
- 100 Ein halbes Jahrhundert Zementwerksgeschichte in Burglengenfeld, in: Werksreportage, H. 1., 1963, S. 2-5, HC-Archiv DS 106 sowie GB PCW AG Burglengenfeld 1914, HC-Archiv ZWBL 44.
- 101 GB PCW AG Burglengenfeld 1915, HC-Archiv ZWBL 44.
- 102 Ebd.
- 103 GB PCW AG Burglengenfeld 1916, HC-Archiv ZWBL 44.
- 104 GB PCW AG Burglengenfeld 1917, HC-Archiv ZWBL 44.
- 105 GB PCW AG Burglengenfeld 1918, HC-Archiv ZWBL 44.
- 106 Zit. nach Weigl, 1994, S. 83.
- 107 Bei der Kündigung einer Werkswohnung des Zementwerks, die nach dem Ende des Krieges an den städtischen Kassenverwalter vermietet worden war, weil das Werk zu dieser Zeit nicht produzierte, fiel etwa am 6.2.1922 der bezeichnende Satz: „Dass Sie bei unseren Mietpreisen keine Lust haben, die Wohnung zu verlassen, ist sehr einleuchtend.“ Vgl. StA BUL 661/5.
- 108 StA BUL 66/3.
- 109 Ebd.
- 110 GB PCW Burglengenfeld 1919, HC-Archiv ZWBL 44.
- 111 „Verzeichnis derjenigen Zementwerksarbeiter, welche im Okt. 1921 vom hies. Zementwerk Kartoffeln erhalten haben“, 22.11.1921, vgl. StA BUL 412/2-7.
- 112 „Seit Jahren schon ist bei gelegentlichen Zusammenkünften unseres Vorstandes mit den Vorstandsmitgliedern der Portland-Cementwerke Heidelberg und Mannheim in Heidelberg der Gedanke einer engeren Verbindung zwischen unseren beiden Gesellschaften, als das Cementsyndikat sie bereits bietet, erörtert worden. Nur die Scheu, die Selbstständigkeit unserer Gesellschaft aufzugeben und den Sitz eines alten blühenden Unternehmens Württembergs nach Baden abwandern zu lassen, hielt den Vorstand unserer Gesellschaft seither zurück, den Anregungen weitere Folge zu geben.“ Vgl. Stuttgarter Immobilien und Baugeschäft, Bericht für die außerordentliche Generalversammlung am 24.9.1918, HC-Archiv HV 293.
- 113 GB PCW AG Burglengenfeld 1919, HC-Archiv ZWBL 44.
- 114 GB PCW AG Burglengenfeld 1920, HC-Archiv ZWBL 44.
- 115 GB PCW AG Burglengenfeld 1921, HC-Archiv ZWBL 44.
- 116 GB PCW AG Burglengenfeld 1922, HC-Archiv ZWBL 44.
- 117 GB PCW AG Burglengenfeld 1923, HC-Archiv ZWBL 44.
- 118 Prüfbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie Goldmark Eröffnungsbilanz auf 1.1.1924. HC-Archiv ZWBL 44 sowie HV 1938.
- 119 GB PCW AG Burglengenfeld 1924, HC-Archiv ZWBL 44.
- 120 GB PCW AG Burglengenfeld 1925, HC-Archiv ZWBL 44.
- 121 GB PCW AG Burglengenfeld 1926, HC-Archiv ZWBL 44.
- 122 GB PCW AG Burglengenfeld 1927, HC-Archiv ZWBL 44.
- 123 GB PCW AG Burglengenfeld 1928, HC-Archiv ZWBL 44.

- 124 GB PCW AG Burglengenfeld 1929, HC-Archiv ZWBL 44.
- 125 Die Gesamtbezüge des Vorstands und Aufsichtsrats betragen 16.000 Reichsmark. Am 9. Juni 1931 stirbt das langjährige Aufsichtsratsmitglied Geheimer Kommerzienrat Dr. Philipp h.c. Max Kahle. GB PCW AG Burglengenfeld 1931, HC-Archiv ZWBL 44.
- 126 GB PCW AG Burglengenfeld 1932, HC-Archiv ZWBL 44.
- 127 Otto Heuer war Mitglied des Keppler-Kreises (Freundeskreis Himmler). Bütow, Tobias und Bindernagel, Franka: Ein KZ in der Nachbarschaft. Das Magdeburger Außenlager der Brabag und der „Freundeskreis Himmler“, Köln 2003.
- 128 GB PCW AG Burglengenfeld 1930, HC-Archiv ZWBL 44.
- 129 GB PCW AG Burglengenfeld 1931, HC-Archiv ZWBL 44.
- 130 GB PCW AG Burglengenfeld 1933, HC-Archiv ZWBL 44.
- 131 Vgl. GB PCW AG Burglengenfeld 1933, HC-Archiv ZWBL 44; Bankier Dr. Arnold Frese Köln am Rhein wird am 26. Juni 1933 neu in den Aufsichtsrat gewählt.
- 132 GB PCW AG Burglengenfeld 1934, HC-Archiv ZWBL 44.
- 133 Techn. Monatsber. für Juli 1936, 15.8.1936, HC-Archiv ZWBL193.
- 134 Techn. Monatsber. für Juli 1936, 15.8.1936 und 10.7.1936, HC-Archiv ZWBL193. Die alten Öfen wurden bis zum 8.8.1936 mitbetrieben.
- 135 Techn. Monatsber. für Sept. 1936, 16.10.1936, HC-Archiv ZWBL193.
- 136 „40 Jahre Bayerisches Portland Zementwerk Burglengenfeld“, in: Heidelberger Portländer H. 2, 1954, S. 10-15, HC-Archiv DS 39 und 400 Jahre Stadt Burglengenfeld, Festaussgabe des „Schwandorfer Tagblattes“ und der „Burglengfelder Zeitung“ zur 400-Jahr-Feier der Stadterhebung Burglengenfelds vom 3. bis 11. Juli 1954, Regensburg, S. 34-41.
- 137 Techn. Monatsber. für Nov. 1936, 21.12.1936, HC-Archiv ZWBL193.
- 138 Techn. Monatsber. für September 1936, 16.10.1936, HC-Archiv ZWBL193.
- 139 Techn. Monatsber. für Mai 1936, 16.5.1936 und 19.6.1936 HC-Archiv ZWBL193. „Am 29. Februar 1936 vormittags 9:00 Uhr fand ein Betriebsappell statt, bei denen der Redner der Gauverwaltung der DAF Pg. Döll, Bayreuth, sprach.“ Vgl. Techn. Monatsber. für Februar 1936, 10.3.1936, HC-Archiv ZWBL193.
- 140 Techn. Monatsber. für Februar 1936, 10.3.1936, HC-Archiv ZWBL193.
- 141 Vgl. Techn. Monatsber. für März 1936, 11.4.1936, HC-Archiv ZWBL193.
- 142 Vgl. Techn. Monatsber. Sept. 1940, 7.10.1940, HC-Archiv ZWBL 193.
- 143 „Ein halbes Jahrhundert Zementwerksgeschichte in Burglengenfeld“, in: Werksreportage, H. 1., 1963, S. 2-5, HC-Archiv DS 106.
- 144 Im September werden fünf belgische Kriegsgefangene nach Nürnberg abgegeben. Im Monatsbericht September 1942 werden die Zahlen bestätigt: „Wir haben nun nur noch zehn russische Kriegsgefangene, mit deren Arbeitsleistung wir sehr zufrieden sind.“ Vgl. Techn. Monatsber. Sept. 1942, 2.10.1942, HC-Archiv ZWBL 225.
- 145 Vgl. Techn. Monatsber. Apr. 1940, 7.5.1940, HC-Archiv ZWBL 193.
- 146 Von Belgiern und Serben berichtet auch Egon Stadelhauer, Jahrgang 1934, allerdings lässt es sich nicht feststellen, ob es sich um die abgezogenen Personen aus dem Zementwerk handelte: „In Burglengenfeld gab es nach meiner Erinnerung etwa 70 Kriegsgefangene. Die Belgier arbeiteten bei der Baufirma Weiss. Beim Gasthaus Weinfurthner wurden einige Zwangsarbeiter ebenerdig untergebracht. Das waren die Ackerbauern, die Serben. Die kamen dann aber in den Pfälzer Hof. Das ist das heutige Bistro. Genau da drin waren damals 15 Serben. Unter Bewachung. Da war immer Militär dabei. Das war 1944. Dann wurde die eine Baracke hinten am Bauhof gebaut. Da kamen dann die Serben rein.“ Vgl. Interview Projektgruppe Zwangsarbeit, Berlin 2010.
- 147 Vgl. Techn. Monatsber. Mai 1940, 6.6.1940 und Juni 1940, 5.7.1940, HC-Archiv ZWBL 193.
- 148 In den überlieferten UNRRA-Listen des Stadtarchivs sind zwei Kriegsgefangenenlager benannt. In einem Lager waren ab November 1940 bis zum Kriegsende insgesamt 34 Kriegsgefangene aus dem belgischen Arbeitskommando 949 Stalag XIII A untergebracht. Die Beschäftigungsart „Bauarbeiten“ lässt vermuten, dass es sich um die Gesamtzahl der bei der Firma Karl Weiss eingesetzten belgischen Zwangsarbeiter handelt. In dem zweiten Lager waren von Februar 1941 bis Kriegsende insgesamt 10 Jugoslawen aus dem Serbischen Arbeitskommando 37 Stalag XIII A untergebracht. Die Beschäftigungsart „landwirtschaftliche Arbeit“ bestätigt die Zeitzeugenaussage von Egon Stadelbauer, dass während des Krieges serbische Zwangsarbeiter bei Burglengenfelds Landwirten arbeiteten. Interview Projektgruppe Zwangsarbeit, Berlin 2010.

- 149 Vgl. Techn. Monatsber. für Juni 1941, 7.7.1941 HC-Archiv ZWBL193.
- 150 Vgl. Techn. Monatsber. für Juli 1941, HC-Archiv ZWBL193.
- 151 Vgl. GB Portland-Zementwerke Heidelberg AG (PZWH) 1943 und Techn. Monatsber. Feb. 1944, 3.3.1944 HC-Archiv ZWBL 225.
- 152 GB PCW AG Burglengenfeld 1944, HC-Archiv ZWBL 44 und Techn. Monatsber. Feb. 1945, 3.3.1945, HC-Archiv ZWBL 225.
- 153 Techn. Monatsber. für August 1941, 8.9.1941, HC-Archiv ZWBL193.
- 154 „Ein halbes Jahrhundert Zementwerksgeschichte in Burglengenfeld, in: Werksreportage“, H. 1., 1963, S. 2-5, HC-Archiv DS 106.
- 155 GB PCW AG Burglengenfeld 1944, HC-Archiv ZWBL 44.
- 156 GB PZWH 1945, HC-Archiv DS 2337.
- 157 Mitteilung von Bohmann und Scheer, Hauptverwaltung an Werksleitung Burglengenfeld, 2.11.1945, HC-Archiv ZWBL323.
- 158 Brief Betriebsrat an Militärregierung, Kapitän Miller Burglengenfeld, 8.1.1946; Betriebsversammlung, 19. November 1945, HC-Archiv ZWBL323.
- 159 Eidesstattliche Erklärung von Georg Menath, Georg Wolf, Sebastian Schramm am 10.10.1945, 7.11.1945, HC-Archiv ZWBL323.
- 160 Vgl. Betriebsversammlung, 19. November 1945, HC-Archiv ZWBL323.
- 161 Vgl. Aufruf zur Maifeier 1946, Franz Wolf, Allgemeiner freier Deutscher Gewerkschaftsbund Regensburg, 12.4.1946, HC-Archiv ZWBL323.
- 162 Entschließung, Franz Wolf, Allgemeiner freier Deutscher Gewerkschaftsbund Regensburg, 6.6.1946, HC-Archiv ZWBL323.
- 163 Betriebsratsbesprechung am 21. Februar 1946 sowie Anschlag beim Pfortner von Emil Grenzer, 31.5.1946 und Landrat-Wirtschaftsamt Burglengenfeld, 21.9.1948, HC-Archiv ZWBL323.
- 164 Vgl. Vereinbarung mit Sebastian Schmidt, 4.2.1946, HC-Archiv ZWBL323.
- 165 Aushang des Betriebsratsvorsitzenden, 7.10.1946, HC-Archiv ZWBL323.
- 166 Bekanntmachung Landesstelle für Baustoffe München an PZWH, 27.8.1946, HC-Archiv ZWBL323.
- 167 Einteilung von Nachtwächter, Aktennotiz von Emil Grenzer, 22.6.1946, HC-Archiv ZWBL323.
- 168 Vgl. Bekanntmachung des Ausschusses und Werksleitung, 4.6.1948, HC-Archiv ZWBL323.
- 169 Protokoll des Betriebsrats, 6.8.1946, HC-Archiv ZWBL323.
- 170 Vgl. Vorarbeiter Schlosserei an Betriebsrat, 6.8.1946, HC-Archiv ZWBL323.
- 171 Vgl. Bekanntmachung, 8.10.1948, HC-Archiv ZWBL323.
- 172 GB PCW AG Burglengenfeld 1946, HC-Archiv ZWBL 44.
- 173 GB PCW AG Burglengenfeld 1947, HC-Archiv ZWBL 44.
- 174 Vgl. Brief an den Betriebsrat, 10.5.1948, HC-Archiv ZWBL323.
- 175 Aushang des Betriebsratsvorsitzenden, 7.12.1948, HC-Archiv ZWBL323.
- 176 Vgl. z. B. Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.
- 177 GB PZWH, 21.6.1948- 31.12.1949, HC-Archiv DS 2342.
- 178 Aktennotiz von Joseph Kellermessel vom 29.10.1943: untersucht wurde der Fusionsgewinn Burglengenfeld 446.000 (-143.000 Handelsbilanz), Kiefersfelden 430.000 (85.000 HB), Lengfurt 657.000 (-136.000 ) HB und Spohn -2.224.000 (-2.583.000). In der Steuerbilanz wäre ein Verlust von 691.000 RM. K. schlägt dem Aufsichtsrat deswegen zwei Varianten vor, die Verluste aus einem Ausfallen der Dividende 1943 zu finanzieren oder auf lange Zeit auf Fusion überhaupt zu verzichten, mit dem Risiko durch gesetzgeberische Maßnahmen zur Auflösung gezwungen zu werden und dann die Verlustbewegungen sowieso erkennbar würden. HC-Archiv HV 1938.
- 179 Auflösung von Kapitalgesellschaften in Bayern führt zu Grunderwerbsteuer, Bayerisches Staatsministerium für Finanzen war aber bereit darauf zu verzichten, da im Zuge des geplanten Länderfinanzausgleichs Bayern dafür Körperschaftsteuer anteilig zufließt. Vgl. Brief der Schwäbischen Treuhand AG an Schmaltz, 28.3.1950 und Brief von Schmaltz an Aufsichtsratsmitglieder, 27.7.1950, HC-Archiv HV 1938.
- 180 PCW Burglengenfeld AG, Eröffnungsbilanz zum 21.6.1948, HC-Archiv ZWBL 44.
- 181 „Ein halbes Jahrhundert Zementwerksgeschichte in Burglengenfeld“, in: Werksreportage, H. 1., 1963, S. 2-5, HC-Archiv DS 106.
- 182 GB PZWH, 21.6.1948- 31.12.1949, HC-Archiv DS 2342.
- 183 Ebd.
- 184 Freese, Bernd: „Die Verkaufs-Organisation unseres Unternehmens“, in: Werksreportage, H. 2., 1962, S. 3-6, HC-Archiv DS 100.
- 185 Ebd.
- 186 GB PZWH, 21.6.1948- 31.12.1949, HC-Archiv DS 2342.
- 187 Vgl. Freese, Bernd: „Die Verkaufs-Organisation



- unseres Unternehmens", in: Werksreportage, H. 2., 1962, S. 3-6, HC-Archiv DS 100.
- 188 Christopher Kopper: Die Bahn im Wirtschaftswunder. Deutsche Bundesbahn und Verkehrspolitik in der Nachkriegszeit, Frankfurt 2007, S. 207f.
- 189 Freese, Bernd: „Die Verkaufs-Organisation unseres Unternehmens“, in: Werksreportage, H. 2, 1962, S. 3-6, HC-Archiv DS 100.
- 190 Ebd.
- 191 GB PZWH, 1949 bis 1951, HC-Archiv DS 2342-DS 2345.
- 192 „40 Jahre Bayerisches Portland Zementwerk Burglengenfeld“, in: Heidelberger Portländler H. 2, 1954, S. 10-15, HC-Archiv DS 39 und 400 Jahre Burglengenfeld, 1954, S. 34-41.
- 193 Ebd.
- 194 Herrmann, Reinhold: Das Zementwerk Burglengenfeld als Beispiel maschinentechnischer Entwicklung in der Zementindustrie, in: Werksreportage, H. 1., 1963, S. 9-12, HC-Archiv DS 106.
- 195 Lärmbeschwerden am 10.2.1964 gegen die 1954 errichtete Klinkerbandbrücke. Ebenso Beschwerden gegen die Zementmühlen wegen Lärm im Bereich Brunnmühlstraße – Wildbrunnen. Die „Interessengemeinschaft zur Entstaubung von Burglengenfeld und Umgebung e.V.“ führte an, das Zementwerk hätte gegen Auflagen der Genehmigung vom 20.9.1960 verstoßen. Als Maßnahme wurde die Schließung der Tore nachts angeordnet. SA Amberg Bezirksamt Burglengenfeld B 22706.
- 196 „Großbaustelle Zementwerk Burglengenfeld“, in: Werksreportage, H. 4., 1959, S. 1-4, HC-Archiv DS 170.
- 197 Das in Liquidation befindliche Jugenddorf Burglengenfeld, dessen Bau durch die Stiftung von 10 t Zement vom Zementwerk gefördert wurde, machte die Staubplage dafür verantwortlich, dass es nicht an das Albert-Schweitzer-Kinderheim Wermelskirchen übereignet werden konnte. Vgl. „79 f die Konzessionsakte Burglengenfeld“, in: Werksreportage, H. 4., 1959, S. 5, HC-Archiv DS 170.
- 198 Vgl. ebd.
- 199 „Ofen I in Betrieb“, in: Werksreportage, H. 9., 1960, S. 17, HC-Archiv DS 85.
- 200 Vgl. „Rekordversand 1961 im Werk Burglengenfeld“, in: Werksreportage, H. 1., 1962, S. 16, HC-Archiv DS 99.
- 201 Die Finanzierung setzte sich aus dem zinslosen Arbeitgeberdarlehen (35 %) das als 1. Hypothek eingetragen wurde, dem Staatsdarlehen (45 %) und 20 % Eigenkapital zusammen. Jeder zweite verheiratet Mitarbeiter kam so zu einer Wohnung. Häuserwert ca. 3 Millionen DM, fast 450.000,- DM wurden vom Unternehmen als zinslose Arbeitgeberdarlehen zur Verfügung gestellt, davon waren 1960 schon wieder 166.000 DM zurückbezahlt.
- 202 400 Jahre Stadt Burglengenfeld, 1954, S. 34-41 sowie „40 Jahre Bayerisches Portland Zementwerk Burglengenfeld“, in: Heidelberger Portländler H. 2, 1954, S. 10-15, HC-Archiv DS 39 und „93 Siedlungshäuser im Werte von 3 Millionen“, in: Werksreportage, H. 4., 1960, S. 6-7, HC-Archiv DS 83.
- 203 1950: 19 Häuser mit 40 Wohnungseinheiten, 1951: 10 Häuser mit 20 Wohneinheiten, 1952: 13 Häuser mit 26 Wohneinheiten, 1953: 7 Häusern mit 14 Wohneinheiten. Vgl. „Sozialer Wohnungsbau in Burglengenfeld“, in: Heidelberger Portländler H. 3, 1952, S. 3, HC-Archiv DS 32 und „40 Jahre Bayerisches Portland Zementwerk Burglengenfeld“, in: Heidelberger Portländler H. 2, 1954, S. 10-15, HC-Archiv DS 39 und „93 Siedlungshäuser im Werte von 3 Millionen“, in: Werksreportage, H. 4., 1960, S. 6-7, HC-Archiv DS 83 sowie 400 Jahre Burglengenfeld, 1954, S. 34-41.
- 204 Vgl. Ehrenurkunde der Stadt Burglengenfeld für Dr. Erich Prophet, 15.12.1950 und Urkunde zur Straßenbenennung, 14.12. 1954, HC-Archiv. Die Stadtverwaltung und BM Muggenthaler stellte auf dem Siedlungsgelände, „Am Sand“ 26 Bauplätze kostenlos zur Verfügung.
- 205 Vgl. „93 Siedlungshäuser im Werte von 3 Millionen“, in: Werksreportage, H. 4., 1960, S. 6-7, HC-Archiv DS 83.
- 206 „40 Jahre Bayerisches Portland Zementwerk Burglengenfeld“, in: Heidelberger Portländler H. 2, 1954, S. 10-15, HC-Archiv DS 39 und 400 Jahre Burglengenfeld, 1954, S. 34-41.
- 207 Ebd.
- 208 „Großbohrlochsprengungen auch in Burglengenfeld“, in: Heidelberger Portländler H. 4, 1955, S. 20, HC-Archiv DS 43.
- 209 „54000 Tonnen“, in: Heidelberger Portländler H. 7, 1956, S. 23, HC-Archiv DS 51.
- 210 „Großbohrlochsprengungen auch in Burglengenfeld“, in: Heidelberger Portländler H. 4, 1955, S. 20, HC-Archiv DS 43.
- 211 Ebd.
- 212 Ebd.
- 213 Vgl. z. B. Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.
- 214 Maier, Hans: „Ein neues Zementwerk wird

- geplant ...", in: Werksreportage, H. 4., 1967, S. 6-11; Bereits am 9.4.1965 war ein Genehmigungsantrag und am 14.6. ein Nachtrag gestellt worden, mit der Verlegung zur neuen Einfahrt hin. Brief des TZB an LaRa Burglengenfeld, 15.8.1966, HC-Archiv ZWBL95.
- 215 Ein Schrägrost-Kombinationskühler dient der Klinkerkühlung, wobei die Kühlerabluft mit einer Temperatur von ca. 280 °C durch einen Economiser zur Erwärmung des Trägeröles für die Ölfeuerung geleitet wird. Vgl. „Maier, Hans: Ein neues Zementwerk wird geplant ...", in: Werksreportage, H. 4., 1967, S. 6-11, HC-Archiv DS 137.
- 216 Lorenz, E.: „Großbaustelle Zementwerk Burglengenfeld", in: Werksreportage, H. 4., 1967, S. 12-15, HC-Archiv DS 137.
- 217 Ebd sowie Maier, Hans: „Ein neues Zementwerk wird geplant ...", in: Werksreportage, H. 4., 1967, S. 6-11, HC-Archiv DS 137.
- 218 Lorenz, E.: „Großbaustelle Zementwerk Burglengenfeld", in: Werksreportage, H. 4., 1967, S. 12-15, HC-Archiv DS 137.
- 219 Maier, Hans: „Ein neues Zementwerk wird geplant ...", in: Werksreportage, H. 4., 1967, S. 6-11, HC-Archiv DS 137.
- 220 Ebd.
- 221 „Über eine Million Tonnen Zement", in: die information 1, 1972, S. 2, HC-Archiv DS 575.
- 222 Vgl. z. B. Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.
- 223 Ebd.
- 224 Um die seinerzeit geäußerten Ängste und Befürchtungen aus der Welt zu schaffen lud Werksleiter Dr. Erwin Ziegler am 9. November 1989 den gesamten Stadtrat zu einer Werksbesichtigung. Herr Dr. Ziegler betonte in seiner Begrüßung, dass unser Unternehmen mit dieser Art des Recyclings einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz leistet. Ofeningenieur Bernd Haegermann gab vor der Werksführung noch einige technische Details zur Verbrennungsanlage und den Entstaubungseinrichtungen. HZ-Information, 6, 1989, S. 2, HC-Archiv DS 595.
- 225 Gesamtaufwand der Reifenanlage betrug 4,6 Mio. DM (2,3 Mio. €) und weitere 3,9 Mio. (2 Mio. €) für die Ertüchtigung des Elektrofilters zur Entstaubung der Ofen- und Mühlenabgase. HZ-Information 3, 1988, S. 5, HC-Archiv DS 595.
- 226 „Neue Wege zur Luftreinhaltung in Burglengenfeld", in: HZ-Info 3, 1994, S. 10, HC-Archiv DS 603.
- 227 „Ein weiterer Meilenstein für Burglengenfeld", in: HZ-Info 1, 1994, S. 5, HC-Archiv DS 603.
- 228 BDZ Zement-Jahresbericht 2000-2001, Köln und BDZ Zement-Jahresbericht 2004-2005, Köln.
- 229 „Karten auf den Tisch", in: wirHeidelberger 3, 2000, S. 3, HC-Archiv DS 2921.
- 230 „Zement macht Bahn Tempo", in: wirHeidelberger 5, 2006, S. 6 und „Beton zum Abheben", in: WirHeidelberger 14, 2001, S. 14, HC-Archiv DS 2946.
- 231 „Ausbildung intensiv leben", in: wirHeidelberger 3, 2002, S. 6, HC-Archiv DS 2906.
- 232 „Naturparadies Steinbruch", in: wirHeidelberger 7, 2003, S. 5, HC-Archiv DS 2911.



**HeidelbergCement AG**

Schmidmühlener Straße 30  
93133 Burglengenfeld

E-Mail: [zementwerk.burglengenfeld@heidelbergcement.com](mailto:zementwerk.burglengenfeld@heidelbergcement.com)  
[www.heidelbergcement.de](http://www.heidelbergcement.de)

**HEIDELBERGCEMENT**